

82. Sitzung

am Dienstag, dem 12. Dezember 2006, 11.00 Uhr,
in München

Geschäftliches	6259	hierzu:	
Geburtstagwünsche für die Abgeordneten Christa Steiger und Max Strehle	6259	Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 15/6468 und 15/6469), Änderungsanträge der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 15/6480 mit 15/6483)	
Haushaltsplan 2007/2008; Einzelplan 01 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Landtags		Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (Drs. 15/6624)	
Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (Drs. 15/7034)		Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber 6260 Franz Maget (SPD) .. 6266, 6267, 6269, 6272, 6273 Prof. Dr. Kurt Faltlhauser (CSU) 6269 Dr. Christoph Rabenstein (SPD) 6272 Christa Steiger (SPD) 6273 Dr. Sepp Dürr (GRÜNE) 6275 Joachim Herrmann (CSU) 6283, 6287 Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD) 6287	
Beschluss	6259	Beschluss	6289
Berichtigungsermächtigung für das Finanzministerium	6259	Ablehnung von Änderungsanträgen gem. § 126 Abs. 6 GeschO (s. a. Anlage 1)	6289
Haushaltsplan 2007/2008; Einzelplan 11 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Obersten Rechnungshofes		Haushaltsplan 2007/2008; Einzelplan 03 A für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums des Innern	
Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (Drs. 15/7041)		hierzu:	
Beschluss	6259	Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 15/6470 mit 15/6476), Änderungsanträge der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 15/6484 mit 15/6488)	
Berichtigungsermächtigung für das Finanzministerium	6259	Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (Drs. 15/6620)	
Haushaltsplan 2007/2008; Einzelplan 02 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei			

und	Beschluss zum Einzelplan 03 A	6307
Haushaltsplan 2007/2008; Einzelplan 03 B – Staatsbauverwaltung	Ablehnung von Änderungsanträgen gem. § 126 Abs. 6 GeschO (s. a. Anlage 2)	6308
hierzu:		
Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 15/6477 und 15/6478),	Erlедigung des Änderungsantrags 15/6488	6308
Änderungsanträge der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 15/6493, 15/6495 und 15/6497)	Beschluss zum Einzelplan 03 B	6308
Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (Drs. 15/6678)	Ablehnung von Änderungsanträgen gem. § 126 Abs. 6 GeschO (s. a. Anlage 3)	6308
Georg Winter (CSU)		6289
Helga Schmitt-Bussinger (SPD)		6292, 6304
Christine Kamm (GRÜNE)		6295, 6300, 6305
Henry Schramm (CSU)	Berichtigungsermächtigung für das Finanzministerium	6298, 6299, 6300 6308
Peter Weinhofer (CSU)		6299
Ludwig Wörner (SPD)		6300
Thomas Obermeier (CSU)		6301
Staatsminister		
Dr. Günther Beckstein	Schluss der Sitzung	6302, 6304, 6305 6308

(Beginn: 11.04 Uhr)

Präsident Alois Glück: Ich eröffne die 82. Vollsitzung des Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Die Genehmigung wurde erteilt.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich zwei Glückwünsche übermitteln. Am 8. Dezember feierte Frau Kollegin Christa Steiger einen halbrunden Geburtstag und einen runden Geburtstag feiert heute der Kollege Max Strehle. Herzlichen Glückwunsch der Frau Kollegin und dem Herrn Kollegen!

(Allgemeiner Beifall)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, vorab für alle – jedenfalls diejenigen, die da sind, den anderen können Sie es mitteilen – die veränderten Modalitäten im Hinblick auf die Haushaltsberatungen: An den drei Plenartagen werden mit knapperen Redezeiten sämtliche Einzelpläne wie auch das Haushaltsgesetz und das Finanzausgleichsänderungsgesetz beraten. Der parlamentarischen Tradition entsprechend finden die politische Grundsatzdebatte wie bisher beim Einzelplan 02 des Ministerpräsidenten und die finanzpolitische Schwerpunktdebatte am Ende beim Haushalts- und Finanzausgleichsänderungsgesetz statt. Hinsichtlich des Zeitpunkts der Beratung der jeweiligen Einzelpläne und der dazu festgelegten Fraktionsredezeiten verweise ich auf die Tagesordnung. Ich bitte, sich daran zu orientieren.

Heute werden wir zunächst über die Einzelpläne 01 und 11, zu denen es keine Aussprache gibt, abstimmen und dann den Einzelplan 02 beraten, wie vorhin dargestellt. Außerdem ist für heute noch die Beratung der Einzelpläne 03 A und 03 B vorgesehen, morgen die Beratung der Einzelpläne 04, 05, 07, 08 und 15. Am Donnerstag werden nach der Beratung der Einzelpläne 06, 12 und 10 die Haushaltsberatungen mit der Beratung des Einzelplans 13 zusammen mit den Zweiten Lesungen zum Finanzausgleichsänderungsgesetz und zum Haushaltsgesetz 2007/2008 abgeschlossen.

Nun rufe ich Tagesordnungspunkt 1 auf. Es geht um unseren eigenen Haushalt.

**Haushaltsplan 2007/2008
Einzelplan 01 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Landtags**

Hierzu findet keine Aussprache statt. Wir kommen deshalb sofort zur Abstimmung.

Der Einzelplan 01 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf der Drucksache 15/7034 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 01 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will,

den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist einstimmig so beschlossen.

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans 01 vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenstimmen! – Niemand. Stimmenthaltungen? – Auch niemand. Dann ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

**Haushaltsplan 2007/2008
Einzelplan 11 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Obersten Rechnungshofes**

Hierzu findet ebenfalls keine Aussprache statt. Wir kommen deshalb wiederum sofort zur Abstimmung.

Der Einzelplan 11 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf der Drucksache 15/7041 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 11 mit den vom zuständigen Ausschuss vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Die Gegenprobe! – Niemand. Stimmenthaltungen? – Niemand. Damit ist der Einzelplan 11 einstimmig mit den vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Außerdem schlägt der Ausschuss noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Niemand. Stimmenthaltungen? – Niemand. Damit ist einstimmig so beschlossen.

(Franz Maget (SPD): Redet jetzt der neue Ministerpräsident schon oder noch der alte?)

– Darf ich fragen, wo der Herr Ministerpräsident zur Beratung des Haushalts ist?

(Günter Gabsteiger (CSU): Der wird draußen interviewt! – Franz Maget (SPD): Herr Herrmann, das wäre Ihre Chance gewesen!)

Ich unterbreche für einen Moment – –

(Franz Maget (SPD): Wo ist der Nachfolger? So eine Chance kommt nie wieder! – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das ist kein gutes Zeichen!)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

**Haushaltsplan 2007/2008
Einzelplan 02 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei**

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 15/6468 und 15/6469), Änderungsanträge der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 15/6480 bis 15/6483)

Zu diesem Einzelplan wurde wie in den zurückliegenden Jahren keine Redezeitregelung getroffen. Damit ist die Gesamtrededzeit und die Zahl der Redner nicht begrenzt. Jeder Redner darf bis zu 15 Minuten sprechen. Auf Antrag einer Fraktion erhält ein Redner der Fraktion bis zu 45 Minuten Redezeit. Das wurde für alle Fraktionen beantragt. Diese Redezeit kann bis zu 15 Minuten und damit auf maximal 60 Minuten verlängert werden.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber: Herr Präsident, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor fast genau drei Jahren habe ich meine Regierungserklärung für die Legislaturperiode 2003 bis 2008 abgegeben. Sie stand unter dem Motto: „Sparen, reformieren, investieren“.

Wir hatten uns damals sehr ehrgeizige Ziele gesetzt.

Wir können heute den Menschen in Bayern sagen: Was wir versprochen haben, das halten wir auch. Dafür stehen entschlossen und geschlossen die Mehrheitsfraktion – die CSU-Fraktion in diesem Hohen Hause – und die Staatsregierung. Bayern ist das erste und einzige Land, das keine neuen Schulden mehr macht.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD)

Bayern ist das erste und einzige Land, das die Zukunft seiner Kinder mit keinem einzigen Cent neuer Schuldzinsen mehr belastet.

(Beifall bei der CSU)

Bayern ist das erste und einzige Land, das Generationengerechtigkeit, Enkelgerechtigkeit glaubhaft mit Inhalt füllt.

Bayern hat mit Abstand die geringste Pro-Kopf-Verschuldung und damit auch die niedrigste Belastung mit Schuldzinsen in Deutschland. Bayern ist das Land, das finanzpolitisch am besten für die Zukunft zum Wohle der Menschen in Bayern gerüstet ist.

Damit sichern wir auch unsere Eigenständigkeit und unsere Gestaltungskraft. Zum Selbstbewusstsein Bayerns gehört es, dass wir in einem hohen Maße finanziell unabhängig sind. Wir wollen niemals in die Lage kommen, dass Bayern finanziell von anderen abhängig wird.

(Zuruf von den GRÜNEN: Das war aber früher durchaus anders!)

Ich danke allen Mitgliedern des Haushaltsausschusses, dem Vorsitzenden und Kollegen Manfred Ach und vor allem Kurt Falthäuser. Ihnen allen gebührt unser Dank und unser Respekt für diese große Kraftanstrengung.

Ich danke vor allem aber auch meiner Fraktion unter den Vorsitzenden Alois Glück und Joachim Herrmann, die unseren gemeinsamen Weg zum ausgeglichenen Haushalt seit 1998 aus voller Überzeugung gegen viele Widerstände mitgetragen haben. Der Mut zu unserem Konsolidierungskurs und der Einsatz in jedem Stimmkreis zeigen die politische Stärke der Mehrheitsfraktion.

(Beifall bei der CSU)

Bayern ist damit auch Vorreiter einer neuen Stabilitätskultur. Die Bundesregierung und die meisten Bundesländer eifern uns nach und streben ebenfalls einen ausgeglichenen Haushalt an, allen voran der Freistaat Sachsen und unser Nachbarland Baden-Württemberg.

Entscheidend für uns ist der Verzicht auf neue Schulden. Dies ist zum Vorteil der Bürgerinnen und Bürger Bayerns. Wir können schon heute und morgen noch viel mehr in die Zukunft investieren, weil wir keine Schulden mehr machen. Die Menschen in Bayern befürworten unseren Konsolidierungskurs und fordern zu Recht von der Politik, Gegenwart und Zukunft sozial gerecht zu gestalten.

Dabei wissen die Menschen besser als die Opposition hier im Hohen Hause: Der Staat kann nicht mehr ausgeben, als er einnimmt. Aber sie wollen, dass es bei allen politischen Entscheidungen gerecht zugeht. In Bayern ist das Verantwortungsbewusstsein für die nachkommenden Generationen fest verankert. Gerecht ist, wenn wir einer weniger werdenden jüngeren Generation keinen steigenden Schuldenberg hinterlassen. Der Maßstab für unsere Politik ist Generationengerechtigkeit und Chancengleichheit. Das sind auch die Maßstäbe der Menschen in Bayern. Für sie gestalten wir unsere nachhaltige Politik.

Bayern ist der Motor des Aufschwungs in Deutschland, meine sehr geehrten Damen und Herren. Die bayeri-

sche Wirtschaft boomt wie seit Jahren nicht mehr. Für das laufende Jahr werden wir in Bayern ein Wirtschaftswachstum von klar über 2,5 % erreichen. So entstehen neue Arbeitsplätze in unserem Lande.

Bayern ist der Vorreiter beim Abbau der Arbeitslosigkeit. In diesem Jahr sind in Bayern pro Tag 200 neue Arbeitsplätze entstanden. Nahezu jeder vierte neue Arbeitsplatz in Deutschland entsteht bei uns in Bayern. Wir bieten auch die besseren Chancen bei den Ausbildungsplätzen. Wir sorgen dafür, dass der Aufschwung bei den Menschen ankommt, auch bei den jungen Menschen, die mir, die uns besonders am Herzen liegen.

Wir wollen die beste Bildung für beste Chancen unserer Kinder. All diese Ergebnisse bestätigen: Unsere bayerischen Schülerinnen und Schüler haben in den internationalen Pisa-Tests Spitzenplätze erreicht.

Wir schaffen Chancen mit den besten Hochschulen für unsere Studenten. Unsere bayerischen Hochschulen sind Spitze. Zwei der drei bisher ausgezeichneten Elite-Universitäten in Deutschland sind in Bayern. Die Münchner Universitäten haben es geschafft. Und Würzburg und Erlangen-Nürnberg sind auf dem Sprung dazu. Ein besseres Zeugnis für die Hochschulpolitik können wir überhaupt nicht erwarten. - All das zusammen ist das Chancenland Bayern.

„Sparen, reformieren und investieren“, das war und ist die Architektur dieser Legislaturperiode. Ich habe das in der Regierungserklärung im November 2003 in diesem Hohen Hause ausgeführt. Heute zeigt sich: Unsere Architektur der Legislaturperiode ist zukunftsweisend. Zu Beginn der Legislaturperiode haben wir den Staatshaushalt durch Sparmaßnahmen konsolidiert. Wir haben Reformen durchgeführt, die für manche natürlich auch schmerzhaft waren. Die Staatsregierung und die Mehrheitsfraktion sind diesen unbequemen, aber mutigen und ehrlichen Weg gegangen. Jetzt in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode haben wir weit mehr Spielräume für Zukunftsinvestitionen als alle übrigen Länder in Deutschland.

Das zeigt: Unser Weg war richtig, unser Weg ist auch weiter richtig, und unser Weg weist in die Zukunft.

(Beifall bei der CSU)

Eine Bestätigung für unsere Politik in Bayern ist, dass die neue Bundesregierung im letzten Jahr unser Leitmotiv auch zur Richtschnur der Großen Koalition gemacht hat. Dort heißt es: „Sanieren, reformieren, investieren“. Das ist im Grunde genommen genau dasselbe wie „Sparen, reformieren, investieren“, meine sehr verehrten Damen und Herren.

SPD und GRÜNE als Opposition sind seit Jahren gegen unsere Politik gerade auch der Generationengerechtigkeit zu Felde gezogen. Sie haben den Untergang Bayerns in den schrecklichsten Farben an die Wand gemalt.

(Zuruf von den GRÜNEN: Diese Logik!)

Die bayerische SPD hat Ende 2003 unsere Politik – ich zitiere aus dem „Münchener Merkur“ – als ein „katastrophales Signal für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes“ bezeichnet.

(Demonstrativer Beifall bei den GRÜNEN)

– Schaut euch mal an, was wir gegenwärtig haben. Ich habe das kurz angeführt.

(Zuruf von der CSU: Einer glaubt es noch!)

Meine Damen und Herren von der SPD, zeigen Sie mir – das ist etwas, was Ihnen die Menschen nicht abnehmen – ein Land in Deutschland, das mehr Zukunft, mehr Chancen, bessere Bildung, mehr wirtschaftliche Freiheit und mehr Arbeit für die Menschen bietet als Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Ein Nachweis ist, dass kein Bundesland so viele Menschen aufnimmt wie Bayern. So viele Menschen wandern nach Bayern. Das zeigt, dass wir nach deren Auffassung die größten Chancen für die Menschen bieten. Ihre Politik hingegen ist von vorgestern. Sie wollen immer noch Schulden machen und Geld verteilen ohne Rücksicht auf die Binsenweisheit, dass neue Schulden die Belastungen von morgen sind.

(Jürgen Dupper (SPD): So ein Schmarrn!)

– Das ist kein Schmarrn! Wäre es nach den Vorstellungen der SPD-Fraktion gegangen, hätten wir in den letzten Jahren nicht konsolidiert, dann hätten wir in den Jahren 2006 und 2007 5 Milliarden Euro neue Schulden gemacht, meine Damen und Herren.

(Zustimmung bei der CSU)

Diese Politik hätte bis zum Jahre 2007 eine zusätzliche Zinslast von 300 Millionen Euro verursacht. Das wären 300 Millionen Euro weniger für Investitionen.

(Beifall bei der CSU)

Eine solche Politik ist weder gerecht noch sozial. Deswegen sitzen Sie auch zu Recht in der Opposition und werden dort auch sitzen bleiben.

(Beifall bei der CSU)

Mit einer solchen Realitätsferne kann man kein Land führen.

Meine Damen und Herren, ich habe mich gemeinsam mit einer großen Mehrheit in unserem Lande über das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Klage Berlins auf noch mehr finanzielle Unterstützung gefreut. Karlsruhe hat eine Haushaltsnotlage des Landes Berlin bestritten

und weiteren Subventionen von Bund und Ländern einen Riegel vorgeschoben.

(Alexander König (CSU): Gott sei Dank!)

Schon heute zahlen die bayerischen Steuerzahler über 2 Milliarden Euro in den Länderfinanzausgleich – im Übrigen in etwa genau so viel wie allein Berlin aus diesem Topf bekommt. Ein noch tieferer Griff in die Taschen von Bund und Ländern wäre geradezu unmoralisch. Für Herrn Wowerit gilt: Die Party ist aus. Auch Berlin muss sparen – stärker sparen als bisher.

(Beifall bei der CSU)

Auch interessant ist: Nur einer hat sich über das Berlin-Urteil anscheinend nicht gefreut: Herr Maget. Sie haben Berlin anders als das höchste Gericht eine extreme Haushaltsnotlage attestiert und waren sogar bereit, noch mehr bayerisches Geld nach Berlin zu überweisen.

(Widerspruch von der SPD)

Dazu kann ich nur sagen: Das ist keine Politik im Interesse Bayerns; das ist genau das Gegenteil.

(Beifall bei der CSU)

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist zugleich auch ein Startschuss für die Föderalismusreform II, für eine Neuordnung der Finanzbeziehungen von Bund und Ländern. Deren Ziele, nämlich weitgehende Vermeidung neuer Schulden, Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, mehr Haushaltsdisziplin, also kurz gesagt: eine Politik solider Finanzen, haben wir in Bayern bereits erreicht. Ich freue mich sehr, dass diese Ziele jetzt mit einem nationalen Stabilitätspakt und einem Frühwarnsystem überall in Deutschland greifen sollen. Das wird für einige Länder schwierige Situationen hervorrufen – für uns, meine sehr verehrten Damen und Herren, nicht.

Bayern – das will ich auch einmal sagen – steht natürlich zu seiner solidarischen Verantwortung im Länderfinanzausgleich. Wir geben mehr als 10 % unseres jeweiligen Haushaltsvolumens von 36 Milliarden Euro an andere Länder ab. Bayern hat seit 1950 insgesamt 3,4 Milliarden Euro aus dem Länderfinanzausgleich erhalten, inzwischen aber mit 20,5 Milliarden Euro bereits sechsmal so viel zurückbezahlt. 2007/2008 steigen unsere Leistungen erneut. Wir sind solidarisch. Ich glaube aber, dass man sehr deutlich formulieren muss: Wir zahlen nicht dafür, dass Rot-Rot in Berlin mit unserem Geld mehr Wohltaten verteilen kann,

(Alexander König (CSU): Genauso ist es!)

die wir uns in Bayern aus guten Gründen nicht leisten können und nicht leisten wollen.

(Beifall bei der CSU)

Wie in der Regierungserklärung 2003 versprochen, können wir in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode

verstärkt in die Zukunft unseres Landes investieren. Unsere Philosophie trägt.

(Zurufe von der SPD)

Am Ende dieser Legislaturperiode werden wir in Bayern jährlich rund 500 Millionen Euro weniger Zinsen zahlen müssen, als das ohne unseren Konsolidierungskurs der Fall wäre. Unser Zeitvorsprung in Bayern beim ausgeglichenen Haushalt ist natürlich auch ein Investitionsvorsprung, ein Investitionsvorsprung gegenüber anderen Ländern in Deutschland, weil wir weniger Zinsen zahlen. Das kommt ganz konkret den Menschen in Bayern zugute.

Im Doppelhaushalt 2007/2008 investieren wir – der Finanzminister hat das ausgeführt – mit unserem Programm „Investieren in Bayerns Zukunft“ zusätzlich rund 760 Millionen Euro für Kinder und Familien, für Hochschulen, Bildung und Wissenschaft, für innere Sicherheit und für den ländlichen Raum. Zusätzlich bringt uns die positive Entwicklung der Steuereinnahmen mehr Geld. Wir treffen damit auch Vorsorge für noch nicht absehbare Belastungen in künftigen Haushalten.

Dazu gehört auch der Pensionsfonds ab 2008 für die künftige Altersversorgung der Beamtinnen und Beamten. Bayern geht mit diesem Fonds neue Wege bei der nachhaltigen Finanzierung der Versorgungsausgaben für unsere Beamten. Die Betonung liegt auf nachhaltig. Allein Bayern finanziert den Pensionsfonds nicht aus Krediten, weil wir als einziges Land den ausgeglichenen Haushalt haben. Das ist ein wesentlicher Beitrag zur Sicherung der Altersversorgung für die Beamten.

Lassen Sie mich auch ein klares Wort an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes in Bayern richten. Die Bayerische Staatsregierung – das gilt auch für die Mehrheitsfraktion – steht zum öffentlichen Dienst in Bayern, weil wir unsere Mitarbeiter schätzen und weil wir wissen, was wir an ihnen haben. Ich danke allen Lehrkräften an unseren Schulen und Hochschulen für ihren großartigen und wichtigen Dienst an unserer Jugend. Ich danke den Mitarbeitern der Sicherheitsbehörden und Gerichte für ihren verantwortungsbewussten Einsatz. Ich danke allen Mitarbeitern in der Verwaltung für ihren Dienst am Bürger und an unserem Staat. Mit ihrem Einsatz, mit ihren Kompetenzen und auch mit ihrem Dienstethos sind die Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes eine tragende Säule unseres demokratischen Staates, der inneren Stabilität und unseres wirtschaftlichen Erfolges. Was der öffentliche Dienst in Bayern leistet, meine Damen und Herren, ist auch ein Stück Standortqualität für Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Dies gilt nicht zuletzt für das seit 200 Jahren bewährte Berufsbeamtentum. Es hat sich als Garant für ein wirksames unparteiisches Verwaltungshandeln erwiesen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, für uns steht das Berufsbeamtentum nicht zur Disposition. In dieser Frage stehen wir nicht im Einklang mit anderen Ländern. Aus anderen Ländern höre ich ganz andere Töne. Ich habe versprochen, dass sich die Leistungen für unsere

Beamten im Vergleich mit dem Bund und mit anderen Ländern sehen lassen können. Wir erhalten zum Beispiel das Weihnachtsgeld im bisherigen Umfang über die Legislaturperiode hinaus, bis 2009. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das macht in Deutschland außer uns keiner, weder der Bund noch unsere Nachbarn.

(Beifall bei der CSU)

Mir liegt an einer vertrauensvollen Zusammenarbeit. Deshalb wird auch die kommende Dienstrechtsreform nicht über die Köpfe der Beschäftigten hinweg entschieden werden. Wir werden mit allen Beteiligten ausführlich diskutieren. Bayern wird seinen leistungsfähigen öffentlichen Dienst unter dem Strich nicht schlechter, sondern – wo immer möglich – besser stellen als andere Länder. Meine Regierung möchte ein verlässlicher Partner des öffentlichen Dienstes sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, so, wie wir mit dem Dreiklang „Sparen, reformieren, investieren“ Maßstäbe gesetzt haben, wollen wir mit einem Zukunftsprogramm „Bayern 2020 – Kinder, Bildung, Arbeitsplätze“ die richtigen Maßstäbe für eine gute Zukunft der Menschen in unserer Heimat Bayern setzen. Der neue Dreiklang „Kinder, Bildung, Arbeitsplätze“ beschreibt die wesentlichen Zukunftsfragen für unser Land. Dies ist eine bewusst wertorientierte Politik. Denn jetzt, im immer härter werdenden globalen Wettbewerb, kommt es darauf an, den Menschen in Bayern eine gute Zukunft zu sichern. Dafür entwickeln wir unser Zukunftsprogramm „Bayern 2020 – Kinder, Bildung, Arbeitsplätze“.

Wir wollen Antworten auf die Fragen geben, was die entscheidenden Trends der Zukunft sind und wovon die Menschen in Bayern morgen leben können. Ich habe deshalb aus dem ganzen Land hervorragende Köpfe an einen Tisch zusammengeholt, aus der Naturwissenschaft, der Geisteswissenschaft, der christlichen Sozialethik sowie aus Kultur und Wirtschaft.

(Jürgen Dupper (SPD): Haben Sie keine Minister?)

Sie sollen Bereiche herausarbeiten und Vorschläge machen, wo ihres Erachtens Zukunftsinvestitionen in Bayern sinnvoll wären und auf fruchtbaren Boden fallen. Ihre fachlichen Vorschläge werden dann die Grundlage für politische Entscheidungen in der Staatsregierung, der Mehrheitsfraktion und im Landtag insgesamt sein. Ich habe die Absicht, dieses Zukunftsprogramm im nächsten Jahr noch vor der Sommerpause in diesem Hohen Hause in einer Regierungserklärung vorzustellen. Anfang 2008 sollen dann die ersten Investitionen aus diesem Zukunftsprogramm starten. Unser Ziel lautet: Bayern soll im Jahr 2020 eine der besten Regionen in Europa mit höchster Lebensqualität sein.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen, meine Herren, Kinder sind unsere Zukunft.

(Simone Tolle (GRÜNE): Aha!)

Kinder sind das Wertvollste, was wir haben. Deshalb möchte ich in unserem Zukunftsprogramm ganz bewusst einen politischen Schwerpunkt für unsere Kinder setzen. Wie Bayern 2020 aussieht, entscheidet sich an unseren Kindern.

(Simone Tolle (GRÜNE): Genau!)

Es entscheidet sich an den Chancen, die ihnen unser Land bietet, und wie sie diese Chancen nutzen. Wie wir unsere Kinder fördern, wie wir sie erziehen, welche Werte wir ihnen vermitteln, so chancenreich und lebenswert wird unsere Zukunft. Deshalb wollen wir weiter stark in die Betreuung – besonders der unter Dreijährigen – investieren sowie in die Betreuung der Grundschulkinder und die Tagesbetreuung. Wir steigern die Leistungen für Kinder und Familien schon in diesem Doppelhaushalt insgesamt um 68 Millionen Euro.

Wir werden aber auch die direkte Förderung der Familien mit dem Landeserziehungsgeld fortsetzen, und zwar zusätzlich zum Elterngeld des Bundes.

Wir wollen die Wahlfreiheit der Eltern. Wir gestalten das Landeserziehungsgeld so um, dass deutlich mehr Eltern als bisher in den Genuss der Förderung kommen. Im Übrigen, auch das sei hier vermerkt: Das Landeserziehungsgeld oder etwas Ähnliches gibt es außer in Bayern noch in drei Ländern. Zwölf Länder in Deutschland kennen eine solche Landesleistung überhaupt nicht oder nicht mehr. Bayern ist damit klar und deutlich Familienland und bleibt Familienland.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen, meine Herren, die große Mehrheit der Eltern kümmert sich liebevoll um ihre Kinder. Kein Staat kann leisten, was Eltern für ihre Kinder tun. Aber leider gibt es auch Kinder, die nicht genug Halt und Geborgenheit in ihren Familien finden. Leider gibt es auch Eltern, die ihre Kinder vernachlässigen und ihrer Erziehungspflicht nicht nachkommen. Diese Kinder darf der Staat nicht im Stich lassen. Gerade Kinder als die Schwächsten in unserer Gesellschaft brauchen, wenn es nötig ist, einen starken Staat. Deshalb wollen wir zum Beispiel Pflichtuntersuchungen für Kinder. Jeder weiß, dass es besser ist, wenn Kinder regelmäßig von einem Kinderarzt untersucht werden. Das sieht auch die überwältigende Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger so. Das entspricht auch dem gesunden Menschenverstand.

Wir haben zusammen mit anderen Ländern eine Bundesratsinitiative für verpflichtende Vorsorgeuntersuchungen für alle Kinder eingebracht. In Bayern werden wir in jedem Fall handeln. Wir planen ein eigenes Informations- und Kontrollsystem, damit alle Kinder Vorsorgeuntersuchungen erhalten. Das Landeserziehungsgeld werden wir künftig an die Vorsorgeuntersuchungen U6 und U7 binden.

Ferner müssen wir sehen: Kinder und Jugendliche sind heute ganz anderen Gefährdungen und Einflüssen ausgesetzt, als das früher der Fall war. Vor allem das Internet und die Medienwelt wirken heute massiv auf die Jugendlichen

ein. Niemand wird behaupten, dass ein Verbot von Killerspielen alle Probleme löst. Es kann aber auch niemand ernsthaft bezweifeln, dass solcher Schund in den Köpfen unserer Kinder und Jugendlichen zu schlimmen Folgen führen kann.

(Beifall bei der CSU)

Wer das Verbot von Killerspielen ablehnt, soll mir ein einziges Argument für diese Spiele nennen. Solche Argumente gibt es für mich nicht. Deshalb sollte die Bundesjustizministerin ihre Blockade aufgeben und den Kindern nicht länger den Schutz verweigern. Sie sollte ihrer Verantwortung gegenüber den Kindern, gegenüber den Jugendlichen und gegenüber der ganzen Gesellschaft gerecht werden. Eltern brauchen unsere volle Unterstützung, damit die Kinder und damit das ganze Land eine gute Zukunft haben. Es gibt keinen besseren Schwerpunkt und keine besseren Investitionen als in unsere Kinder.

(Renate Ackermann (GRÜNE): Dann machen Sie es doch endlich!)

An der Bildung entscheiden sich die Zukunftschancen unseres Landes. Deshalb steht die Bildung auch im Zentrum unserer Investitionen. Chancengerechtigkeit heißt heute vor allem: Wir wollen jedem Kind den Schlüssel zur Entfaltung seiner Persönlichkeit in die Hand geben. Wir wollen alle Talente und Begabungen soweit möglich fördern. Deshalb investieren wir in die frühkindliche Erziehung, in die Sprachtests und in die Sprachförderung für Kinder mit Migrationshintergrund. Ein Kind kommt nicht in die Grundschule, wenn es kein Deutsch kann.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Damit haben Sie Schwierigkeiten. Das kennen wir aus den vergangenen 20 Jahren. Meine sehr verehrten Damen und Herren, die deutsche Sprache ist für alle Kinder wichtig. Daran entscheidet sich, ob der spätere Erwachsene am kulturellen, am politischen und am gesellschaftlichen Leben teilnehmen kann.

(Beifall bei der CSU)

Im Übrigen – wir werden das noch intensiv erörtern – brauchen wir eine Diskussion über eine Sprachförderung für alle Kinder, die hier Defizite haben. In den letzten Jahren haben wir große Anstrengungen für die Reformen der Realschule und des Gymnasiums unternommen. In den kommenden Jahren legen wir den Fokus auf die Hauptschulen. Wir werden die Hauptschulen gezielt stärker fördern und sie stärken. Sie befähigen Jugendliche, Facharbeiter und Meister zu werden – schon heute klagen viele über Facharbeitermangel – und sie eröffnen allen geeigneten Schülern auch den Weg zur Mittleren Reife oder zum Abitur.

Natürlich gibt es an den Hauptschulen, vor allem in den Ballungsgebieten, auch Probleme; das bestreitet niemand. Deshalb müssen wir an diesem Punkt ansetzen und mit mehr Ganztagsangeboten und noch mehr Praxisbezug

darauf reagieren. Das soll auch ein Schwerpunkt unseres Zukunftsprogramms werden. Für die Hauptschulen im ländlichen Raum müssen wir flexible und praktische Lösungen finden. Wir brauchen im ganzen Land exzellente Bildungsangebote. Diese Lösungen müssen sich am Wohl des Kindes und an den besten Bildungschancen orientieren. An unserem bewährten dreigliedrigen Schulsystem halten wir dabei fest.

(Beifall bei der CSU)

Wie gut unsere Hauptschulen, die Sie immer madig machen, sind, zeigt sich daran, dass unsere Hauptschüler bei Pisa 2003 in Mathematik genauso gut waren wie die Realschüler in Bremen und die integrierten Gesamtschüler in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei der CSU)

Ich halte manche Aussagen der Damen und Herren von der Opposition in diesem Zusammenhang für verantwortungslos. Ich fordere Sie auf: Machen Sie nicht ständig die Hauptschule madig und damit die Schülerinnen und Schüler, die dort lernen, sowie die Lehrkräfte, die dort unterrichten, schlecht.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte aus einem Brief – mich erreichen in diesem Zusammenhang viele Briefe – der Klasse 7 a der Johannes-Kern-Schule in Schwabach an die Staatsregierung zitieren. Die Schülerinnen und Schüler schreiben: „Wir finden es blöd, dass man über uns so negativ spricht. Deshalb bitten wir Sie, sich dafür einzusetzen, dass man über unsere Schule und unsere Schüler nicht mehr so schlecht redet.“ – Das sagen Kinder aus der Hauptschule.

(Beifall bei der CSU)

Ich betone ausdrücklich: Unsere bayerischen Lehrkräfte leisten an den Schulen hervorragende Arbeit. Ihnen gilt der Respekt und der Dank des Hohen Hauses.

Kinder, Bildung, Arbeitsplätze – Arbeitsplätze sind der dritte Schwerpunkt unseres Zukunftsprogramms. Wir haben zusammen mit Baden-Württemberg die niedrigste Arbeitslosenzahl und die höchste Zahl an sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen. Das war vor 30 oder 40 Jahren der Wunschtraum der Bayern. Wir wollen die Chance haben, im Jahre 2020 noch besser dazustehen als heute – trotz Globalisierung, trotz harten Wettbewerbs, trotz der demografischen Entwicklung. Die Menschen müssen auch in Bayern 2020 alle Chancen auf eine gute Arbeit haben. Die Zukunftsorientierung hat in Bayern Tradition. Wir haben schon immer auf Innovationen, gute Infrastruktur und Zukunftsfelder der Wirtschaft gesetzt. Ich erinnere z. B. an Entscheidungen der Regierung Goppel und der Regierung Strauß für den Flughafen München II. Als Franz Josef Strauß – das will ich in Erinnerung rufen – in den 80er Jahren den Flughafen gegen viele Widerstände vorantrieb, lag unser bayerischer

Exportanteil bei 29 %. Wir lagen damit weit unter dem Durchschnitt des Bruttoinlandsprodukts Deutschlands. Er wollte unbedingt für Bayern das Tor zur Welt öffnen und eine Verbindung über den Atlantik und den Pazifik für unsere Wirtschaft herstellen. Der Aufstieg Bayerns hat ihm recht gegeben. Unser Exportanteil liegt heute bei 46 %. Unsere Wirtschaft ist international verflochten wie keine andere Wirtschaft in Deutschland.

(Beifall bei der CSU)

Man darf hier nicht vergessen, welcher Mut dem zugrunde lag. Bislang gibt es keinen zweiten Flughafen von der Qualität des Flughafens Franz Josef Strauß in ganz Europa. Das ist mit eine Infrastrukturmaßnahme, die ganz Bayern geholfen hat. Wir als Mehrheitsfraktion sowie die Staatsregierung hatten den Mut zur Zukunft. Wir haben politische Entscheidungen gefällt, von denen heute die Menschen in Bayern profitieren.

Genauso wie damals müssen wir heute die richtigen Infrastrukturentscheidungen für Bayern treffen. Ich nenne als Beispiel aus der Fülle der Maßnahmen nur die neue Hochgeschwindigkeitsstrecke der Bahn, die München und Nürnberg zusammenrückt, deren Weiterbau bis nach Berlin, die ICE-Anbindung Augsburgs, die dringend notwendige A 94 ins Chemiedreieck, den Transrapid sowie den notwendigen Ausbau des Flughafens Franz Josef Strauß, und zwar wenn möglich im Konsens mit den Anwohnern. Wir müssen auch sehen: Frankfurt baut die vierte Startbahn. Die Entscheidungen in Berlin sind gefallen. In den nächsten zehn Jahren entsteht dadurch eine Konkurrenz zu dem Flughafen in München. Wenn wir über Bayern 2020 nachdenken, müssen wir das in Erwägung ziehen.

Für all diese Herausforderungen müssen wir gewappnet sein. Nur so sichern wir Arbeitsplätze und den Wohlstand in Bayern auch morgen. Wir stehen sehr erfolgreich im Wettbewerb. Diese Position gilt es zu erhalten, denn wer stehen bleibt, der fällt unweigerlich zurück.

Zu sicheren Arbeitsplätzen gehört eine leistungsfähige und konkurrenzfähige Wirtschaft. Wir wollen mit den Mitteln der Landespolitik gezielt die heimische Wirtschaft in Bayern stärken. Dazu müssen wir auch zukünftig frühzeitig die neuesten Entwicklungen erkennen und bei neuen Produkten vorne dabei sein.

Deshalb haben wir im ganzen Land erfolgversprechende Cluster als Netzwerke für neue Produkte eingerichtet. Mit unseren Zukunftsprogrammen wollen wir die Cluster unterstützen. Sie sind Grundlage auch für die Arbeitsplätze von morgen. Wir wollen auf den Feldern investieren, auf denen Bayern ganz besondere Chancen hat, und wir wollen unsere Stärken weiter ausbauen. Arbeitsplätze müssen überall in Bayern entstehen. Das ist ein großer Anspruch, auch im ländlichen Raum. Das Ziel der Staatsregierung ist es, dass die Menschen in allen Regionen Bayerns weiterhin gute und gleichwertige Lebenschancen haben. Wir müssen deshalb die Wettbewerbsfähigkeit, die Lebensqualität und die Zukunftsperspektiven des ländlichen Raums positiv weiterentwickeln.

Dazu gehören auch die Investitionen in die Landwirtschaft sowie die Erhöhung der Mittel für die Dorferneuerung. Denn nur wirtschaftlich gesunde Betriebe können im immer rauer werdenden Markt bestehen. Unsere Landwirtschaft hat die Kraft, sich durch Qualität am Markt zu behaupten. Das zeigen nicht zuletzt ihre großen Erfolge auf den Exportmärkten. Die bayerische Landwirtschaft importiert weniger als sie exportiert. Das ist ein Riesenerfolg.

(Beifall bei der CSU)

Dazu gehört auch die Stärkung unserer Kommunen für gleichwertige Lebenschancen überall im Land. Die Leistungen im kommunalen Finanzausgleich werden im Jahr 2007 erstmals die Sechs-Milliarden-Grenze überschreiten. Damit liegt das Wachstum des kommunalen Finanzausgleichs im nächsten Jahr um mehr als fünf Prozentpunkte über dem Wachstum des Staatshaushalts. Das ist ein historischer Höchststand.

Bayern ist auch das einzige Land mit einem interkommunalen Finanzausgleich bei Hartz IV. Durch den Einsatz von 50 Millionen Euro ist es uns gelungen, dass keine bayerische Kommune im Jahre 2005 durch die Zusammenlegung der Arbeitslosenhilfe und der Sozialhilfe belastet wurde.

Auch beim Bund haben wir erfolgreich für unsere Kommunen gekämpft.

Ursprünglich wollte die Bundesregierung, wollte Herr Steinbrück den Kommunen nur zwei Milliarden Euro für die Miet- und Heizkosten der Bezieher von Arbeitslosengeld II zukommen lassen. Dank unseres massiven Einsatzes wurden diese Mittel auf 4,3 Milliarden Euro erhöht. Diese Einigung gilt bis zum Jahre 2010. Damit haben die Kommunen die notwendige Planungssicherheit. Für unsere Kommunen stehen somit in den Jahren 2007 bis 2010 nochmals 53 Millionen Euro pro Jahr mehr zur Verfügung als in den Jahren 2005 und 2006. Niemand hätte erwartet, dass wir das noch einmal steigern können.

(Beifall bei der CSU)

Gewinner unserer Politik für mehr Arbeit und mehr Chancen sind die Menschen in Bayern.

Mit unserem Zukunftsprogramm „Kinder, Bildung, Arbeitsplätze“ wollen wir Bayern in eine gute Zukunft führen. Dieser neue Dreiklang setzt unseren Dreiklang „Sparen, reformieren, investieren“ in die nächste Legislaturperiode hinein fort. Ich verspreche Ihnen: Auch mit diesem Dreiklang werden wir wieder Vorreiter sein für die anderen Länder und für den Bund. Bayern wird mit diesem Dreiklang ein Stück Zukunftsmusik in Deutschland mitbestimmen.

Meine Damen, meine Herren, der Chefredakteur des politischen Magazins „Cicero“, Wolfram Weimer, hat das Erfolgsgeheimnis des Südens treffend beschrieben.

Warum ist es im Süden besser als in anderen Teilen Deutschlands? Er sagt:

Es ist die motivierende und kulturelle Kraft von tradierter Identität, Zusammenhalt und selbstbewusstem Bürgertum.

(Franz Maget (SPD): Im Süden gibt es mehr Sonne!)

Dieses Kompliment gebe ich natürlich an alle Menschen in Bayern weiter.

(Beifall bei der CSU)

Unser Zusammenhalt ist eine große Stärke Bayerns. Nirgendwo in Deutschland ist die Bindung zur Heimat so fest, so stark, wie bei uns in Bayern. Nirgendwo ist die Bereitschaft, sich für die Heimat einzusetzen, so groß wie bei uns. In Bayern funktionieren die sozialen Netzwerke. Das Ehrenamt und die Nachbarschaftshilfe sind Ehrensache.

Die Festlichkeiten zu den Jubiläen „60 Jahre Bayerische Verfassung“ und „200 Jahre Bayern“ mit unseren drei großen und sehr erfolgreichen Ausstellungen zeigen: Wir sind ein selbstbewusstes Land. Wir sind stolz auf unsere Werte, unsere Geschichte und auf unsere Eigenständigkeit. Über eine halbe Millionen Menschen haben allein die drei großen Ausstellungen in Bayern besucht. Tradition, Brauchtum und Geschichte sind bei uns in allen Landesteilen lebendig. Das zeigt sich in besonderer Weise bei den Feierlichkeiten zu großen Jubiläen in Bayern. Die Staatsregierung will deshalb, dass zur 1000-Jahr-Feier des Bistums Bamberg aus dem Domschatz mindestens auch die Frauenkrone, die Kunigundenkrone und die Heinrichskrone nach Bamberg kommen.

(Anhaltender Beifall bei Abgeordneten der CSU – Susann Biedefeld (SPD): Endlich, aber dann auch auf Dauer nach Bamberg! – Zuruf von der SPD: Das war das Highlight! Wenn es kein Geld kostet, kann er das zusagen!)

Der Ministerrat hat gestern – auf meine Veranlassung hin – einen entsprechenden Beschluss gefasst

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Er setzt sich selbst die Krone auf! – Weitere Zurufe der SPD – Glocke des Präsidenten)

und den Wissenschaftsminister und den Finanzminister beauftragt, mit dem Haus Wittelsbach darüber zu verhandeln. Ich muss dazu sagen, dass das nicht alleine eine Entscheidung der Staatsregierung ist. Wir sind nicht Eigentümer dieser Kunstschatze. Wir brauchen deshalb gute Verhandlungen.

(Susann Biedefeld (SPD): Fränkisches Kulturgut ist das!)

Ich bin zuversichtlich, dass wir mit Herzog Franz zu einem Ergebnis kommen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Meine Damen, meine Herren, wir lieben unser Land und wir sind stolz auf unsere Heimat. Daraus erwächst uns die Kraft und die Stärke für unsere Zukunft. Die Stärke unserer Mehrheitsfraktion liegt in ihrer Verwurzelung in den Kommunen unseres Landes. Wir nehmen die Menschen ernst. Wir teilen ihr Gerechtigkeitsempfinden. Unsere Bilanz ist eine Erfolgsgeschichte: Statt Schulden haben wir Investitionen, statt Politikverdrossenheit Vertrauen in Staat und Politik, statt Resignation haben wir Chancen und statt Abwanderung Zuzug im ganzen Land Bayern. Wir sorgen für Chancengerechtigkeit und Generationengerechtigkeit. Meine Damen, meine Herren ich bitte des Hohe Haus um Zustimmung zum vorliegenden Haushaltsentwurf.

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Darf ich wieder um Aufmerksamkeit bitten? – Als nächstem Redner erteile ich das Wort dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Herrn Kollegen Maget.

Franz Maget (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Günther Gabsteiger (CSU): Langt schon!)

Jetzt haben Sie dem Ministerpräsidenten wieder einmal großen Beifall geschenkt und ihm gehuldigt.

(Markus Sackmann (CSU): Das war auch ein verdienter Beifall!)

Heute Nachmittag sticheln Sie wieder hinter seinem Rücken und reiben sich schadenfroh die Hände, wenn Ihre Landrätin aus Fürth zum Putsch gegen Herrn Stoiber aufruft. Gell, Herr Beckstein.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CSU)

Sie sind mir schöne Helden und Heuchler. Heute demonstrieren Sie Einigkeit und morgen denken Sie schon wieder laut: Wann hört denn der Herr Stoiber endlich auf?

(Beifall bei der SPD)

Genauso wird es später nach der Rede von Herrn Herrmann sein. Da werden Sie auch wieder demonstrativ klatschen, um später am Tresen der Landtagsgaststätte über seine Führungsschwäche herzuziehen.

(Engelbert Kupka (CSU): Unverschämtheit! – Manfred Ach (CSU): Ein niedriges Niveau! Ein sozialistisches Niveau!)

Alles passiert nur nach dem Motto: Nach außen Hui und nach innen Pfuui.

(Beifall bei der SPD – Alexander König (CSU):
Wenig zur Sache bisher!)

Lassen wir uns also durch die Fassade nicht täuschen, sondern wenden wir uns der tatsächlichen Lage unserer Regierung und unseres Landes zu. Nach dieser Orgie der Selbstbeweihräucherung ist vielleicht etwas Realismus angesagt.

(Manfred Ach (CSU): Fakten!)

Die Staatsregierung, meine Damen und Herren, ist schwach geworden. Der Ministerpräsident ist angeschlagen, und die CSU – –

(Manfred Ach (CSU): Aus Ihrer Stärke heraus können Sie das beurteilen! – Weitere Zurufe von der CSU!)

Präsident Alois Glück: Meine Damen und Herren, darf ich einen Moment unterbrechen? Bei so viel Unruhe und Zwischenrufen bitte ich um mehr Ruhe sowohl im Plenum als auch auf der Regierungsbank.

(Herbert Fischer (SPD): Wir haben Weihnachten und nicht Fasching!)

– Trotzdem muss jeder Redner die Möglichkeit haben, in Ruhe zu reden.

Franz Maget (SPD): Glauben Sie denn wirklich, dass Sie die großen Probleme des Landes lösen können, wenn Sie nicht einmal den Ladenschluss regeln können? Glauben Sie das wirklich? – Sie können doch gar nichts mehr.

(Beifall bei der SPD – Manfred Ach (CSU): Äußerst simpel, Ihr Beitrag!)

Sie sind in zentralen Fragen der Landespolitik orientierungs- und führunglos.

(Beifall bei der SPD)

Jüngstes Beispiel gestern: Herr Söder sagt, wir wollen die Pkw-Maut, und er begründet das mit dem Satz: Die Maut ist sinnvoll, weil sie gerecht ist. Drei Tage vorher sagt der Fraktionsvorsitzende der CSU: Wir lehnen die Pkw-Maut ab; dagegen sprechen ökologische und soziale Gründe. – Ja, was jetzt? – Sie sitzen doch nur fünf Meter auseinander. Vielleicht werden Sie sich einmal einig, was sozial und was gerecht ist.

(Joachim Herrmann (CSU): Wie viele verschiedene Meinungen hat die SPD gestern zu dem Thema vertreten?)

– Die Landtagsfraktion hat sich eindeutig und einstimmig gegen die Einführung einer Pkw-Maut positioniert.

Tatsache ist: Nur noch eine Minderheit in Bayern findet Stoiber als Ministerpräsidenten gut, ist mit seiner Arbeit zufrieden und will, dass er 2008 wieder kandidiert – nur noch eine Minderheit in Bayern. Das kommt nicht von ungefähr. Dafür gibt es inhaltliche Gründe, auf die ich noch kommen werde. Ein Grund liegt immer noch in seiner feigen Flucht aus Berlin. Die Scheu davor, Verantwortung in der Großen Koalition zu übernehmen, statt hier dauernd gegen sie anzustänkern, bleibt dauerhaft als Makel bestehen.

(Beifall bei der SPD)

„Die Welt“ schreibt dazu – ich zitiere –:

Der Besserwisser hat Kollateralschäden verursacht, die kaum abzusehen sind. Er verzockte den letzten großen Trumpf der Union, die moralische Überlegenheit.

(Beifall bei der SPD)

Weiter schreibt „Die Welt“ – das muss man sich wirklich einmal anhören –, eine konservative Zeitung in Deutschland:

Das Getöse aus München wird für lange Zeit nur mehr als Folklore wahrgenommen werden. Die CSU als Trachtenverein und Stoiber als schwarzer Oskar: Auf einen Schlag hat ein Zocker Bayerns größtes Kapital verspielt, den Respekt.

(Beifall bei der SPD)

Die Menschen sagen: Wer zu schwach ist, um Verantwortung in Berlin zu übernehmen, für den ist Bayern zu schade, um von ihm regiert zu werden.

(Beifall bei der SPD)

Nun denken Sie offenbar an das Ende Ihrer Karriere und wollen – so haben Sie sich ausgedrückt – nur noch ein Wurzelwerk suchen und pflegen – fürwahr eine merkwürdige Einlassung für einen starken Ministerpräsidenten. Die „Passauer Neue Presse“ bemerkt dazu – ich zitiere –: „Stoiber verbreitet Endzeitstimmung.“

(Zuruf von der CSU)

– Ich habe das nicht verstanden. Wollen Sie es mir noch einmal sagen?

(Joachim Herrmann (CSU): Er hat gesagt, die haben auch nicht immer recht!)

– Das stimmt allerdings. Da gebe ich Ihnen recht.

Jetzt haben Sie auch noch eine Kabinettsumbildung angekündigt. Die „Frankenpost“ sieht sogar ausgerechnet den

bayerischen Finanzminister Faltlhauser als ersten Kandidaten für ein Ausscheiden aus dem Kabinett.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): So was!)

– So was. Herr Kollege Christ hat den Ausschnitt sogar dabei. Der erste Kandidat für ein Ausscheiden sind angeblich ausgerechnet Sie, Herr Prof. Dr. Faltlhauser. Dabei hat er Sie doch gerade noch so gelobt. Vielleicht haben Sie Glück, Herr Prof. Dr. Faltlhauser; denn die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ konstatiert Folgendes – ich zitiere –: „Es ist ein geschwächter Stoiber, der taktieren muss und wenig handeln darf, um an der Spitze weiter geduldet zu werden.“

Meine Damen und Herren, dabei muss man fraglos anerkennen, dass Bayern nicht nur ein wunderschönes Land ist – ich meine, das schönste auf der Welt, wofür Sie wenig können –,

(Alexander König (CSU): Und gut regiert!)

sondern auch ein erfolgreiches Land war und ist. Viele Entscheidungen und Weichenstellungen in diesem Land hätten wir nicht anders getroffen als Sie.

(Zurufe von der CSU: Oh!)

Die wirtschaftliche Situation ist besser als die anderer Länder, aber dafür – und hier stimme ich Ihnen ausdrücklich zu, Herr Dr. Stoiber – muss man kämpfen. Ich sage, Bayern ist gut, aber Bayern könnte noch viel mehr.

(Beifall bei der SPD)

Für Leistungen der Vergangenheit bekommt man wenig, wenn man die Chancen der Zukunft verspielt. Deswegen zum letzten Mal ein Zitat aus der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. Da schreibt man über Edmund Stoiber am 26. November: „Der CSU-Chef rennt von Termin zu Termin, sagt irgendwas zu fast jedem Thema, gerät ständig in semantische Nöte und verliert den Überblick über sein Land und seine Partei.“ – So ist es. Es geht um den Überblick über unser Land.

Gegenwärtig hilft uns eine erfreuliche konjunkturelle Entwicklung in Deutschland. Wachstum, steigende Steuereinnahmen, die Entwicklung der Gewerbesteuer in den Kommunen, Exportstärke – die viel gescholtene Politik von Gerhard Schröder und die gezielten Wachstumsimpulse der Bundesregierung zeigen Wirkung. Wir haben keinen Anlass zur Euphorie, aber die Situation auf dem Arbeitsmarkt wird besser, was sich natürlich auch in Bayern auswirkt. Die Einnahmen steigen deutlich an. Allein die Mehrwertsteuer spült in den bayerischen Haushalt in den nächsten Jahren jedes Jahr 900 Millionen Euro. Ich denke, das ist Anlass genug, endlich zu einer nachhaltigen und zukunftsorientierten Haushaltspolitik zu kommen.

Die bayerische Haushaltspolitik – Sie haben sich mit Selbstlob geradezu überschüttet – lässt in Wahrheit Zuverlässigkeit und Stetigkeit vermissen. Sie ist ein

ständiges Auf und Ab. „Raus aus den Kartoffeln, rein in die Kartoffeln“ ist die Devise. 1995 bis 2003 haben Sie atemlos Geld ausgegeben und Privatisierungserlöse in Milliardenhöhe verbraucht. 2004 bis 2006 haben Sie Kürzungsorgien veranstaltet, dargestellt als Sorge um die Zukunft. In Wahrheit war die schwarze Null lediglich als Wahlkampfschlager für 2006 geplant. Im Jahr 2008 – das ist auch schon ausgeplaudert worden und in den Zeitungen nachzulesen – soll wieder umfassend Geld ausgegeben werden. Sie haben Milliarden-Programme für alles Gute, Schöne und Nützliche angekündigt für 2008. – Komisch, so ein Zufall, ausgerechnet 2008. Wie gut, dass da in Bayern zufällig Landtagswahlen stattfinden. Ich sage Ihnen aber, Haushaltspolitik muss den Menschen dienen und darf sich nicht nach Ihrem Wahlkampfkalender richten, sehr geehrter Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der SPD)

Dabei hätten wir jetzt eine gute Gelegenheit, eine nachhaltige Haushaltspolitik zu betreiben. Sie haben 2,5 Milliarden Euro an Mehreinnahmen. Doch diese Mehreinnahmen führen nicht zu höheren Investitionen für unsere Zukunft. Die Staatsausgaben steigen, aber die Investitionsquote bleibt niedrig. Sie haben in den Jahren, in denen Sie regieren, die Investitionsquote in Bayern halbiert. Das ist schlecht für die Zukunft dieses Landes; das ist ein Armutszeugnis und kein Reichtumsbericht.

(Beifall bei der SPD)

Mittlerweile sind die Folgen dieser Politik offenkundig. Die „Süddeutsche Zeitung“ schreibt, der Freistaat lässt seine Bauten verkommen. Hier geht es um den Bericht des Obersten Rechnungshofs. Sie haben nicht recht, wenn Sie sagen, unsere Politik ist für die kommenden Generationen gedacht. Weil Sie nichts investieren für die kommenden Generationen, schaden Sie der Zukunft dieses Landes.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt keinen Zweifel: Bayern hat bessere Finanzdaten als andere Länder in Deutschland, aber wohlfeile und allseits beliebte Ländervergleiche nützen an dieser Stelle wenig. Besser als Vergleiche anzustellen, wäre es in der Tat, Herr Finanzminister, im Rahmen der Föderalismusreform II den Länderfinanzausgleich auf den Prüfstand zu stellen.

Es mag einmal gut und fair gewesen sein, was verabredet wurde, aber die Dinge haben sich geändert. Schauen Sie sich die anderen Länder einmal an, blicken wir zum Beispiel nach Sachsen: Das ist ein Nehmer-Land im Länderfinanzausgleich und bekommt ungefähr eine Milliarde Euro. Wissen Sie, was dieses Land in den von Ihnen soeben so viel gelobten Pensionsfonds in diesem Jahr einstellt? – 314 Millionen Euro stellt Sachsen in den Pensionsfonds ein. Wie viel stellt Bayern im nächsten Jahr ein?

(Susann Biedefeld (SPD): Null Euro!)

Null Euro! Sie loben den Pensionsfonds, zahlen aber nichts, und Sachsen bezieht Geld aus dem Länderfinanzausgleich und kann damit den Pensionsfonds speisen. Ist das noch gerecht? Ist das noch ein guter Länderfinanzausgleich? – Ich meine: Nein. Das muss korrigiert werden. Das ist auch eine Frage der Gerechtigkeit.

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, andere Länder zahlen aus den Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich Ganztagschulen. Sie nicht! Mir scheint, Ihnen ist es lieber, in anderen Ländern über Mittel aus dem Länderfinanzausgleich Ganztagschulen zu errichten, anstatt im eigenen Land mit eigenem Geld das Gleiche zu tun.

(Joachim Herrmann (CSU): Das ist abenteuerlich!)

– Das ist nicht abenteuerlich, sondern das ist eine Hausaufgabe, die Sie einmal zu erledigen haben. – Übrigens, manchmal helfen Vergleiche im eigenen Land weiter, meine sehr geehrten Damen und Herren. Vergleichen Sie zum Beispiel die Haushaltsdaten Bayerns mit denen unserer Landeshauptstadt München. München hat auch einen ausgeglichenen Haushalt. München tritt sogar in diesem und im nächsten Jahr in die Schuldentilgung ein, was Sie nicht schaffen, Herr Faltlhauser.

(Susann Biedefeld (SPD): Hört, hört!)

Der bemerkenswerteste Unterschied liegt darin: München hat im Gegensatz zu Ihnen sämtliches öffentliche Eigentum behalten, nichts verscherbelt und nichts verkauft.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Überall dort, wo die CSU Verantwortung trägt, wird öffentliches Eigentum verhökert und werden damit Haushaltslöcher gestopft. Die Landeshauptstadt München hat alles behalten, jede Wohnung, die Stadtwerke, die Verkehrsbetriebe, die Krankenhäuser, und tritt noch in den Schuldendienst ein. Das ist eine bessere Haushaltspolitik.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Präsident Alois Glück: Herr Kollege Maget, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Prof. Faltlhauser?

Franz Maget (SPD): Sofort. – Das zeigt ein noch stärkeres Bewusstsein für die Bedeutung der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Präsident Alois Glück: Herr Abgeordneter Faltlhauser, bitte.

Prof. Dr. Kurt Faltlhauser (CSU): Herr Kollege, würden Sie angesichts Ihres abenteuerlichen Vergleichs zwischen dem Landeshaushalt und dem Stadthaushalt zur Kenntnis nehmen, dass die Landeshauptstadt München trotz extrem steigender Gewerbesteuer, trotz der Einführung

einer Zweitwohnungssteuer gegen Studenten und gegen arme Polizisten

(Zurufe von der SPD: Oh, oh! – Dr. Thomas Beyer (SPD): Danke schön, Herr Beckstein!)

seit 1994 eine Steigerung ihrer Pro-Kopf-Verschuldung um 146 % verzeichnete, während andere vergleichbare Großstädte in der Bundesrepublik Deutschland ihre Pro-Kopf-Verschuldung um 33 % senkten?

Franz Maget (SPD): Herr Finanzminister, würden Sie zur Kenntnis nehmen, dass die Landeshauptstadt München bis zum Jahr 2010 600 Millionen Euro ihrer Schulden abbaut, während Sie keinen Euro und keinen Cent abbauen? Ist das denn nicht ein schöner Unterschied in der Haushaltspolitik zwischen Stadt und Land, der leider nicht für Sie spricht?

(Beifall bei der SPD)

Präsident Alois Glück: Herr Kollege, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage?

Franz Maget (SPD): Selbstverständlich. Ich unterhalte mich immer gern mit dem Finanzminister. Er soll es ja nicht mehr lange sein, habe ich gelesen.

(Prof. Dr. Kurt Faltlhauser (CSU): Das sehe ich mit Gelassenheit!)

– Ich auch.

Prof. Dr. Kurt Faltlhauser (CSU): Heißt das, dass Sie die Haushaltspolitik der Landeshauptstadt München so interpretieren, dass man zunächst eine dramatische Nettoverschuldung aufbauen kann, um dann aus optischen Gründen ein bisschen nach unten zu gehen?

Franz Maget (SPD): Sie haben im Jahr 2005 den höchsten Schuldenstand erreicht, den Bayern je hatte.

(Beifall bei der SPD)

2005 war der höchste Schuldenstand zu verzeichnen, den Bayern je hatte, und dafür tragen Sie die Verantwortung.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Kurt Faltlhauser (CSU))

– Sie dürfen gerne weiter fragen; das ist in Ordnung. – Jetzt stellt sich natürlich die Frage: Wohin versickern die 2,5 Milliarden Euro, die Sie zusätzlich einnehmen? – Sie versickern im Haushalt, in einer viel zu großen Ministerialbürokratie und in einer zu großen Staatsverwaltung in den obersten Dienstbehörden im Freistaat Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Der Oberste Rechnungshof schreibt dazu:

Die Zahl der Spitzenpositionen bei Staatskanzlei und Staatsministerien hat sich in den letzten zehn Jahren wie folgt entwickelt: bei den B-3-Stellen plus 2,5%, bei den B-6-Stellen plus 14 %, bei allen Stellen zwischen A 16 und B 9 insgesamt plus 4 %.

Oben werden also die Stellen fett ausgeweitet, und unten bluten die kleinen Verwaltungsangestellten und müssen mit ihrer Arbeit die Zeche bezahlen.

(Beifall bei der SPD)

Diese Schlussfolgerung war allerdings von mir und nicht vom Obersten Rechnungshof.

Auch Ihre viel gelobte Polizeireform ist Murks, meine Damen und Herren. Nach Meinung der Fachleute verschlingt sie 60 Millionen Euro ohne positives Resultat. Die Polizeipräsidenten wissen das und könnten darüber berichten, wenn Sie ihnen keinen Maulkorb umgehängt hätten. – Das Geld verschwindet also in der Bürokratie im Freistaat Bayern.

Meine Damen und Herren, im Haushalt müssen Prioritäten auf den wichtigsten Feldern gesetzt werden. Ich will Ihnen einige nennen. Ich beginne mit denen, die Sie bezeichnenderweise völlig ausgelassen haben. Bei Ihnen findet sich nichts zum Thema Umwelt, nichts zum Thema Klimaschutz, nichts zum Thema Gesundheit. Wir hätten von Ihnen auch gerne eine Antwort auf die Lebensmittelskandale in Bayern in den letzten Wochen und Monaten gehabt.

(Susann Biedefeld (SPD): Einfach ausgeblendet!)

Deswegen dazu einige Anmerkungen: Erstens. Bayern könnte Feinkostladen Europas sein.

(Lachen bei der SPD)

„Könnte“, meine Damen und Herren! Wenn man heute von der Schmankerlecke Bayern spricht, kommt schallendes Gelächter auf. Das ist doch das Problem. Sie haben mit Ihrer Nachlässigkeit in dieser Frage dem Qualitätsanspruch der bayerischen Lebensmittel und noch dazu unserer Ernährungswirtschaft massiv geschadet.

(Beifall bei der SPD)

Weil Sie so selbstgerecht und ahnungslos sind, hat Herr Herrmann den Untersuchungsausschuss als den bisher überflüssigsten bezeichnet, den wir je hatten. Was stellt sich jetzt heraus? – Jede Woche, fast jeden Tag gibt es einen neuen Lebensmittelskandal. Da werden Waren umetikettiert; da werden ekelerregende Lebensmittel in Umlauf gebracht, und das alles unter dem Etikett „Qualität aus Bayern“. Das ist ein nachhaltiger wirtschaftlicher Schaden für uns und unsere Landwirtschaft.

(Beifall bei der SPD)

In Ihrer Regierungserklärung hätte ich gerne etwas zu der Frage gehört, was Sie jetzt zu unternehmen gedenken, um unsere Landwirtschaft und unsere Ernährungswirtschaft wieder zu stärken.

Zweitens. Bayerns Landwirtschaft und Bayerns Ernährungswirtschaft brauchen gentechnikfreies Saatgut und gentechnikfreie Lebensmittel. Herr Seehofer, ein CSU-Minister in Berlin, hat leider angekündigt, den Einsatz grüner Gentechnik erleichtern zu wollen. Ich halte das für einen Irrweg und für einen schweren Fehler. Mein Credo lautet: Gute Landwirtschaft ist gentechnikfrei, gute Landwirtschaft braucht keine Gentechnik.

(Beifall bei der SPD)

Drittens. Bayern muss Weltmarktführer auf dem Feld der erneuerbaren Energien werden. Dieses Ziel kann nicht erreicht werden, wenn Sie, meine Damen und Herren, weiter an der Atomenergie festhalten.

(Beifall bei der SPD)

Ich höre von Herrn Söder, dass er dagegen ist, dass ein Endlager für abgebrannte Kernbrennstäbe in Bayern errichtet wird. Jawohl, da sind wir auf Ihrer Seite. Wir möchten auch kein Endlager für abgebrannte Kernbrennstäbe in Bayern, Herr Ministerpräsident. Wer sich aber für Atomenergie einsetzt, wer 70 % seiner Energieversorgung aus Atomenergie bezieht, wer den Ausbau der Atomenergie fordert, der wirkt nicht glaubwürdig, wenn er sagt: Aber den Dreck sollen gefälligst andere nehmen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist nicht in Ordnung, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Unsere Chance liegt eben nicht in der Beibehaltung eines Atomkurses, sondern in der technologischen Entwicklung alternativer Energien. Bayern hat dafür die besten Voraussetzungen, weil unsere Bevölkerung umweltbewusst ist und sämtliche Bundesprogramme zur Förderung alternativer Energien in Bayern besonders stark nachgefragt werden. Sie wollen das aber nicht, sondern halten an der Atomenergie fest. Das ist aus ökonomischer und ökologischer Sicht eine katastrophale Politik.

Viertes Thema: Bayern muss ein Land der Gerechtigkeit werden und darf sein soziales Gesicht nicht verlieren. 2003 hat die CSU bei den Landtagswahlen einen großen Erfolg erzielt, weil sie den Menschen vor den Wahlen verschwiegen hat, was sie nach der Wahl an radikalen Kürzungsmaßnahmen durchsetzen wollte. Prinzessin von Thurn und Taxis, die Präsidentin des Bayerischen Roten Kreuzes, sagte über Ihre Sozialpolitik, Herr Ministerpräsident: „Mich erschreckt die Kälte, die Ministerpräsident Stoiber neuerdings in sozialen Fragen an den Tag legt.“

(Beifall bei der SPD)

Ich sage: Wenn es in Bayern gerecht zugehen soll, dann müssen wir gerade die Schwachen mitnehmen. Heute ist

es leider so, dass selbst die Schuldnerberatungen Insolvenz anmelden müssten, wenn Sie nicht in einer Notaktion gerade noch rechtzeitig eine halbe Million Euro über den Tisch geschoben hätten. Die Schuldnerberatung ist nur ein Beispiel. Kürzungen gab es über alle Bereiche hinweg: bei der Familienberatung und bei den Familienleistungen, bei der Jugendförderung, im Landesplan für Menschen mit Behinderungen, beim Blindengeld, im Landesplan für Altenhilfe, bei der Ausländerberatung und so weiter und so fort. Jetzt verkaufen Sie es als großen Erfolg und gute vorweihnachtliche Botschaft, dass Sie im Sozialetat angeblich nicht weiter kürzen. Noch vor zwei Jahren haben Sie die sozialen Einrichtungen und Dienste auf offener Straße überfallen und brutal ausgeraubt, –

(Heiterkeit der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

und jetzt sagen Sie: Seid froh, dass wir euch heuer nicht schon wieder überfallen und ausrauben.

(Beifall bei der SPD)

Sie kommen gar nicht auf die Idee, ihnen das Geraubte wieder zurückzugeben.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

Der Präsident des Diakonischen Werkes der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, Herr Dr. Markert, sagt dazu so einfach wie unmissverständlich – ich zitiere:

Die Streichungen der Bayerischen Staatsregierung gefährden das soziale Bayern. Das geht nicht zugunsten, sondern zulasten der kommenden Generationen.

Dem ist wenig hinzuzufügen.

(Beifall bei der SPD – Susann Biedefeld (SPD):
Wenig zukunftsfähige Politik!)

Fünfter Punkt: Soziale Gerechtigkeit ist in Deutschland und in Bayern in den Augen der meisten Menschen ein ganz besonders wichtiges Gut. Das gilt gerade auch gegenüber pflegebedürftigen Menschen, ob zu Hause oder in Pflegeheimen. Bezeichnenderweise haben Sie auch dieses Thema ausgespart. Derzeit leben knapp 100 000 Menschen in Bayern in Pflegeeinrichtungen. Nicht überall sind die Pflegebedingungen menschenwürdig und dem angemessen, was wir uns selbst für unser eigenes Alter vorstellen und wünschen würden. Deshalb wollen wir Verbesserungen in der Pflege erreichen und werden dazu Vorstellungen für ein neues Bayerisches Heimgesetz vorlegen. Sie wollen offenbar keine Verbesserungen für die Pflegebedürftigen erreichen. Anders ist es nicht zu erklären, dass Sie sich aus der staatlichen Förderung der stationären Altenhilfe zurückziehen und dafür alle Zuschüsse des Staates streichen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist wirklich keine sozialpolitische Großtat und ein schlimmer Fehler, weil er nachhaltige Folgen haben und zur Privatisierung und Verteuerung der Pflege führen wird. Die Vorsitzende der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege kommentiert Ihre Entscheidung wie folgt:

Für die Heimträger innerhalb der Freien Wohlfahrtspflege, aber auch für die Gebietskörperschaften ist der Rückzug des Freistaates aus der Investitionskostenförderung ein massiver Vertrauensbruch. Dieser Wegfall der Förderung durch den Freistaat Bayern führt zu einer Erhöhung der Heimkosten von bis zu 130 Euro monatlich.

(Beifall bei der SPD)

Das ist Politik zulasten der schwächsten Menschen in unserem Lande.

Sechster Punkt: Auch Familien mit Kindern leben gerne in Bayern. Sie haben aber Probleme, insbesondere was die Kinderbetreuung betrifft. Sie haben diesem Thema eine erfreuliche Aufmerksamkeit gewidmet. Bayern könnte in der Tat das familienfreundlichste Land Deutschlands sein. Warum sind wir das aber bei Weitem nicht? – Wir sind es nicht, weil die Mehrheitspartei in vielen gesellschaftspolitischen Fragen, insbesondere beim Frauen- und Familienbild, immer noch nicht in der Gegenwart angekommen ist, –

(Beifall bei der SPD)

sondern an alten, völlig überholten Ideologien festhält. Für diese Rückständigkeit der CSU müssen Frauen und Familien in Bayern einen hohen Preis bezahlen. Bayern ist das Land mit dem schlechtesten Angebot an Kinderkrippen in ganz Deutschland.

(Joachim Unterländer (CSU): Das stimmt doch gar nicht!)

Das liegt daran, dass Sie noch vor wenigen Jahren Kinderkrippen als sozialistisches Teufelszeug verunglimpft haben, auch in diesem Haus.

(Beifall bei der SPD)

Heute, Herr Kollege Unterländer, fordert die Münchner CSU einen Versorgungsgrad mit Kinderkrippen von 60 %.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD):
Respekt!)

Das muss man sich einmal vorstellen. Vor Jahren haben Sie noch gesagt, Kinderkrippen kommen für uns nicht infrage; jetzt fordern Sie einen Versorgungsgrad von 60 %. Das ist ein Treppenwitz.

Wenn Sie im Doppelhaushalt – Frau Stewens, Sie sind nicht zu beanstanden, Sie haben sechs Kinder, ich

komme darauf nachher noch zu sprechen – wenigstens die Zuschussmittel des Freistaates Bayern eingestellt hätten, die Sie bräuchten, um einen Versorgungsgrad von 60 % bei den Kinderkrippen in München zu realisieren,

(Susann Biedefeld (SPD): Bayernweit!)

dann wäre das eine konsistente Politik. Weil Sie das nicht getan haben, ist es reine Wählertäuschung.

(Beifall bei der SPD)

Nein, mit jungen Familien haben Sie wenig im Sinn. Auch unserem Vorschlag, das letzte Kindergartenjahr kostenfrei zu stellen, verweigern Sie sich. Herr Söder darf das zwar fordern, weil die Menschen es wünschen; aber die CSU hält wenig davon.

(Margarete Bause (GRÜNE): Morgen fordert Söder das Gegenteil!)

Frauen sind in Bayern nach wie vor benachteiligt, wenn sie Beruf und Familie unter einen Hut bringen wollen. Wir wollen Wahlfreiheit: Es ist völlig in Ordnung, wenn ein Vater oder eine Mutter zu Hause bei seinen oder bei ihren Kindern bleibt. Es ist aber auch in Ordnung, wenn ein Vater oder eine Mutter Kinder haben und einer beruflichen Tätigkeit außer Haus nachgehen will.

(Beifall bei der SPD)

Dafür müssen wir die Rahmenbedingungen schaffen.

Die Bayerische Verfassung fordert gleiche Chancen für Frauen. Die sind in Bayern nicht gegeben. Werfen wir einen Blick in unsere Hochschulen: Mehr junge Frauen als junge Männer machen das Abitur, und junge Frauen nehmen häufiger als junge Männer ein Studium auf. An den bayerischen Hochschulen aber beträgt der Professorinnenanteil nur 9,4 %. Das ist der letzte Platz in Deutschland.

(Beifall bei der SPD)

82 % der Professorinnen haben keine Kinder.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Was sagt uns das?)

Das beweist doch, dass es für Frauen, die beruflich genauso erfolgreich wie Männer sein wollten, nicht möglich war, Kinder und Beruf unter einen Hut zu bringen. Das ist der Beweis. Das betrifft nicht nur Professorinnen – um die geht es hier nicht in erster Linie –, sondern alle Frauen in diesem Land.

(Beifall bei der SPD)

Frau Stewens, Sie haben sechs Kinder, das ist in Ordnung. Im Jahr 2005 gab es in Bayern nur noch 107 000 Geburten. Das ist der niedrigste Stand seit 1979, obwohl wir damals 1,6 Millionen Einwohner weniger hatten. Das ist das Ergebnis Ihrer Familienpolitik!

(Zuruf des Abgeordneten Joachim Wahnschaffe (SPD))

Im Übrigen ist das auch kein Wunder, Frau Merk, Frau Müller und Frau Stewens, dass es nur drei Frauen in die Bayerische Staatsregierung geschafft haben. Drei Frauen unter 18 Kabinettsmitgliedern, das ist der schlechteste Stand von allen deutschen Regierungen. Das ist armselig, was Sie hier zustande bringen, Herr Stoiber!

(Beifall bei der SPD – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das ist Wahnsinn und armselig!)

Jetzt haben Sie, Herr Stoiber, Ihre Zukunftskommission vorgestellt. Wie hieß das: Die 19 besten Köpfe Bayerns? Das haben Sie gesagt, Herr Stoiber. Darunter ist nicht eine einzige Frau! Herr Stoiber, so etwas gibt es doch sonst nur in muslimischen Gottesstaaten, aber nicht in einer Demokratie, in der Frauen und Männer gleiche Rechte haben.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die Rettung naht aber, denn die CSU diskutiert ein neues Grundsatzprogramm. Man höre und staune: Im neuen Grundsatzprogramm versucht die CSU, in der Gegenwart anzukommen. Es kommen Frauen darin vor, Familien, sogar die Gleichstellung der Frau. Sogar Lesben und Schwule kommen darin vor.

(Alexander König (CSU): Nur kein Neid!)

Die CSU sagt, das ist keine Krankheit, sondern nur eine Lebensform. Herzlichen Glückwunsch für diese großen Anstrengungen, die Sie leidenschaftlich diskutiert haben.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Präsident Alois Glück: Herr Maget, gestatten Sie eine Zwischenfrage aus Ihrer Fraktion?

Franz Maget (SPD): Jetzt war ich gerade so schön drin, aber ich gestatte sie.

Dr. Christoph Rabenstein (SPD): Herr Kollege, halten Sie es für richtig, dass auf der einen Seite das Handy-Verbot an den Schulen gilt, dass aber auf der anderen Seite der Herr Ministerpräsident während Ihrer Rede ständig mit dem Handy spielt?

(Heiterkeit bei der SPD und bei den GRÜNEN – Alexander König (CSU): Das musste unbedingt gefragt werden!)

Franz Maget (SPD): Das habe ich nicht bemerkt, aber da will ich großzügig sein. Wenn er den Frauen in unserer Gesellschaft endlich faire Chancen gibt, dann darf der Ministerpräsident mit dem Handy telefonieren. Dann ist das für mich in Ordnung.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD – Alexander König (CSU): Super-Frage und Super-Antwort!)

Ihr CSU-Grundsatzprogramm hat eine einzige Funktion: Sie wollen wie ein „Hobo“ auf einen fahrenden Zug aufspringen, der in Richtung Gegenwart und Zukunft fährt. Ich wünsche Ihnen, dass Sie wenigstens noch den letzten Waggon erreichen.

(Beifall bei der SPD)

Siebter Punkt. Es ist mittlerweile gänzlich unbestritten, dass unser Bildungssystem unterfinanziert ist, in Bayern sogar extrem unterfinanziert ist. Dieser Befund gilt für die gesamte Bildungskette von der Kindertagesstätte über die Schulen und Hochschulen bis zur Erwachsenenbildung. Bei der Erwachsenenbildung wollten Sie sich ganz aus der Förderung zurückziehen. Unsere Hochschulen haben mit einer Überlast von 200 % bis 300 % zu kämpfen. Jetzt hätte es die Möglichkeit gegeben, unser Bildungssystem endlich besser zu finanzieren. Die Bürgerinnen und Bürger Bayerns zahlen im nächsten Jahr 900 Millionen Euro allein durch die höhere Mehrwertsteuer. Wenn man die Bürger schon zur Kasse bittet, dann sollen sie wenigstens etwas Vernünftiges dafür bekommen, nämlich ein besseres Bildungssystem.

(Beifall bei der SPD)

Der Anteil, den Sie für die Schulen ausgeben, ist in den letzten Jahren noch geringer geworden als er ohnehin schon war. An den Grund- und Hauptschulen sinkt die Zahl der Lehrer. Dort sollen im nächsten und im übernächsten Jahr insgesamt 1660 Planstellen gestrichen werden. Herr Stoiber hat den rührenden Brief eines Hauptschülers oder einer Hauptschulklasse aus Schwabach vorgelesen. Der Schüler hat gesagt, wir sollen die Hauptschulen nicht schlechtreden.

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Wir reden die Hauptschulen nicht schlecht, aber Sie behandeln sie schlecht, und das ist das Problem. Das ist der entscheidende Punkt!

(Anhaltender Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Warum wollen die Eltern ihre Kinder denn nicht mehr an die Hauptschule geben? Warum nicht? – Sie wissen, dass ihre Kinder dort schlechtere Bildungs-, Lebens- und Arbeitsmarktchancen haben. Das ist der entscheidende Punkt. Die Eltern wissen, dass die Hauptschulen mit so vielen Problemen zu kämpfen haben und, dass Sie den Hauptschulen nicht helfen, die Probleme zu lösen. Es gibt keine Ganztageshauptschulen, es gibt keine ausreichende Ausstattung, die Klassen sind viel zu groß. Das ist es, was Sie den Hauptschulen antun. Deshalb dürfen Sie hier keine Krokodilstränen zugunsten der Hauptschulen weinen!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Alois Glück: Herr Kollege Maget, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Steiger?

Franz Maget (SPD): Ja.

Präsident Alois Glück: Bitte, Frau Kollegin.

Christa Steiger (SPD): Herr Kollege Maget, wie schätzen Sie die Forderung ein, die Herr Kollege Eduard Nöth von der CSU in einem Brief an den Ministerpräsidenten formuliert hat, wonach die vorausgesagten steigenden Steuereinnahmen für die Bildungspolitik einzusetzen seien, weil die Personalausstattung an den Schulen absolut „auf Kante genäht“ sei, weil es zu große Klassen gebe, weil der Unterricht ausfalle, weil die Lehrer fehlten und weil zur individuellen Förderung keine Möglichkeiten bestünden?

Franz Maget (SPD): Wunderbar, diese Frage kommt gerade recht.

(Alexander König (CSU): Können die Mitglieder Ihrer Fraktion nur im Plenum Fragen stellen, weil Sie es sonst nicht dürfen? – Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

– Was der Finanzminister darf, darf der Abgeordnete auch, Herr Kollege.

Sie lassen die Hauptschulen am langen Arm verhungern, am Lande lassen Sie sie sogar sterben. Bei den Berufsschulen, Realschulen und bei den Gymnasien sieht es nicht besser aus. Ich zitiere den Vorsitzenden des Bayerischen Realschullehrerverbandes, Herrn Huber. Herr Huber sagt Folgendes: „Es ist den Realschulen versprochen worden, dass sich zumindest nichts verschlechtern wird.“

(Simone Tolle (GRÜNE): Danke schön!)

Nicht einmal dieses Versprechen ist gehalten worden, im Gegenteil.“ So weit der Vorsitzende des Bayerischen Realschullehrerverbandes. Und Herr Huber verweist darauf, Herr Ministerpräsident, dass der Klassendurchschnitt wieder steigt, dass er jetzt bei 28,83 liegt und dass es in Bayern 290 Klassen mit mehr als 34 Schülern gibt. Herr Huber sagt, wenn in Bayern keine Realschulklasse über 33 Schüler haben soll, dann bräuchten wir allein dafür 800 zusätzliche Lehrer. Angesichts der bildungspolitischen Sonntagsreden, die Sie immer halten, ist das ein Offenbarungseid.

(Beifall bei der SPD)

Der Vorsitzende des Bayerischen Philologenverbandes, Herr Max Schmidt, sagt zur Situation: „Wir haben die schlimmste Situation an unseren Schulen, seit ich Lehrer bin.“ – Der Mann ist schon seit 25 Jahren Lehrer.

(Zuruf von der SPD: Das spricht Bände!)

– Das spricht in der Tat Bände.

Achter Punkt. Wenn es gerecht zugeht, darf Bildung nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen.

(Beifall bei der SPD)

Diese Forderung, die im Übrigen auch in der Bayerischen Verfassung steht, wird in Bayern geradezu mit Füßen getreten. Nirgendwo in Deutschland bestimmt die Herkunft eines Kindes in dem Ausmaß über seinen Bildungserfolg und seine eigenen Lebenschancen, wie das in Bayern der Fall ist. Wenn Sie das bestreiten, dann lesen Sie Ihren eigenen bayerischen Bildungsbericht 2006. Dort stehen Ausführungen, deren Zitat ich Ihnen an dieser Stelle erspare, die aber deutlich machen, dass die Bildungschancen in Bayern extrem ungerecht verteilt sind. Ich sage, ein Bildungssystem, das nicht zumindest versucht, soziale Ungleichheit auszugleichen und aufzuheben, können wir uns nicht länger leisten. Wir können uns das aus moralischen Gründen nicht leisten, aber auch nicht aus sozialen und ökonomischen Gründen. Wir können es uns nicht leisten, dass jedes Jahr 10 % eines Jahrgangs die Schule ohne Abschluss verlassen, weil es zu wenig individuelle Förderung gibt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

In Bayern gibt es die höchste Quote an Durchfallern, und wir haben eine stets steigende Nachfrage an Nachhilfestunden für den Nachmittag. Auch das können wir uns nicht leisten. Wir brauchen mehr Ganztagschulen, deren Zahl bisher in Bayern mikroskopisch gering ist. So darf das nicht bleiben.

Wir bringen eine verlorene Generation zustande, die keine Arbeitsmarkt- und Berufschancen haben wird. Ihnen gelingt es in Ihrem Doppelhaushalt sogar, zusätzlich neue Bildungshürden mit dem Büchergeld und den Studiengebühren aufzurichten.

Bei den Studiengebühren ist übrigens kein Erlass aus wirtschaftlichen Gründen vorgesehen. Niemand kann aus wirtschaftlichen Gründen von der Zahlung von Studiengebühren befreit werden. Ist das sozial gerecht, liebe Kolleginnen und Kollegen?

(Zuruf von der SPD: Nein, das ist es nicht! – Beifall bei der SPD)

Ist das soziale Politik?

Meine Kinder und Ihre Kinder können studieren, weil es sich das Elternhaus leisten kann. Aber was macht eine Arbeiterfamilie? Was macht eine Hartz-IV-Empfängerfamilie? Wenn man weiß, dass Ausbildung immer teurer wird und man am Ende eines Studiums, wo man auch nicht weiß, ob man gleich einen Arbeitsplatz findet, mit zigtausend Euro Schulden dasteht, muss man sich fragen: Werden die Kinder ein Studium absolvieren oder beginnen? Nein, das werden sie vielfach nicht. Das ist eine schlechte Nachricht und ein schwerer Fehler Ihrer Politik.

(Beifall bei der SPD)

Ich zitiere den früheren Rektor der Münchner Universität, Herrn Prof. Heldrich. Er schrieb in der „Bayerischen Staatszeitung“ wörtlich:

Gewiss werden auch nach Einführung von Studiengebühren Abiturienten aus einkommensschwachen Familien noch den Weg zur Universität finden. Ihr Anteil an der gesamten Studentenschaft wird aber sicherlich zurückgehen. Wir müssen uns fragen, ob wir diese Auswirkung gegenüber den betroffenen jungen Leuten tatsächlich verantworten können.

Recht hat er. Wir meinen, das können wir nicht verantworten.

(Beifall bei der SPD)

Neuntens. Noch immer ist die hohe Arbeitslosigkeit das größte soziale und wirtschaftliche Problem unseres Landes, obwohl wir in den letzten Monaten einige durchaus positive Nachrichten wahrnehmen konnten. Deutschland wird, so hat man gestern in den Zeitungen gelesen, wieder zu den attraktivsten Wirtschaftsstandorten der Welt gezählt. Das ist kein Anlass zu Begeisterung, aber schon Grund zur Zuversicht.

Vor allem wollen wir aber erreichen, dass die Arbeitslosigkeit im ganzen Land Bayern zurückgeht. In Teilen unseres Landes ist sie noch bedrückend hoch. In Ostbayern, Oberfranken, im westlichen Mittelfranken ist die Arbeitslosigkeit zu hoch, auch die Jugendarbeitslosigkeit. Außerdem ist die Ausbildungssituation schlecht. In diesen regionalen Unterschieden Bayerns spiegeln sich deutlich die Versäumnisse der Staatsregierung in der Regional- und Strukturpolitik wider. Man kann über die gute Lage der Region in München froh sein. Das sind natürlich auch wir. Es hilft aber nicht den Menschen in den strukturschwachen Gebieten Bayerns.

(Beifall bei der SPD)

In Hof haben Sie zum Beispiel einen Flughafen unterstützt. Darüber kann man geteilter Meinung sein. Ich habe dieses Projekt immer mit getragen, weil ich glaube, dass es ein Hoffnungszeichen für diese Region ist. Aber ein Flughafen allein hilft natürlich nichts, wenn Sie es nicht schaffen, drumherum eine aktive Standortpolitik zustande zu bringen und dort Arbeitsplätze anzusiedeln.

(Beifall bei der SPD)

Ich weiß nicht, ob Herr Huber jetzt da ist. – Aber immerhin ist Herr Spitzner da. – Sie haben in Hof ganz groß einen Automobilzulieferpark angekündigt. Als die erste Firma kam, waren gleich vier Minister dort, um den Park zu eröffnen. Ich glaube, das war im Jahr 2004.

Wissen Sie übrigens, wie dieser Automobilzulieferpark heißt? Herr Huber liebt ja englische Begriffe. Der Automobilzulieferpark heißt „Pole Position“. Wissen Sie, wie „Pole Position“ in Hof aussieht? Den Flughafen machen Sie zu. Zulieferer und andere Betriebe haben Sie nicht

ansiedeln können. Derjenige, den man damals gefeiert hat, ist schon wieder weg. Und auf der aktuellen Homepage der „Pole Position“ findet sich als letzter Eintrag einer vom Herbst 2005. Das Jahr 2006 findet gar nicht mehr statt.

(Beifall bei der SPD)

Das sind die Ergebnisse Ihrer bayerischen Regionalpolitik.

Vielleicht wäre es besser, statt wohlklingender Cluster einmal tatsächlich handfeste, praktische Industriepolitik zu machen.

(Beifall bei der SPD)

Dazu gehört übrigens auch eine Stärkung unserer Infrastruktur. Viele konkrete Projekte sind überfällig. Wir brauchen sie dringend.

Mit einer Pkw-Maut würde ich die Finanzierung nicht vornehmen. So schreibt auch die „Süddeutsche Zeitung“ über Ihren Vorschlag: „So ist der neuerliche Maut-Vorschlag der CSU kein ernsthafter Diskussionsbeitrag“, Herr Söder, „sondern Effekthascherei einer Partei, die sich sorgt, bundespolitisch an Bedeutung zu verlieren.“

(Beifall bei der SPD)

Was wir nicht brauchen, ist ein Transrapid. Sie haben nicht einmal das Geld, den Transrapid zu finanzieren. Das ist auch gut so. Deswegen bin ich damit zufrieden.

Ich komme zum Schluss. Wir haben durch die Föderalismuskommission in der Tat neue Möglichkeiten der Gestaltung in der Landespolitik. Das müssen Sie aber auch können und schaffen, Herr Kollege Herrmann. Lassen Sie uns den Ladenschluss regeln. Lassen Sie uns ein Rauchverbot in den Gaststätten durchsetzen. Machen wir das! Das können wir.

Aber bei Ihnen geht es drunter und drüber. Bei der Pkw-Maut sind Sie sich nicht einig. Beim Ladenschluss sind Sie sich nicht einig. Beim staatlichen Wettmonopol sind Sie sich nicht einig. Wie es beim Rauchverbot ist, weiß ich nicht. Beim letzten Kindergartenjahr sind Sie sich auf jeden Fall nicht einig. Für die Untersuchung von Kindern könnten wir längst ein eigenes Landesgesetz haben. Im Saarland ist ein solches Gesetz bereits einstimmig beschlossen worden. Es schließt auch eine Untersuchung ein. Jetzt machen auch wir das. Wir legen Ihnen gern einen solchen Gesetzentwurf zur Zustimmung vor.

Herr Stoiber will seine Regierung umbilden. Das wäre natürlich hilfreich. Aber wirklich nützen wird es nicht. Nur eine andere Politik, eine bessere Politik für unser Land würde etwas nützen. Aber eine solche Politik bringen Sie nicht mehr zustande.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Als Nächster hat sich Herr Kollege Dürr zu Wort gemeldet.

Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Herr Ministerpräsident, Sie haben heute viel über Zukunft geredet, auch über Bayern 2020. Sie haben von Generationengerechtigkeit und nachhaltiger Politik schwadroniert. Aber der Haushaltsentwurf, den wir diese Woche beraten, ist weder gerecht noch nachhaltig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Er ist überhaupt nicht zukunftsfähig. Die entscheidenden Zukunftsaufgaben, vor denen Bayern steht, Klimaschutz und Bildung, können Sie mit diesem bescheidenen Machwerk nicht bewältigen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Gegenteil, Sie verschieben alle wichtigen Maßnahmen auf den Sankt-Nimmerleins-Tag. Sie verschieben Kosten, vor allem Folgekosten, auf andere, auf Familien, auf Kommunen, auf die Zukunft. Sie belasten die künftigen Generationen, behaupten aber, das sei Generationengerechtigkeit. Das ist doch absurd!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie reden von Bayern 2020, Herr Ministerpräsident. Aber Sie denken höchstens bis 2010.

Sie wollen um jeden Preis 2008 noch einmal als Kandidat antreten, und das kommt Ihnen so vor wie eine große Vision. Aber mit dieser Vision stehen Sie in Bayern ziemlich allein da.

(Beifall bei den GRÜNEN – Widerspruch von der CSU)

Die Mehrheit der Bayern will nicht, dass Sie noch einmal antreten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Mehrheit der Bayern hat kein Vertrauen mehr in Ihre Fähigkeiten, Herr Ministerpräsident, die Zukunftsfragen zu lösen.

Sie haben die Frage gestellt: Was sind die entscheidenden Trends? Aber auf die Trends, die Bayerns Zukunft mehr als alle anderen bestimmen, haben Sie keine Antwort: auf Klimawandel und zunehmende Ungerechtigkeit. Sie behaupten: „Wir nehmen die Menschen ernst, wir teilen ihr Gerechtigkeitsempfinden.“ Da täuschen Sie sich, denn die Menschen in unserem Land wissen, wie stark ihre Lebenswirklichkeit geprägt ist von fehlender Chancengerechtigkeit und vom rasanten Klimawandel. Sie wissen auch, wie sehr ihre Zukunft davon abhängt, dass die bayerische Politik endlich handelt.

(Beifall der Abgeordneten Christine Stahl (GRÜNE))

Nur Sie, Herr Ministerpräsident, glauben, Sie könnten weitermachen wie bisher. Die Chancen der Menschen in Bayern gehen immer weiter auseinander. Die einen haben immer mehr, die anderen noch weniger als bisher. Aber Sie tun nichts, im Gegenteil: Sie verstärken die zunehmende soziale Ungerechtigkeit, Sie beschleunigen den Trend.

Genauso ist es beim Klimawandel. Sie wissen längst, dass die heutige Art zu wirtschaften die Durchschnittstemperatur nach oben treibt. Wir leiden immer öfter unter unerhörten Hitzewellen, Wolkenbrüchen, Jahrhunderthochwassern und Stürmen. Aber Sie tun nichts, im Gegenteil: Mit Ihrer Politik beschleunigen Sie den Klimawandel.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir leben in spannenden Zeiten. Die politische Landschaft Bayerns ist im Umbruch. Die Menschen suchen Orientierung. Aber bei Ihnen, Herr Ministerpräsident, und Ihrer Partei werden sie nicht mehr fündig. Sie können ihnen keinerlei Orientierung geben, weil Sie selber Ihre Orientierung verloren haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Seit Sie mit Ihrer neoliberalen Propaganda bei der Bundestagswahl auf die Nase gefallen sind und danach sang- und klanglos die Stätte des fehlenden Triumphs geräumt haben, rätseln Sie: wohin des Wegs? Sie haben das neoliberale Pferd totgeritten, aber auf den alten konservativen Gaul können Sie auch nicht umsatteln, denn der wirkt inzwischen auf die Wählerschaft und sogar auf Sie selber wie ein alter Esel.

Was also tun? Sie wissen es nicht, und deswegen tun Sie nichts. Lieber gar nichts machen, als etwas falsch machen. Im Nichtentscheiden sind Sie heute wirklich groß.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ob es darum geht, das Kabinett umzubilden, den unfähigen Umweltminister zu entlassen, um den Ladenschluss, um das Landesentwicklungsprogramm, um den kommunalen Finanzausgleich – überall vertagen Sie alles, was strittig ist, nichts können Sie entscheiden.

Auf der Klausurtagung der CSU-Fraktion im September haben Sie, Herr Ministerpräsident, versucht, sich von der unfähigen Großen Koalition in Berlin abzusetzen. Für alle, die das nicht mehr wissen: Das ist die Koalition, in der die CSU auch irgendwie mitregiert.

(Margarete Bause (GRÜNE): Das merkt man gar nicht!)

Die Entscheidungsprozesse dort, so haben Sie gesagt, seien langwierig und schwierig, und Sie haben weise vermerkt:

Darunter kann die Attraktivität solcher Parteien in Koalitionen leiden. Ganz anders ist die Lage in

Bayern. Bei uns in Bayern gilt: klare Mehrheit, klare Entscheidungen.

(Heiterkeit der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

Ich zitiere weiter:

Gerade mit Blick auf die oft langwierige und schwierige Konsensfindung anderswo müssen wir den großen Vorteil einer klaren CSU-Mehrheit herausstellen. Jetzt wird deutlich, was diese klare Mehrheit für unser Land wert ist.

Das haben wir in diesem Jahr schon öfter gesehen.

(Simone Tolle (GRÜNE): Ladenschluss!)

Herr Kollege Herrmann, was ist jetzt Ihre persönliche Haltung zum Thema Ladenschluss? - Das wissen wir bis heute nicht.

Aber dieses schöne Zitat geht noch weiter:

Vom Ladenschluss

– da ist er schon –

bis zur Bildungspolitik ist jetzt vor allem auch die Gestaltungskraft der Fraktion gefordert.

sagte der Ministerpräsident im September.

(Lachen der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE) – Simone Tolle (GRÜNE): Endlich!)

Wenn wir jetzt hier entschlossen anpacken, dann hat die CSU wie keine andere Partei in Bayern bei künftigen Wahlen ausgezeichnete Chancen.

Die Fraktion hat sofort reagiert und entschlossen abgestimmt: 51 : 51. Das sind Ihre Chancen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Margarete Bause (GRÜNE): Ihr Chancenland!)

– Genau, Ihr Chancenland.

Kolleginnen und Kollegen, die Menschen in Bayern wissen: Wir leben in einer Zeit der Krisen, einer Zeit der Entscheidungen.

(Thomas Kreuzer (CSU): Wie war denn die Abstimmung bei den GRÜNEN, Herr Kollege Dürr?)

– Wir haben entschieden, das ist der Unterschied.

(Thomas Kreuzer (CSU): Wie war das Abstimmungsverhalten?)

Was Sie heute nicht tun, das entscheidet über unsere Zukunft und die Zukunft unserer Kinder. Am verheerendsten wirkt sich Ihr Versagen in der Bildungspolitik und bei der fehlenden Chancengerechtigkeit sowie bei der fehlenden Klimapolitik aus.

Sehen wir uns die bayerische Bildungspolitik etwas genauer an. Jeder sieht, dass das bayerische Bildungssystem sozial ungerecht, ineffizient, unterfinanziert und nicht genügend leistungsfähig ist. Sie, Kolleginnen und Kollegen von der CSU, wissen es auch selber, Sie gestehen es ein, aber Sie tun nichts. Ihr gegliedertes Bildungssystem ist sozial ungerecht. Nirgendwo hängen die Chancen so sehr von der Herkunft ab, von den Eltern und von der Region. Der bayerische Bildungsbericht 2006 stellt nüchtern fest – ich zitiere ihn, weil sich das der Kollege Maget gespart hat – :

Es besteht ein eindeutiger Zusammenhang zwischen der Einkommenssituation und den schulischen Leistungen. Je höher das monatliche Haushaltseinkommen, desto bessere Noten erreichen die Grundschüler.

Für diesen Befund müssen Sie sich wirklich schämen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

So sieht es aus, Herr Ministerpräsident. So sieht es aus im Chancenland Bayern. Lesen Sie Ihren eigenen Bildungsbericht.

Extrem ist nicht nur die Abhängigkeit vom Geldbeutel der Eltern, sondern das regionale Bildungsgefälle in Bayern. Auch da ist Bayern das Land großer Chancenungerechtigkeit. Auch das wissen Sie selbst ganz genau. Die „Passauer Neue Presse“ berichtete im Januar:

CSU-Fraktion will mehr Gymnasiasten.

– Die CSU-Fraktion!

Übertrittsquote soll auch im Bayerischen Wald erhöht werden.

Anlass der neuen Zielsetzung seien die sehr niedrigen Übertrittsquoten ans Gymnasium in einigen Regionen Bayerns.

(Simone Tolle (GRÜNE): Darauf soll man doch gar nicht so Wert legen!)

So besucht in Starnberg zwar mehr als die Hälfte aller Kinder ein Gymnasium, im Bayerischen Wald sind es weniger als ein Fünftel.

Dass Ihnen das auch schon auffällt! Herzlichen Glückwunsch!

Dann sagen Sie, Kollege Herrmann, dass die Kinder in Starnberg nicht dreimal klüger seien als die im Bayeri-

schen Wald, liegt auf der Hand. Ja, woran liegt es denn dann?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es liegt an Ihrer Politik, Kollege Herrmann.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Bernd Sibler (CSU))

Das ungerechte bayerische Bildungssystem ist unterfinanziert, aber Sie geben das Geld auch noch falsch aus. Sie wissen selber, dass es zu viele Schulabbrecher gibt und zu viele Wiederholer. Nach Erhebungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung findet ein Viertel der Schüler in Bayern keinen Platz in Berufsschule oder Ausbildung. Sie lassen sie in einem teuren Übergangssystem in der Luft hängen, in Lehrgängen oder Jungarbeiterklassen mit enormen Folgekosten für die Jugendlichen, aber auch für uns alle, für die Gesellschaft. Damit rauben Sie dieser Jugend ihre Zukunft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Schuld daran ist auch, dass die vorschulische Bildung in Bayern in besonderem Maße unterfinanziert ist. Deswegen fordern wir und Bildungsexperten seit Jahren Reformen nach der Devise: früh investieren, statt später reparieren. Sie wissen selber nur allzu gut, dass es zu wenig vorschulische Bildungs- und Betreuungseinrichtungen gibt.

Im Januar zitierte die „Main-Post“ Ministerin Stewens: „Bayern braucht mehr Bildung – landesweit Mangel an Krippenplätzen.“ – Viel geändert hat sich seitdem nicht. Vor allem aber haben Sie nicht verstanden, dass auch kleine Kinder Bildungsangebote brauchen. Es genügt nicht, wenn sie irgendwo aufgehoben sind. Sie müssen gefördert werden. Tagespflege ist kein Bildungsangebot.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ändern Sie endlich das Bayerische Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz und sorgen Sie dafür, dass Krippen und Kindergärten für Bildungsarbeit belohnt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch bei Ganztagschulen ist Bayern immer noch auf dem letzten Platz aller Bundesländer. Das Sie immer noch auf Ganztagsbetreuung statt auf Ganztagschulen setzen, zeigt, dass Sie von moderner Pädagogik wirklich keine Ahnung haben.

(Johannes Hintersberger (CSU): Aber du!)

Herr Ministerpräsident, Sie haben in Ihrer Regierungserklärung 2003 Bildungsausgaben auf internationalem

Niveau versprochen. Das ist schon eine Zeit lang her. Dieses Versprechen haben Sie bis heute nicht eingelöst.

(Beifall bei den GRÜNEN – Simone Tolle (GRÜNE): Genau!)

Fakt ist: Die Bildungsausgaben in Deutschland liegen weiter weit unter dem internationalen Niveau, und die Bildungsfinanzierung in Bayern liegt seit 20 Jahren noch weit darunter.

Wir GRÜNEN haben hier Anfang des Jahres ein Finanzierungskonzept vorgelegt über 1,75 Milliarden Euro zusätzliche Bildungsinvestitionen ohne Neuverschuldung. Aber statt unsere Vorschläge anzunehmen, ruinieren Sie, Herr Ministerpräsident, mit Ihrem unsozialen Sparkurs die Chancen und die Zukunft unserer Kinder.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie behaupten, Ihr Kurs des unsozialen Kaputtsparens sei eine Frage der Generationengerechtigkeit. Absurder lässt sich kaum argumentieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Denn zum einen haben wir Ihnen vorgerechnet, dass mehr Bildungsgerechtigkeit und mehr Bildungsinvestitionen ohne Neuverschuldung erreicht werden können. Zum anderen verlängern Sie mit Ihrem Kurs des unsozialen Kaputtsparens nur die heutige soziale Ungerechtigkeit in die Zukunft. Wer heute keine Chance hat, hat bei Ihnen auch in Zukunft keine, ebenso wenig wie dessen Kinder. Das ist absolut ungerecht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist keine Chancengerechtigkeit, das ist Ungerechtigkeit heute und in Zukunft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ihre Theorie der Chancengerechtigkeit, Herr Ministerpräsident, ist auch volkswirtschaftlich blanker Unsinn.

(Zuruf von den GRÜNEN): Genau!

Es handelt sich um ein und dieselbe Generation, die gleiche Generation, die von uns die öffentlichen Schulden erbt, aber auch die privaten Guthaben und Zinsen. Es ist eine Frage einer Generation und nicht eine Frage zwischen den Generationen, wie diese Vermögen bzw. diese Lasten verteilt werden. Darauf kann man heute schon Einfluss nehmen. Und auch in Zukunft kann man darauf Einfluss nehmen. Es ist aber, wie gesagt, keine Generationenfrage.

Außerdem sind Schulden zwar langfristig Verpflichtungen, aber wenn wir nur mit fremdem Geld die Leistungsfähigkeit unserer Kinder verbessern könnten – wenn das der einzige Weg wäre –, wären sie immer noch Investitionen,

die sich amortisieren. Sie würden das Kapital unserer Kinder mehren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich fordere auch ein Glas Wasser!

(Zurufe)

Jetzt weiß ich nicht mehr, wo ich bin, aber ich finde es schon wieder.

(Lachen bei der CSU – Dr. Markus Söder (CSU): So geht es regelmäßig! - Joachim Herrmann (CSU): Ihnen kann keiner das Wasser reichen, lieber Herr Dürr! – Weitere Zurufe – Allgemeine Heiterkeit)

– Nun, mir könnten viele das Wasser reichen, aber das wollen nur wenige, denn das erfordert Anstrengungen. Herr Kollege, Sie müssten sich auch mal anstrengen.

(Heiterkeit und Zurufe)

Sie fordern, dass Studierende Darlehen aufnehmen. Das wollen Sie. Studierende sollen sich verschulden. Das wollen Sie schon. Aber der Staat, der sich das wirklich leisten könnte, der stark genug wäre, sich zu verschulden, der weiß, dass er in zwanzig Jahren noch Geld hat, der soll das nicht können. Was ist das für eine Logik, ha?

(Beifall bei den GRÜNEN – Heiterkeit und Zurufe von der CSU)

Eine solche Logik muss mir mal jemand erklären.

(Beifall bei den GRÜNEN – Anhaltende Zurufe)

Der Haushalt, auf den Sie stolz sind, vermindert das Kapital unserer Kinder. Sie belasten unsere Kinder mit großen Hypotheken. Wenn wir die Chancen und Talente unserer Kinder heute nicht mehren, zahlen wir morgen alle drauf.

(Zurufe von der CSU)

Kolleginnen und Kollegen, Sie erinnern sich sicherlich alle an das Gleichnis vom anvertrauten Geld; Matthäus, Kapitel 25.

(Alexander König (CSU): Respekt!)

Ein Mann ging auf Reisen und vertraute davor seinen Knechten sein Vermögen an. Dem einen gab er fünf Talente, dem anderen zwei und einem dritten eines, jedem nach seinen Fähigkeiten. Als er nach seiner Rückkehr Rechenschaft verlangte, hatte der eine mit den fünf Talenten gewirtschaftet und noch weitere fünf dazugewonnen. Der andere gewann zu den zwei ihm anvertrauten Talenten ebenfalls zwei hinzu. Da sagte der Herr zu jedem von ihnen: Du bist im Kleinen ein treuer Verwalter gewesen; ich will dir eine große Aufgabe übertragen. Nur

der, der das eine Talent erhalten hatte, hatte das Geld in der Erde vergraben. Er rechtfertigte sich: Weil ich Angst hatte, habe ich dein Geld in der Erde versteckt. Hier hast du es wieder.

(Zuruf der Abgeordneten Maria Scharfenberg (GRÜNE))

Sein Herr antwortete ihm: Du bist ein schlechter und fauler Diener. Werft den nichtsnutzigen Knecht hinaus in die äußerste Finsternis; dort wird er heulen und mit den Zähnen klappern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was glauben Sie, wird der bayerische Souverän zu Ihnen sagen, wenn er Rechenschaft verlangt? „Ich will dir eine große Aufgabe übertragen“ oder „hinaus in die Finsternis“?

(Beifall bei den GRÜNEN – Alexander König (CSU): Schade, dass keine Zuschauer da sind! – Weitere Zurufe von der CSU)

Meine Damen und Herren, das gegliederte Schulsystem wirkt sich nicht nur sozial, sondern auch regional verheerend aus. In Bayern haben die Menschen je nachdem, wo sie wohnen, höchst unterschiedliche Chancen. Diese Chancen driften immer weiter auseinander. Die Gefahr ist, dass die demografische Entwicklung das noch verstärkt. Statt aber diesen Trend zu mehr regionaler Chancengerechtigkeit zu stoppen, verstärkt ihn die Staatsregierung. Sie haben 6 Milliarden Privatisierungserlöse für Boomregionen und Boombranchen beim Fenster rausgehauen und so diese Drift beschleunigt. Sie haben diese Drift nicht gestoppt, sondern beschleunigt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen diesen Trend umkehren. Weil die bisherige Politik der Staatsregierung wirkungslos blieb, schlagen wir Ihnen neue Konzepte vor. Sie, Kolleginnen und Kollegen der CSU, wissen ja, dass Sie dringend etwas für die Menschen im ländlichen Raum tun müssen. Aber Sie machen weiter business as usual, und nichts mehr.

(Zurufe von der CSU)

Im Programm der Staatsregierung mit dem hochtrabenden Titel „Investieren in Bayerns Zukunft“ findet sich nur das wieder, was schon bisher nichts geholfen hat. Man entdeckt dort ein Sammelsurium an Baumaßnahmen aller Art, eine Orgie in Hoch- und Tiefbau.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Absurdeste allerdings ist, dass Sie glauben, Sie könnten mit weniger Geld als bisher für die gleichen Maßnahmen, die schon bisher nichts geholfen haben, etwas verbessern. Wir fordern neue Konzepte: Investitionen in Köpfe statt in Beton. Wir wollen mit den Talenten

der Menschen wuchern, statt sie unter Asphaltdecken zu begraben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir fordern Investitionen, die den Menschen unmittelbar nützen, indem sie ihre Fähigkeiten und Möglichkeiten steigern, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen. Also: Investitionen in Bildung, in den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen, in Soziales, in Kultur und in alles, was die Eigeninitiative fördert, angefangen von der Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen bis hin zum bürgerschaftlichen Engagement.

Diese Investitionen steigern auch die Chancen wirtschaftlicher Entwicklung. Entscheidend für Stärke und Selbstbewusstsein des ländlichen Raums aber ist die Bildungspolitik. Deswegen wollen wir die Schulen im Dorf lassen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Genau!)

Sie sind dezentrale Kompetenzzentren für Wissen und Kultur, sie sind Produktionsstätten von Chancen. Das wichtigste Ziel muss sein, das regionale Bildungsgefälle einzuebnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen von der CSU, wir fordern Sie auf, mit uns zusammen diesen Trend umzukehren. Wir fordern Sie auf, auf die Kraft der Menschen im ländlichen Raum zu vertrauen, wie wir es tun, und mehr Freiheit und Selbstbestimmung zu wagen. Die demografische Entwicklung in den ländlichen Räumen müssen wir nutzen, um eine moderne Bildungsinfrastruktur für Bayern zu entwickeln. Angesichts sinkender Schülerzahlen kann das gegliederte Schulsystem – Sie merken es – nicht mehr aufrecht erhalten werden.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Aber die demografischen wie die bildungspolitischen Herausforderungen, die vor uns stehen, können durch eine neunjährige gemeinsame Schulzeit und selbständige Schulen problemlos gemeistert werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Organisatorisch wie pädagogisch muss in Bayern künftig gelten: Nicht die Kinder müssen zu den Schulen, sondern die Schulen müssen zu den Kindern passen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb wollen wir, dass Kommunen mit gefährdeten Schulstandorten die Möglichkeit erhalten, die Organisation der Bildungseinrichtungen den örtlichen Gegebenheiten anzupassen. Wir fordern eine Experimentierklausel, eine Öffnungsklausel. Kommune und Schulgemeinschaft sollen gemeinsam beantragen können: eine neunjährige gemeinsame Schulzeit mit unterschiedlichen Abschlüssen vom Quali, der mittleren Reife bis zum

Übertritt in die Oberstufe, einen schulartübergreifenden gemeinsamen Unterricht bis zur sechsten Jahrgangsstufe und einen jahrgangsübergreifenden Unterricht.

(Alexander König (CSU): Und das am besten in einer Klasse!)

– Jawohl, alles in einer Klasse, genau das ist das Geheimnis!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mittelfristig wollen wir die Verantwortung für die Bildung auf die Kommunen übertragen; sie sollen künftig die Bildungsangebote in eigener Verantwortung organisieren können, wie sie es heute bereits im Vorschulbereich tun.

Wir fordern selbständige Schulen mit eigener Budget- und Personalhoheit. Langfristig fordern wir offene, selbstverwaltete Bildungszentren; ähnlich wie die British Early Excellent Centers sollen sie allen Familienmitgliedern Antworten in allen sozialen und auch Bildungsfragen bieten, angefangen von der Familienberatung über konkrete Hilfen bis hin zur engen Kooperation beispielsweise mit den Sozialbehörden. Darüber hinaus arbeiten unsere kommunalen Bildungszentren auch mit allen anderen kommunalen Vereinen und Organisationen eng zusammen, angefangen von der Jugendhilfe über die Musikschulen bis zu den Sportvereinen.

Wir wollen das nicht nur in Brennpunkten, sondern überall im ländlichen Raum. Die Bildungseinrichtungen im ländlichen Raum sollen zu kulturellen und sozialen Begegnungs- und Dienstleistungszentren für den ganzen Ort werden.

Dass dies keine utopischen Forderungen sind, zeigen Beispiele aus aller Welt. In Kanada kann man sehen, dass ein föderales Bildungssystem mit eigenverantwortlichen Schulen eben nicht ins Chaos, sondern zu einem hohen Bildungsstandard führt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Länder wie Finnland zeigen, dass ein langjähriger gemeinsamer Unterricht in einer Klasse das beste Mittel ist, um die individuellen Fähigkeiten der Jugendlichen optimal zu fördern. Autonome, selbstständige Schulen und Kindergärten, die als Bildungseinrichtungen arbeiten, gibt es in Südtirol, ebenso eine gemeinsame achtjährige Schulzeit. Keine Schule in Südtirol, sagt das Pädagogische Institut in Bozen, kann sich die Frage stellen, ob sie die richtigen Schüler hat. Sie kann sie nicht auf eine andere Schulform abschieben. Das ist die entscheidende Konstante; das ist der entscheidende Hebel für eine Bildungsreform.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zu was Schulen fähig sind, wenn sie eigenverantwortlich handeln dürfen, kann man sogar bei uns in Bayern in Modellprojekten wie Modus 21 sehen. Auch das Vorbild der Early Excellence Centres findet in Bayern bereits Nachahmer. So will der Bamberger Erzbischof bis

Dezember 2008 zehn Kindertagesstätten in Familienberatungszentren umwandeln.

Kolleginnen und Kollegen, am bayerischen Bildungssystem sind die letzten zwanzig Jahre internationaler Bildungsdiskussion leider spurlos vorübergegangen.

(Zustimmung bei den GRÜNEN – Joachim Herrmann (CSU): Sie waren in der Pisa-Studie!)

Sie verlaufen sich in einem Sonderweg. Kommen Sie endlich aus Ihrer bildungspolitischen Sackgasse heraus. Wagen Sie mit uns den Aufbruch in eine neue bildungspolitische Epoche. Wagen Sie mit uns mehr Freiheit und Vielfalt. Das wären wirkliche Weichenstellungen für die Zukunft.

(Beifall bei den GRÜNEN – Joachim Herrmann (CSU): Mit Ihnen kann man höchstens ins Grüne fahren, aber sonst fahren wir nirgends hin!)

Nun zu einem weiteren für Bayern entscheidenden Trend, dem Klimawandel. Jedes Jahr treten in Bayern Flüsse über die Ufer, unsere Gletscher schmelzen, Stürme decken unsere Dächer ab. Heutzutage wissen alle, sogar die Staatsregierung und die CSU, dass der Klimawandel in vollem Gange ist. Alle wissen auch, dass es höchste Zeit ist, klimaschädliche Gase drastisch zu reduzieren. Wir fragen uns aber, Kolleginnen und Kollegen, warum die Staatsregierung nichts tut, warum sie im Gegenteil den Klimawandel noch beschleunigt. Sie glauben, wenn Sie hier ein paar Bäumchen pflanzen, dort ein paar Biomassekraftwerke einweihen und die Hochwasserdeiche ein paar Meter erhöhen, können Sie so weitermachen wie bisher. Das ist aber ein massiver Irrtum.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nun hat Umweltminister Schnappauf als Ziel ausgegeben, das Klima dürfe sich nicht mehr als um 2° Celsius erwärmen, sonst seien dramatische Schäden zu erwarten. Das ist ein Minimalziel; denn wir würden damit allenfalls die größten Katastrophen verhindern. Gleichzeitig ist es aber auch ein höchst ehrgeiziges Ziel; denn wenn man es wirklich erreichen will, hilft kein „Weiter so“, sondern nur eine Kehrtwende.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese politische Kehrtwende erwarten die Menschen in Bayern von Ihnen. Zwei Drittel fordern, dass unser Land eine Vorreiterrolle beim Klimaschutz einnimmt. Zwei Drittel wissen, dass eine konsequente Klimaschutzpolitik nicht nur eine lebenswerte Umwelt erhält, sondern auch wirtschaftliche Innovationen und mehr Arbeitsplätze bringt. Wir haben die Menschen überzeugen können, dass sich mit grünen Konzepten schwarze Zahlen schreiben lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt müssen wir gemeinsam diesen Weg einer Klimaschutzpolitik für mehr Lebensqualität und Arbeitsplätze in Bayern weitergehen.

Das Umweltbundesamt hat in seinen 21 Thesen zur Klimaschutzpolitik dargelegt, dass sich die Erwärmung nur dann auf 2° begrenzen lässt, wenn die Emissionen von klimaschädlichen Gasen bis zum Jahr 2020 um mindestens 40 % gegenüber 1990 gesenkt werden. Das heißt also: 40 % weniger Emissionen. In diesem Wettbewerb, in dieser innerdeutschen Konkurrenz muss Bayern ganz vorne sein, nicht aber im Ausbau von Flughäfen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dazu brauchen wir ein Klimaschutzkonzept, mit dem Bayern den Ausstoß klimaschädlicher Gase durch Verkehr drastisch senken kann, erheblich mehr Energie einspart – am effektivsten durch Wärmedämmung bei Altbauten –, die erneuerbaren Energien weiter ausbaut und die Landwirtschaft klimafreundlicher macht – am effektivsten durch Ökoanbau. Wir müssen Anpassungsstrategien entwickeln, um die Folgen des Klimawandels abzumildern. Jede politische Entscheidung muss ab sofort auf Klimaverträglichkeit geprüft und, wenn sie nicht klimaverträglich ist, verworfen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fangen wir mit der Verkehrspolitik an. Was fällt der Staatsregierung in ihrem fortgeschriebenen Klimaschutzkonzept zum Thema Verkehr ein? – Das sind genau zwei Punkte. Etwas über optimierte Verkehrslenkung und straßenbauliche Maßnahmen. Dort heißt es: Auch bei Planung und Bau von Straßen wird auf CO₂-Minderung geachtet, etwa durch weitgehende Schonung klimabedeutsamer Waldflächen, durch Gehölzpflanzungen und mehr Kreisverkehre statt Ampeln.

(Margarete Bause (GRÜNE): Isental!)

Das war's. Weniger Abholzen, ein bisschen Straßenbegleitgrün, ein paar Kreisverkehre, und schon ist Bayern klimafreundlich – so stellen Sie sich das vor. Dass Sie sich für diesen erbärmlichen Mist nicht genieren?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir fordern eine Kehrtwende in der Verkehrspolitik. Sie glauben immer noch, dass der Verkehrszuwachs durch neue Straßen zu bewältigen sei. Genau das Gegenteil ist aber der Fall.

(Zuruf von der CSU: Mehr radeln!)

– Genau, mehr radeln. Zuwachs darf es nur beim Rad und bei der Bahn geben, nicht aber beim Auto oder beim Güterverkehr.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie glauben immer noch, dass wir neue Straßen brauchen. Das Umweltbundesamt sagt aber – ich zitiere –, etwa 15

bis 20 % des Verkehrszuwachses sind auf den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur zurückzuführen. Im Güterverkehr sinken wegen des Ausbaus die Transportkosten mit der Folge, dass sich zum Beispiel die räumliche Trennung von Betriebseinheiten und die rollende Lagerhaltung eher lohnen. Sie glauben immer noch, neue Straßen könnten strukturschwachen Regionen helfen. Auch hier ist aber genau das Gegenteil der Fall. Auch hierzu stellt das Umweltbundesamt fest, dass der Verzicht regionale Wirtschaftskreisläufe fördert, während der Anschluss an das Autobahnnetz die Abwanderungstendenzen eher verstärkt.

Ihre absurde Politik hat im letzten Monat unter anderem die „Süddeutsche Zeitung“ kritisiert. Unter dem Titel „Politik mit der Teermaschine – Staatsregierung fördert Straßen- und Flugverkehr“ heißt es: Gerade Letzterer gilt als einer der größten Klimakiller. Ungeachtet dessen treibt die CSU den Bau einer dritten Startbahn in München ebenso voran, wie sie Zuschüsse für den Ausbau des Hofer Regionalflughafens in Aussicht gestellt hat. In Schwaben wie in Coburg drängt die Wirtschaft auf ähnliche Ausbauten mit staatlicher Hilfe, und um die von der Staatsregierung geplante Ausweitung des Betriebs des Sonderflughafens Oberpfaffenhofen tobt seit Monaten ein erbitterter Streit. Dieser Streit tobt mit Recht. Stoppen Sie endlich diese unsinnigen, klimaschädlichen und unwirtschaftlichen Projekte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zu den wirklich unsinnigen Verkehrsprojekten in Bayern zählt natürlich auch der Transrapid. Abgesehen von seinen sonstigen Problemen gibt es unter Klimaschutzaspekten kaum eine ungeeignere Technologie für die kurze Strecke vom Hauptbahnhof zum Flughafen. Das Geld, das Sie beim Transrapid zum Fenster hinausschmeißen, fehlt anderswo in Bayern für eine klimafreundliche Verkehrspolitik. Die „Mittelbayerische Zeitung“ kritisiert: Für München den Transrapid, fürs flache Land Bummelzüge. Bayern wird zum Land mit zwei Geschwindigkeiten. Wir sind nicht bereit, dies hinzunehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit dieser unsinnigen Technologie verschärfen Sie zwei entscheidende Trends: den Klimawandel und das Auseinanderdriften der Chancen der Regionen. Der wirksamste Klimaschutz ist nach wie vor das Einsparen von Energie. Vor allem durch Gebäudesanierung lassen sich nicht nur klimaschädliche Gase einsparen, sondern auch Geld. Gleichzeitig ist sie ein Beschäftigungsprogramm für den Mittelstand. Hier muss der Freistaat mit gutem Vorbild vorangehen, auch zugunsten des Staatshaushaltes.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Regensburger Uni!)

– Die Regensburger Uni. Seit 1998 haben wir ebenso wie der Oberste Rechnungshof immer wieder kritisiert, dass in Bayern der Bauunterhalt vernachlässigt wird, dass keine energetischen Sanierungsmaßnahmen vorgenommen werden. Wer nicht rechtzeitig saniert, zahlt drauf – das weiß jeder Hausbesitzer. Dem bayerischen Finanz-

minister und Ihnen, Herr Ministerpräsident, ist dies aber offensichtlich egal. Sie legen auf dem Papier einen Haushalt ohne Schulden vor, verschulden sich aber in Wirklichkeit. Sie sind schuld an verrotteten Gebäuden und hohen Heizkosten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dass es sich auch lohnt, die erneuerbaren Energien auszubauen, wissen inzwischen alle, sogar der bayerische Wirtschaftsminister. Herr Huber, sogar Sie lassen sich heute schon bei der Einweihung eines Biokraftwerks fotografieren.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Ich muss zugeben: Das ist schon etwas. Das finde ich super. Nachdem in seinen Reden das Wort Klimaschutz so oft vorkommt wie in meinen Reden andere Worte, ist dies schon etwas, ist dies schon eine Vorleistung.

Sogar er hat verstanden, dass erneuerbare Energien in Bayern eine Boombranche sind. Wenn er es verstanden hat, haben es alle verstanden.

(Beifall und Heiterkeit bei den GRÜNEN – Prof. Dr. Kurt Falthäuser (CSU): Das ist an Peinlichkeit nicht zu überbieten!)

Kaum hat er es verstanden, schon brüstet er sich damit. Er stellt sich hin und sagt: Eine positive Einstellung der Politik hat ein Klima geschaffen, das immer neue regenerative Investitionen im Freistaat entstehen lässt. Er sagt aber nicht, dass das nicht seine Politik ist. Er und sein Ministerpräsident waren diejenigen, die am erbittertsten gegen unser Gesetz für die erneuerbaren Energien gekämpft haben.

(Beifall bei den GRÜNEN – Prof. Dr. Kurt Falthäuser (CSU): Das ist doch eine peinliche Aufführung!)

Das Gesetz für die erneuerbaren Energien ist für Bayern ein enormes Investitionsprogramm, ein echtes Mittelförderungsprogramm, nicht nur für Handwerker und Architekten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Kollege Prof. Dr. Falthäuser, peinlich ist Ihr Haushalt. Peinlich ist, dass Sie den Herausforderungen nicht wirklich begegnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bis heute sind in Deutschland laut dem Bundesumweltamt 170 000 Arbeitsplätze entstanden, ein Großteil davon in Bayern. Bis 2020 könnten eine halbe Million Arbeitsplätze entstehen. Damit Bayern von dieser Entwicklung profitieren kann, muss die Staatsregierung endlich von der Bremse gehen. Sie muss aufhören, den Ausbau der Windkraft zu behindern, die Biomasse und

die Geothermie fördern und vor allem bei den eigenen Gebäuden mit gutem Beispiel vorangehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Beitrag der Landwirtschaft zum Klimaschutz ließe sich noch deutlich erhöhen. Hier könnten Tausende von regional gebundenen Arbeitsplätzen entstehen. Die wichtigsten Hebel sind dabei laut Bundesumweltamt weniger Stickstoffdüngung und weniger Futtermittel aus Übersee, mehr Ökoanbau und mehr Biomasse. Der ökologische Landbau ist neben seinen sonstigen Vorteilen im Gegensatz zum konventionellen Anbau klimafreundlich. Er braucht zum Beispiel 60 % weniger fossile Energie. Wegen Ihrer ökofreundlichen Politik ist der Biolandbau in Bayern vom Spitzenplatz weit unter den bundesdeutschen Durchschnitt zurückgefallen. Sie haben Bayern in diesem Punkt zum europäischen Sonderfall gemacht. Wir brauchen deshalb dringend eine Kehrtwende.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein letzter Punkt. Wir brauchen Anpassungsstrategien. Hier geht es darum, die Folgen des Klimawandels abzumildern. Dies geht jedoch nicht – wie Sie glauben – mit Schneekanonen. Häufig helfen genau die Maßnahmen, die den Klimawandel abbremsen, so zum Beispiel die weitere Ökologisierung der Landwirtschaft. Sie ist Voraussetzung dafür, dass die Böden Pufferfunktionen erfüllen können, dass sie Wolkenbrüche auffangen und Hochwasser vermeiden helfen. Dies ist ein weiterer Grund dafür, dass wir den Flächenfraß in Bayern stoppen müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Allerdings wäre es eine Illusion zu glauben, nur mit technischen Maßnahmen ließen sich die Folgen des Klimawandels abmildern. An Trendumkehr und an einem grundsätzlichen Politikwechsel in Bayern hin zu einer grünen Klimaschutzpolitik führt kein Weg vorbei.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, Sie versprechen Bayern Investitionen in die Zukunft. Wenn es aber um die wirklich großen Herausforderungen, um die für Bayern entscheidenden Trends geht, fehlt Ihnen jede Initiative. Wir, nicht die CSU, haben dafür gesorgt, dass es nirgends so viele Solardächer gibt wie bei uns. In keinem anderen Land wurden so viele Landwirte zu Energiewirten wie bei uns. Wir, nicht die CSU, bewahren die Naturschönheiten Bayerns. Wir bewahren sie gegen die CSU.

(Beifall bei den GRÜNEN – Lachen bei der CSU)

Wir haben auf die drängendsten politischen Herausforderungen Antworten. Wir haben Antworten für mehr Chancengerechtigkeit, für eine ökologische Landwirtschaft und für eine ökologische Wirtschaft als Voraussetzung dafür, dass unser Land wettbewerbsfähig und lebenswert bleibt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, Sie wissen um die großen Herausforderungen, vor denen Bayern steht. Sie haben aber keine Kraft und keine Konzepte für einen Kurswechsel. Ihrer Partei fehlt jede Orientierung. Ihrer Politik fehlt jede Richtung. Wir werden Ihrer unsozialen, klimaschädlichen und auch wirtschaftlich nicht zukunftsfähigen Politik unsere Konzepte entgegensetzen, damit die Menschen in Bayern eine Wahl haben. Wir werden Sie weiterhin mit Handlungsvorschlägen unter Druck setzen. Der Countdown für das Jahr 2008 läuft. Wir werden die Zeit im Interesse unseres Landes und zum Wohle seiner Bürgerinnen und Bürger nutzen.

(Lang anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Ich erteile nun dem Vorsitzenden der CSU-Fraktion, Herrn Kollegen Herrmann, das Wort.

Joachim Herrmann (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vorab möchte ich außerhalb der Tagesordnung dem Ministerpräsidenten und dem Kabinett sehr herzlich dafür danken, dass sie sich gestern im Kabinett ausgiebig mit dem Thema „Tausendjähriges Bistum Bamberg“ beschäftigt haben. Sie haben dabei ihrem Herzen einen Ruck gegeben. Ich habe dem Finanzminister in der vorletzten Woche gesagt, wenn er etwas für die fränkische Seele tun wolle, was ihn gleichzeitig keinen einzigen Euro kosten würde, sollte er zu diesem Jubiläum die beiden Kronen, die Kundigundenkrone und die Heinrichskrone, nach Bamberg ausleihen.

Ich freue mich, dass der Ministerpräsident dieses Thema im Kabinett behandelt hat und das Kabinett – soweit es in seiner Befugnis steht – eine klare Entscheidung getroffen hat. Ich möchte von dieser Stelle aus eine nachdrückliche Bitte an das Haus Wittelsbach richten: Ich bitte Sie, dieser Ausleihe zuzustimmen. Damit würde das Haus Wittelsbach seinen Ruhm mehren und seinen Respekt vor dem tausendjährigen Bestehen des Erzbistums Bamberg bezeugen. Vielen Dank für diese Entscheidung.

(Beifall bei der CSU)

Zum Haushalt: Was sind die wichtigsten Merkmale dieses Haushalts? – Der zweifellos wichtigste Eckpunkt dieses Staatshaushalts ist die Tatsache, dass wir in diesem Jahr keine neuen Schulden mehr machen.

(Beifall bei der CSU)

Wir machen im nächsten Jahr keine neuen Schulden mehr. Wir werden auch im übernächsten Jahr keine neuen Schulden mehr machen. So wird es weitergehen. Meine Damen und Herren, dies ist eine haushaltspolitische Leistung von historischer Dimension. Sie kann im Hinblick auf die Zukunftsfähigkeit unseres Landes gar nicht hoch genug eingeschätzt werden.

(Beifall bei der CSU)

Im Jahre 1998 hatten wir vor der Landtagswahl genau dies den bayerischen Wählerinnen und Wählern verspro-

chen. Wir haben unser Wort gehalten. Es war in den letzten Jahren nicht immer einfach. Teilweise hatten wir schwierige Debatten zu bestehen. Ich verhehle nicht: Ohne die Hartnäckigkeit und die Konsequenz unseres Ministerpräsidenten in dieser Frage hätte wir dieses Ziel wohl nicht so punktgenau erreicht. Herr Kollege Maget, aus Ihren Worten spricht der blanke Neid auf diese historische Leistung Edmund Stoibers.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege Maget, Sie und Ihregleichen wären dazu nicht in der Lage gewesen. Wir, die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, sagen unserem Ministerpräsidenten Dr. Edmund Stoiber und seinem Finanzminister Prof. Dr. Kurt Fallthäuser nachdrücklich Dank für diese Leistung von historischer Dimension.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte zu Beginn dieser Haushaltswoche im Bayerischen Landtag auch noch einmal dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, Manfred Ach, und unserem Kollegen Engelbert Kupka sehr herzlich für die souveränen Haushaltsberatungen in den letzten Wochen danken.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind diesen teilweise beschwerlichen Weg in den letzten Jahren nicht gegangen, weil für uns ein ausgeglichener Haushalt Selbstzweck wäre. Wir sind diesen Weg aus Rücksicht auf die kommenden Generationen gegangen. Es wäre einfach unverantwortlich, unseren Kindern und Enkelkindern immer höhere Schuldenberge zu hinterlassen. Wir spüren heute, dass die große Mehrheit der Menschen in unserem Land dies ebenso erkannt hat und deshalb diesen Weg unterstützt.

(Beifall bei der CSU)

Ich halte es schon für richtig, Kollege Maget, wenn wir uns im Zusammenhang mit diesem Thema auch in anderen Bundesländern umschaue. Für mich ist interessant, dass 1998 auch der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, Kurt Beck, versprochen hat, 2006 keine neuen Schulden mehr zu machen. Neuerdings ist er der Bundesvorsitzende der SPD. Auch er hat also bereits 1998 versprochen, 2006 keine neuen Schulden mehr zu machen. Tatsache ist jedoch, dass die Pro-Kopf-Verschuldung in Rheinland-Pfalz 1998 4113 Euro betrug und nun 2006 6069 Euro beträgt – eine Steigerung um fast 50 % in den letzten acht Jahren. In Bayern liegt die Pro-Kopf-Verschuldung, wie Sie wissen, im Moment bei nur 1852 Euro – das ist die niedrigste aller 16 Länder.

Im kommenden Jahr wird Ministerpräsident Beck weitere 994 Millionen Euro Schulden machen und ab 2008 sind in Rheinland-Pfalz wieder über 900 Millionen Euro neue Schulden eingeplant. Das ist eben der Unterschied: Stoiber und die CSU halten ihre Versprechen; Beck und die SPD machen leere Sprüche und viele Schulden. Das

ist die Realität in der konkreten Regierungsverantwortung.

(Beifall bei der CSU)

Ich glaube, man kann feststellen: Der Pfalz ginge es heute besser, wenn sie noch bei Bayern wäre. Das muss man ganz nüchtern festhalten.

(Beifall bei der CSU – Franz Maget (SPD): Ihr tut ja nichts, sie zurückzuholen! Keine Initiative!)

Jetzt muss ich, Herr Kollege Maget, sagen: Das, was Sie zum Länderfinanzausgleich dargelegt haben, war vor diesem Hintergrund abenteuerlich. Sie verbreiten dies jetzt auch noch in einer neuen Broschüre. Sie erklären, Sie wollten, dass die Zahlungen Bayerns in den Länderfinanzausgleich schlagartig um 500 Millionen Euro reduziert werden. Weiter muss ich lesen: Wenn es nach der CSU-Staatsregierung geht, werden es im Jahr 2007 2,3 Milliarden Euro und im Jahr 2008 2,4 Milliarden Euro Länderfinanzausgleich sein. – Als ob wir das so mir nichts dir nichts im Bayerischen Landtag beschließen könnten! Die Staatsregierung hat mit ihrer Klage vor dem Bundesverfassungsgericht immerhin vor ein paar Jahren eine deutliche Reduzierung unserer Zahlungspflicht erreichen können. Wo war denn damals Ihre Unterstützung? Sie haben damals das Verfahren kritisiert. Das ist die Realität.

(Beifall bei der CSU)

Wenn Sie sich heute beim Finanzminister erkundigen, dann werden Sie erfahren: Würde das alte Recht noch gelten, welches CSU und Staatsregierung mit ihrer Klage geändert haben, dann müssten wir schon in diesem Jahr 280 Millionen Euro mehr für den Länderfinanzausgleich zahlen. Nach Ihrer Logik haben wir es also mit unserer Politik erreicht, 280 Millionen Euro für Bayerns Bürgerinnen und Bürger sowie – wenn Sie so wollen – für die Bildung und für die Schulen in unserem Land behalten zu dürfen. Sie haben uns damals nicht dabei unterstützt. Ganz im Gegenteil: Damals liefen die Debatten in diesem Hause noch nach dem Motto: Wir würden die Solidarität gegenüber den Schwachen in Deutschland aufkündigen und es sei ungerecht, da wir über viele Jahre hinweg Geld aus dem Länderfinanzausgleich bekommen hätten. Davon ist bei Ihnen offensichtlich keine Rede mehr.

Ich sage Ihnen nur – dabei will ich unterstreichen, was der Herr Ministerpräsident vorhin gesagt hat –: Wir arbeiten an einer neuen Föderalismusreform II und wir wollen, wenn es irgendwie geht, eine weitere Änderung des Länderfinanzausgleichs.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das darf man doch sagen!)

– Ich freue mich sehr, wenn Sie das jetzt unterstützen. Es ist erfreulich, wenn auch Sie etwas dazulernen.

Ich sage Ihnen aber auch klar – das gilt für Rheinland-Pfalz und Berlin; was auch der Herr Ministerpräsident ange-

sprochen hat –: Eine weitere Reform hat nur dann einen Sinn, wenn wir dabei zu ganz klaren Absprachen über die Verschuldung der Länder kommen. Es hat keinen Sinn, wenn wir zwar einen Länderfinanzausgleich haben, aber Länder wie z. B. Berlin oder Rheinland-Pfalz sich ständig hemmungslos neu verschulden, um dann anschließend die Hände aufzuhalten und zu fordern: Wir sind arm dran, helft uns. So hat das auf Dauer keinen Sinn. Deshalb sage ich: Natürlich wollen wir eine Reform des Länderfinanzausgleichs – wir wären froh, wenn wir etwas weniger zahlen müssten –, aber gleichzeitig muss eine verlässliche Vereinbarung über das Maß der Verschuldungspolitik in den anderen Ländern erfolgen. Sonst macht das Ganze keinen Sinn.

Vor drei Jahren, vor zwei Jahren und vor einem Jahr hat Herr Kollege Maget immer wieder behauptet, wir würden Bayern kaputtsparen. Heute, am Ende des Jahres 2006, können wir mit Fug und Recht feststellen: Unsere Fitnesskur aus Verwaltungsreform und ausgeglichenerem Haushalt hat Bayern gut getan. Bayern ist am Ende dieses Jahres gut drauf. Bayern ist fit für die Zukunft – mit unserer Politik, mit der Politik der Staatsregierung und wir sind stolz darauf.

Sie haben heute bei der Presse die Broschüre „Mit Menschen rechnen, nicht mit Zahlen“ verteilt.

(Franz Maget (SPD): Das gefällt Ihnen!)

– Das gefällt mir hervorragend. Jawohl, wir rechnen mit Menschen.

In der Tat findet in unserem Lande eine Abstimmung mit den Füßen statt. Seit Beginn der Amtszeit von Edmund Stoiber sind über eine Million mehr Menschen nach Bayern gekommen, weil sie hier eine bessere Zukunft für sich gesehen haben, weil sie hier eine bessere Zukunftschance für sich persönlich gesehen haben. Das ist in der Tat eine Abstimmung mit Füßen. Da können Sie Ihre Zahlen alle vergessen. Wir rechnen mit Menschen, und zwar sehr gerne, Herr Kollege Maget.

(Beifall bei der CSU)

Dieser Zuzug von Menschen nach Bayern sagt mehr als vieles andere, weil er die echte Wahrnehmung der Menschen in Deutschland über die Verhältnisse in verschiedenen Bundesländern und bei uns in Bayern zum Ausdruck bringt.

(Franz Maget (SPD): Von Hof nach München!)

In einem Punkt sind wir uns mit dem Obersten Rechnungshof und zum Teil vielleicht auch mit Ihnen einig – vielleicht sogar auch mit ein paar von den GRÜNEN –: Wir wollen die Investitionsquote mittelfristig wieder steigern. Wir sind mit den gegenwärtig knapp 12,7 % auf Dauer nicht zufrieden. Daraus hat die CSU-Fraktion in der letzten Zeit überhaupt keinen Hehl gemacht. Angesichts der positiven Haushaltsentwicklung bin ich durchaus zuversichtlich, dass wir schon im Nachtragshaushalt

für das Jahr 2008 die Investitionsquote wahrscheinlich wieder steigern können.

(Franz Maget (SPD): Leere Versprechungen!)

– Lieber Herr Kollege Maget, wenn ich mir die aktuellen Werte der SPD bei den Meinungsumfragen anschau, dann kommt mir die Überlegung in den Sinn, ob es sich nicht vielleicht lohnen würde, sich zumindest als Zwischenziel vorzunehmen, dass die Investitionsquote des Freistaates Bayern höher liegen sollte als die Meinungsumfragewerte der SPD. Das würde eine schöne Motivation sowohl für Sie als auch für uns bedeuten. Bei den 17 %, die Sie aktuell haben, ist das gar nicht so unrealistisch.

(Beifall bei der CSU – Franz Maget (SPD): Das wäre doch etwas. Bei uns geht es nach oben! Strengen Sie sich an, damit Sie Schritt halten!)

Herr Kollege Maget, Sie haben auch die Finanzlage der Kommunen angesprochen. Die Investitionsquote der bayerischen Kommunen liegt aktuell bei 16 %. Auch das ist vielleicht auf Dauer zu niedrig. Interessant ist nur, dass der Durchschnitt der Investitionsquote der Kommunen in den westdeutschen Flächenländern bei 11,5 % liegt.

(Franz Maget (SPD): Und hier in München?)

– In München liegt sie noch höher.

(Franz Maget (SPD): 17 %!)

– So ist es. Das bestätigt aber nur, Herr Kollege Maget, dass es offensichtlich keinen Grund gibt zu behaupten, den bayerischen Kommunen ginge es schlechter als den Kommunen in anderen Ländern, sondern dass sie offensichtlich besser behandelt werden als die Kommunen in den anderen Ländern. Sie sollten zuerst einmal das Ende überlegen, bevor Sie etwas erzählen.

(Beifall bei der CSU – Franz Maget (SPD): Was halten Sie von denen, die nach Thüringen gehen wollen? Weg von Bayern nach Thüringen!)

Was Herr Kollege Maget und Herr Ude vorgestern über die Haushaltssituation von Landeshauptstadt und Freistaat Bayern verlautbart haben, ist gelinde gesagt dreist. Man könnte auch sagen: Es ist schlichtweg unreal. Tatsache ist zunächst einmal, dass München die höchste Pro-Kopf-Verschuldung aller deutschen Großstädte hat. Kurt Faltlhauser hat darauf vorhin bereits bei einer Zwischenfrage hingewiesen. Für die Verschuldungssituation der Landeshauptstadt München sind ganz allein der Münchner Stadtrat und seine rot-grüne Mehrheit selbst verantwortlich. Es gibt Kommunen in Bayern, die mit einem wesentlich niedrigeren Steueraufkommen, auch in der Relation, auskommen müssen und es trotzdem schaffen, einen ausgeglichenen Haushalt hinzubekommen. München hat trotz Rekordsteuereinnahmen, von denen andere Kommunen nur träumen können, in den letzten Jahren immer neue Schulden gemacht. Ich sagen Ihnen – da können Sie erzählen, was Sie wollen –:

Das ist eine unverantwortliche Politik, die im Münchner Stadtrat von der Mehrheit betrieben wird.

(Beifall bei der CSU)

Ich halte es für richtig, dass die CSU-Fraktion im Münchner Rathaus das kritisiert. Nachdem über so viele Jahre eine solche Politik betrieben wurde, bin ich schon sehr skeptisch, wenn jetzt, ein Jahr vor der Kommunalwahl, plötzlich große Versprechungen gemacht werden, man würde in den nächsten Jahren plötzlich die Schulden abbauen, man wollte nicht nur die Neuverschuldung begrenzen, sondern auch die alten Schulden abbauen. Das kommt schon sehr plötzlich von einem Tag auf den anderen.

Herr Kollege Maget, Sie haben den Freistaat Bayern mit der Landeshauptstadt München verglichen. Der Film „Deutschland. Ein Sommermärchen“ findet überall große Zustimmung. Ich rate Ihnen aber dringend, diese Selbstsuggestion nicht mißzuverstehen. Allein mit Selbstsuggestion gewinnt man keine Spiele. Ein bisschen ordentliche Leistung auf dem Spielfeld braucht es schon auch noch dazu. Sie müssen jetzt aufpassen, dass Sie sich nicht in eine Sackgasse bewegen und sich selbst einreden, wie toll Sie sind, um dann zu merken, dass nichts dahinter steht. Zu dieser Selbsttäuschung und zu diesem Realitätsverlust gehört es auch, dass Sie sich jetzt mit den famosen Investitionsentscheidungen in der Landeshauptstadt brüsten. Tatsache ist auf jeden Fall, dass es ohne Engagement des Freistaates manchmal sehr mager aussähe. Mit Rot-Grün hätte es jedenfalls keinen neuen Flughafen München gegeben.

(Franz Maget (SPD): Was? – Karin Radermacher (SPD) und Ludwig Wörner (SPD): Mit Wiesheu auch nicht!)

– Wir haben ihn jedenfalls durchgesetzt.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Wer ist bitte „wir“?)

Hin und wieder gab es ein bisschen Zustimmung von Ihnen. Wie hingen Sie aber mit der Messe in München herum? Mit Rot-Grün hätte es auch keine neue Messe gegeben. Ohne den Freistaat, aber auch ohne die CSU im Münchner Stadtrat wäre gar nichts gelaufen. Der Ausbau des Mittleren Rings ist gegen den heftigen Widerstand von Ude und von Ihnen durchgesetzt worden. Der neue Forschungsreaktor in Garching ist gegen den erbitterten Widerstand der SPD und der Grünen in der Landeshauptstadt durchgesetzt worden. Es ist für manche Kollegen aus meiner Fraktion aus anderen Teilen Bayerns manchmal schon schwierig, sich dazu durchzuringen, dass man in der Landeshauptstadt München immer wieder ein Stück Zwangsbeglückung durchführen muss. Wir müssen diese Investitionen gegen Ihren erbitterten Widerstand durchsetzen.

(Beifall bei der CSU)

Und wenn dann alles läuft, brüsten Sie sich mit der tollen Investitionspolitik, die Sie in München betreiben würden. Das ist doch wirklich abenteuerlich.

(Franz Maget (SPD): Wann haben Sie zum letzten Mal die Mehrheit in München gehabt? Das ist 25 Jahre her! Die letzte Entscheidung haben Sie vor 25 Jahren getroffen!)

– Lieber Herr Kollege Maget, reden Sie doch nicht so schwach daher. Sie wissen ganz genau, dass der Mittlere Ring von den Bürgerinnen und Bürgern in einem Bürgerentscheid gegen die rot-grüne Mehrheit im Stadtrat durchgesetzt worden ist. Die Bürger haben ihn aufgrund entsprechender Bürgerbegehren durchgesetzt.

(Franz Maget (SPD): Und was ist mit Messe und Flughafen?)

Und wie ist die neue Messe in München zustande gekommen?

(Franz Maget (SPD): Vielleicht auch ohne uns?)

– Nein, aber mit Rot-Grün hätte es keine Mehrheit gegeben. Es gab nur mithilfe der CSU eine Mehrheit im Münchner Stadtrat, weil die Grünen blockiert haben.

(Franz Maget (SPD): Aber wir haben es durchgesetzt!)

Sie stellen sich jetzt zusammen mit Herrn Ude hin und sagen, Sie seien stärker als der Freistaat Bayern. Das ist so lächerlich, lieber Herr Maget, dass es kaum nachzuvollziehen ist.

(Beifall bei der CSU – Franz Maget (SPD): Darüber haben Sie sich doch nur geärgert!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zu den größeren Investitionen gehört sicherlich auch der Staatsstraßenbau. Damit werden wir uns in absehbarer Zeit noch einmal beschäftigen. Herr Kollege Dürr, wir werden uns auch mit der Klimaschutzgerechten Sanierung von Immobilien des Freistaates noch intensiver beschäftigen.

(Dr. Sepp Dürr (Grüne): Und wann?)

Ich will gar nicht bestreiten, dass Ihr Beitrag ein paar richtige Ansatzpunkte enthielt. Sie können sich darauf verlassen, dass die CSU das aufgreifen wird.

(Karin Radermacher (SPD): Im Jahr 2020!)

Das Wichtigste in Sachen Zukunftsinvestition ist die Investition in die Zukunft unserer Kinder. Allein im letzten Kindergartenjahr sind über 2000 neue Krippenplätze und über 2000 neue Kinderhortplätze geschaffen worden. So wird es auch weitergehen. Parallel dazu bauen wir auch die Ganztagsbetreuung an den Schulen aus. Die Staatsregierung hatte für den Doppelhaushalt 20 zusätzliche

Ganztagssschulen geplant. Wir haben die Zahl der neuen Standorte seitens der CSU-Fraktion auf 40 erhöht.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Und mit so etwas brüsten Sie sich!)

Ende 2008 wird es insgesamt 1000 offene und 111 gebundene Ganztagssschulen in Bayern geben.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Von insgesamt 5000!)

Hinzu kommen inzwischen 3300 Gruppen, die an der Mittagsbetreuung an Grundschulen teilnehmen.

Wir haben den früheren Kurs in dieser Frage etwas geändert – das ist durchaus richtig –, weil wir erkannt haben, dass das alles wichtig ist für die Zukunft unserer Kinder und ihrer Eltern. Wir sollten uns dabei aber auch nichts vormachen, meine Damen und Herren: Wie kinder- und familienfreundlich unser Bayern ist, wie kinder- und familienfreundlich unsere Kommunen sind, wird am Ende nicht allein davon abhängig sein, wie groß die Zahl der Krippenplätze und der Mittagsbetreuungsgruppen sein wird.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Nicht allein, aber auch!)

Es wird auch nicht allein davon abhängen, ob das Kindergeld zehn Euro niedriger oder höher ist.

Ich sage, dass das nicht allein davon abhängen wird. Kinderfreundlichkeit hängt vor allem davon ab – und das sollten wir bei diesem Thema nie aus dem Blickfeld verlieren –, wie wir uns alle täglich verhalten. Das hängt davon ab, ob eine junge Familie, die mit ihren Kindern durch München geht, den Eindruck hat, dass sich die Menschen um sie herum freuen und sagen, toll, dass hier jemand mit kleinen Kindern geht, oder ob sie den Eindruck hat, dass ihnen die Menschen nur sagen, die kleinen Kinder machen immer nur Lärm, Dreck und irgendetwas kaputt und dergleichen. Das ist die Lebensrealität. Wenn heute eine Familie den Mut zu einem dritten oder vierten Kind hat, sollte sie den Eindruck haben, dass die Nachbarn sagen: Toll, da ist jemand, der sich ein drittes oder viertes Kind zutraut; sie sollten nicht den Eindruck haben, dass die Nachbarn sagen: Bei denen hat wohl die Verhütung versagt, wie kann man heute noch ein viertes Kind haben? Das ist die Realität, die wir heute in unseren Städten und Gemeinden haben. Hier geht es sehr stark darum, welches Klima bei uns herrscht, wie wir uns alle täglich verhalten.

Im vorvergangenen Jahr hat in Hamburg wieder einmal ein Verwaltungsgerichtsprozess stattgefunden zu der Frage, ob der Lärm, der von einem Kindergarten in einem reinen Wohngebiet ausgeht, mit dem Ruhebedürfnis der Anwohner vereinbar ist. Das müssen wir draußen im Alltag erleben. Kinderlärm ist Zukunftsmusik. Nur dann hat unsere Gesellschaft insgesamt eine Zukunft.

(Beifall bei der CSU)

Natürlich müssen wir auch in die Bildung und Ausbildung der jungen Generation investieren. Das ist wichtig für die individuellen Chancen unserer Kinder, aber es ist auch wichtig für die Zukunft unseres Landes insgesamt. Bayern kann nur so mit Regionen in anderen Teilen der Welt wettbewerbsfähig sein, wie auch unsere junge Generation mit jungen Generationen in anderen Teilen der Welt wettbewerbsfähig ist. Darauf kommt es an. Deshalb investieren wir in die Bildung und in die Ausbildung unserer jungen Generation.

Nach den letzten bundesweiten Statistiken geben wir immerhin 4800 Euro je Schüler an öffentlichen Schulen aus. Das ist mehr als in jedem anderen westdeutschen Flächenland.

(Dr. Sepp Dürr (Grüne): Das stimmt doch nicht!)

– Das sind die bundesweiten Statistiken, die werden nicht in Bayern geschrieben. Ich weiß nur, dass in dieser Statistik zu lesen ist, dass in Rheinland-Pfalz nur 4400 Euro ausgegeben werden. Ich weiß nicht, wofür Ministerpräsident Beck seine Schulden macht. Jedenfalls wird nicht mehr in die Kinder, in die Schulen und in die Ausbildung investiert. Sie können da erzählen, was Sie wollen. Vielleicht können Sie demnächst im SPD-Parteivorstand darüber diskutieren, lieber Herr Kollege Maget. Dem gehören Sie bekanntlich an. Da können Sie mit dem Kollegen Beck darüber diskutieren, was es heißt, der Bildung Vorrang zu geben und in die Bildung junger Generationen zu investieren.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege Herrmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Pfaffmann?

Joachim Herrmann (CSU): Ich nehme an, dass Kollege Pfaffmann sonst keine Chance hat, heute zu Wort zu kommen. Deshalb will ich ihn gerne einmal reden lassen.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Ich bedanke mich recht herzlich. Herr Fraktionsvorsitzender, würden Sie mir einmal erklären, was es mit Investitionen in Grund- und Hauptschulen zu tun hat, wenn gleichzeitig 1666 Lehrplanstellen gestrichen werden?

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Das ist doch Schmarrn von vorgestern!)

Joachim Herrmann (CSU): Wir bringen die Lehrstellen dorthin, wo die Kinder sind.

(Franz Maget (SPD): An die Grundschulen?)

Kollege Dürr hat sich vorhin über die Übertrittsquoten für die Gymnasien ausgelassen. Es liegt daher in der Logik der Sache, dass man die Lehrplanstellen dahin bringen muss, wo die Kinder sind, wenn die Übertrittsquoten für das Gymnasium oder vor allen Dingen in den letzten Jahren für die Realschulen gestiegen sind. Wir können

nicht aus ideologischen Gründen sagen, die Stellen bleiben da, wo sie schon immer waren.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Kollegen Pfaffmann?

Joachim Herrmann (CSU): Nachdem ich jetzt gemerkt habe, dass nichts Gescheites rauskommt, mache ich lieber weiter.

(Ludwig Wörner (SPD): Unterste Schublade!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, fest steht, dass Bayern das Pisaland Nummer 1 in Deutschland ist. Wir müssen und wollen uns anstrengen, dass es so bleibt. Wir ruhen uns darauf nicht aus. Ich will nicht näher auf G 8, R 6, Hauptschule und dergleichen eingehen. Entscheidend ist aus meiner Sicht ohnehin, dass wir auf Fordern und Fördern setzen, denn das hat die bayerischen Schülerinnen und Schüler stark gemacht. Wir dürfen niemand überfordern, aber wir müssen wissen, dass Bildung immer auch eigene Anstrengung erfordert.

Das weiß jeder von uns aus eigenem Erleben. Es ist entscheidend, dass wir dies der jungen Generation an unseren Schulen mitgeben.

Mir persönlich wird in unseren bildungspolitischen Diskussionen zu viel über die Gefahr einer Überforderung diskutiert. Wir wollen niemanden überfordern. Wenn meine Buben auf den Sportplatz gehen, haben sie vor Beginn des Spieles noch nie gefragt, ob sie heute wohl überfordert werden. Ich denke, wir müssen an die Diskussion wieder mit einem anderen Geist herangehen. Unsere Schulen müssen den jungen Menschen vor allem Motivation mitgeben, Motivation, sich anzustrengen, Motivation, sich reinzuhängen, weil Bildung eigene Anstrengungen erfordert. Ich kann Bildung nicht wie ein Glas Wasser in mich hineinkippen und sagen, damit hat es sich. Man muss sich anstrengen; man muss trainieren.

Wenn es um Sport geht, ist es selbstverständlich, dass man sich reinhängt und sich anstrengt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist auch selbstverständlich, dass dann alle stolz sind auf den Erfolg. Über den Erfolg freuen sich diejenigen, die selbst erfolgreich sind – ob es um die Goldmedaille oder die Bezirksmeisterschaft oder sonst etwas geht –, aber auch die Menschen um sie herum, die sagen, toll, da ist jemand, der die Goldmedaille gewonnen hat. Wenn sich das Ganze auf nationaler Ebene abspielt, ist das gesamte Volk stolz und sagt: Wir haben eine Medaille gewonnen. Ein bisschen etwas von diesem Geist brauchen wir auch wieder in unserem Bildungswesen. Man kann doch sagen: Da ist jemand tüchtig, wir freuen uns, dass er solchen Erfolg hat.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das gehört übrigens auch zum christlichen Menschenbild. Natürlich hängt der Wert des Menschen nicht von seiner Leistungsfähigkeit ab, aber dass ich die Talente, die mir mitgegeben sind, bestmöglich entwickle, und zwar zum eigenen

Nutzen und auch zum Nutzen meiner Mitmenschen, das liegt in meiner ethischen Verantwortung. Dieses jungen Menschen mitzugeben, halte ich für eine große Aufgabe und Herausforderung für unsere Schulen. Insgesamt haben wir engagierte Lehrerinnen und Lehrer. Bayern würde nicht wiederholt bei Pisa als Land Nummer 1 abschneiden, wenn es nicht engagierte Lehrerinnen und Lehrer hätte. Deshalb möchte ich den Lehrerinnen und Lehrern in unserem Land heute ein herzliches Wort des Dankes für ihren Einsatz an unseren Schulen sagen.

(Beifall bei der CSU)

Wir müssen diesen Geist auch in unsere Arbeitswelt hineinbringen. Stolz zu sein und sich zu freuen mit denjenigen, die Überdurchschnittliches leisten, und zwar vom Facharbeiter bis zum Nobelpreisträger, das ist wichtig. Wir werden Bayern nur ganz vorn halten und Deutschland wieder voranbringen, wenn wir mehr Leute in unserem Land haben, die Überdurchschnittliches leisten. Diese Leute sollen nicht ständig Neid auf ihre Leistung verspüren, sondern merken, dass sich die Menschen um sie herum mit ihnen freuen über das, was sie zuwege gebracht haben.

Ich freue mich, dass wir jetzt in Deutschland einen echten Wirtschaftsaufschwung haben. Ich freue mich auch, dass dieser Aufschwung nicht nur an den Unternehmensgewinnen und am Aktienindex sichtbar wird, sondern auch konkret für neue Arbeitsplätze sorgt; denn das ist die Entscheidende, dafür haben wir jahrelang gekämpft. Es geht jetzt wieder aufwärts und vorwärts in Deutschland. Dabei ist wichtig, dass dieser Erfolg in der Form von neuen Arbeitsplätzen bei den Menschen ankommt. Es ist ein Erfolg, dass die Arbeitslosigkeit heute auch in Bayern deutlich niedriger ist als vor einem Jahr und dass wir weiter gemeinsam mit Baden-Württemberg die niedrigste Arbeitslosenrate in ganz Deutschland haben. Auf diesen Rekord sind wir am Ende dieses Jahres stolz; denn er ist nicht selbstverständlich und wurde von den Menschen in unserem Land hart erarbeitet.

(Beifall bei der CSU)

Im November dieses Jahres gab es 70 000 Jobs mehr als vor einem Jahr. Eines will ich in diesem Zusammenhang nicht vergessen hinzuzufügen. Herr Kollege Maget, hier sind wir wieder bei den Wahrnehmungsproblemen. In keinem anderen Bundesland gibt es eine höhere Erwerbstätigenquote bei den Frauen als in Bayern. Nach bundesweiten Statistiken sind in keinem anderen Land mehr Frauen berufstätig als in Bayern. Das ist die Realität. Die Quote liegt bei 62,7 %. In jedem anderen Bundesland ist die Quote geringer.

(Zurufe von der SPD)

– Sie haben vorhin nicht nur die Zahlen in Bayern beklagt, sondern expressis verbis behauptet, woanders wäre es besser und in Bayern ginge es den Frauen schlechter als anderswo.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Was die Karriere anbelangt und nicht die Beschäftigung!)

Das können Sie alles in Bundesstatistiken nachlesen. Auch von den Müttern mit Kindern unter 18 Jahren sind in keinem anderen Bundesland so viele berufstätig wie in Bayern. Das heißt, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist in keinem anderen Bundesland besser realisiert als in Bayern. Das sollten Sie zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der CSU – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Beschäftigungsquote sagt nichts über Karrierechancen!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gute Arbeitschancen bedeuten auch weniger Armut. Mit 1,9 % hat Bayern die niedrigste Sozialhilfequote aller Bundesländer. Es ist wichtig, dass wir die Balance zwischen wirtschaftlichem Erfolg und Solidarität mit den Schwachen halten. Soziale Gerechtigkeit ist aber nicht nur eine Aufgabe des Staates. Es ist wichtig, dass alle in unserer Gesellschaft daran mitwirken, die soziale Balance zu halten. Ich sage das auch im Hinblick auf die aktuelle Diskussion über Löhne und Bezüge. Wir haben gerade vorhin über den Haushalt des Landtags abgestimmt. Wir im Landtag haben eine gute Regelung, die inzwischen unumstritten ist. Unsere Diäten steigen um genauso viel, wie auch die Gehälter der Erwerbstätigen in Bayern im Durchschnitt steigen. Vielleicht sollten sich dies auch einige Spitzenmanager in unserem Land zum Vorbild nehmen und ihre Gehälter in nächster Zeit nur um soviel steigen lassen, wie es dem durchschnittlichen Anstieg der Gehälter ihrer Mitarbeiter entspricht. Ich glaube, auch dies würde der sozialen Balance in unserem Land guttun.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, dieser Doppelhaushalt ist eine solide Grundlage für den Weg des Freistaates Bayern durch die kommenden beiden Jahre. Wir wissen, SPD und GRÜNE sind dagegen – wir haben nichts anderes erwartet; deshalb heißen sie auch Opposition –, aber eine seriöse Alternative haben sie nicht. Deshalb weiß die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler, dass die Zukunft Bayerns bei niemandem in besseren Händen liegt als bei der CSU.

(Beifall bei der CSU)

Das belegen alle aktuellen Umfragen.

Deshalb werden wir, unser Ministerpräsident Edmund Stoiber und die Fraktion der CSU, gemeinsam auch 2008 wieder um das Vertrauen der Menschen in Bayern werben, nicht weil es um den Erhalt unserer Macht ginge, sondern weil es nichts Besseres gibt für die Zukunft unseres Landes und der Menschen in unserem Land. Dafür werden wir im neuen Jahr gemeinsam mit aller Kraft arbeiten.

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. – Dann ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2007/2008, Einzelplan 02, die Änderungsanträge auf den

Drucksachen 15/6468, 15/6469 und 15/6480 bis 15/6483 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 15/6624 zugrunde. Der Einzelplan 02 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur unveränderten Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 02 seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Einzelplan 02 mit den Stimmen der CSU-Fraktion gegen die Stimmen der beiden anderen Fraktionen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge als abgelehnt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 1)

Damit ist die Beratung des Einzelplans 02 abgeschlossen.

Ich rufe gemeinsam die Tagesordnungspunkte 4 und 5 auf:

**Haushaltsplan 2007/2008;
Einzelplan 03 A für den Geschäftsbereich des
Bayerischen Staatsministeriums des Innern**

hierzu:

**Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 15/6470 bis 15/6476),
Änderungsanträge der Fraktion des BÜNDNISSES 90/
DIE GRÜNEN (Drsn. 15/6484 bis 15/6488)**

**Haushaltsplan 2007/2008;
Einzelplan 03 B – Staatsbauverwaltung**

hierzu:

**Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 15/6477 und 15/6478)
Änderungsanträge der Fraktion des BÜNDNISSES 90/
DIE GRÜNEN (Drsn. 15/6493, 15/6495 und 15/6497)**

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Darf ich auch Herrn Ministerpräsidenten darum bitten, seine Gespräche draußen zu führen?

Im Ältestenrat wurde für die gemeinsame Aussprache eine Gesamtrededzeit von 1 Stunde und 57 Minuten vereinbart. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 40 Minuten, auf die SPD-Fraktion 22 Minuten und auf die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN 15 Minuten. Die Rededzeit der Staatsregierung orientiert sich an der Rededzeit der stärksten Fraktion. Sie kann deshalb bis zu 40 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Rededzeit der Fraktionen verlängert.

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erste Wortmeldung: Kollege Winter.

Georg Winter (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr verehrte Kolleginnen, sehr verehrte Kollegen, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, meine Damen und Herren! Vor Kurzem ist der neue James-Bond-Film angelaufen.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): War er gut?)

– Ich habe ihn gesehen. Das sind fantastische Abenteuer. Er hat großes Lob bekommen. Die Reaktion eines Mitbürgers war: Was soll James Bond?

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Die Wirklichkeit ist noch viel abenteuerlicher, noch viel fürchterlicher, denken wir nur an die Litwinenko-Affäre oder an den 11. September 2001. Was gestern unvorstellbar war, kann heute schon Wirklichkeit sein. Unsere Folgerung daraus sollte sein, dass wir uns auf das vorbereiten, was gegenwärtig noch unvorstellbar ist. Das Unvorstellbare muss zwar nicht eintreffen, aber es kann eintreffen. Das Beispiel der vorhin genannten Affäre hat das gezeigt.

Was möchte ich damit ansprechen? – Eine gute Sicherheitspolitik zeichnet sich dadurch aus, dass sie vorausschauend und konsequent ist. Das war das Markenzeichen der CSU in der Sicherheitspolitik der letzten Jahrzehnte, speziell das Markenzeichen unseres Staatsministers Dr. Günther Beckstein: konsequent und vorausschauend.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Unsere Sicherheitspolitik war so erfolgreich, dass andere sie nachahmen, bis hin zu Otto Schily. Die Ereignisse des 11. September 2001 und die Litwinenko-Affäre zeigen, was möglich ist. Auch einige andere Ereignisse lassen uns sehr wohl erkennen, dass der gute Verlauf der Fußball-Weltmeisterschaft und der friedliche Ablauf des Papstbesuches keine Selbstverständlichkeiten sind. Ich darf in diesem Zusammenhang an den Terroranschlag bei den Olympischen Spielen 1972 erinnern. Wie Sie wissen, wurden nachhaltige Konsequenzen aus diesem Ereignis gezogen.

Vor wenigen Monaten – die Weltmeisterschaft war gerade vorbei, und der Papstbesuch stand kurz bevor –, am 31. Juli dieses Jahres, wurden in zwei Zügen herrenlose Gepäckstücke mit Brand- und Sprengstoffvorrichtungen gefunden, die zu unser aller Glück nicht funktionierten. Diese Vorkommnisse machen deutlich: Verbrechen und Verbrecher kennen keine Grenzen; die Gefahr ist überall präsent. Der Vorfall mit den beiden Koffern hat auch gezeigt, wie hilfreich Video-Aufzeichnungen an öffentlichen Plätzen, zum Beispiel an Bahnhöfen sind. Ohne diese Überwachung wäre man wohl nicht fündig geworden. – Auch die aktuellen Amok-Drohungen dürfen nicht unterschätzt werden.

An dieser Stelle möchte ich Ihnen, Herr Staatsminister Dr. Beckstein, Ihrem Staatssekretär Herrn Georg Schmid und allen, die in Polizei und Verwaltung dazu beigetragen haben, dass wir ein hohes Maß an Sicherheit genießen können, danken, auch dafür, dass die fantastischen Großereignisse wie der Papstbesuch und die Weltmeisterschaft uns allen in so guter Erinnerung bleiben können.

(Beifall bei der CSU)

Herr Staatsminister, in den 13 Jahren Ihrer Verantwortung haben Sie ganz entscheidend dazu beigetragen, dass Bayern als sicheres Land gilt, und vieles auf sich genommen. Die Opposition hier im Hause hat Ihre Linie jahrelang kritisiert und bekämpft. Als Beispiel für Ihre klare Vorgabe möchte ich nennen: null Toleranz für Hausbesetzungen. Ihre Worte waren: Innerhalb von 24 Stunden muss das beendet sein; länger geht das in Bayern nicht. Meine lieben Freunde, meine Damen und Herren, wir wissen, dass es in anderen deutschen Ländern ganz andere Beispiele gab. Wir sind Ihnen dafür dankbar, dass Sie diesen Kurs gehalten haben.

Des Weiteren möchte ich den Abbau der Grenzkontrollen im Zusammenhang mit der Erweiterung der Europäischen Union nennen. Sie haben zwar die Kontrolle abgebaut, aber die Schleierfahndung eingeführt und hatten damit noch mehr Erfolg als zuvor.

Derartige Herausforderungen für unsere Sicherheitsorgane gibt es täglich. Im nächsten Jahr stehen mit der Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft durch die Bundesrepublik Deutschland weitere große Termine an, die volle Präsenz und hohe Konzentration der Sicherheitskräfte erfordern. Unsere Aufgabe ist es heute, mit der Beratung und der Verabschiedung des Etats für den Innenminister die Grundlage dafür zu legen, dass unsere Sicherheitsorgane handeln können und für die Zukunft gerüstet sind.

Verschweigen möchte ich nicht– Herr Staatsminister, darin sind wir uns wohl einig –, dass noch mehr Geld noch besser wäre. Wo wäre das nicht so? Rund 3,1 Milliarden Euro pro Jahr sind für Polizei und innere Verwaltung im Haushalt vorgesehen. Die Steigerung im Jahr 2007 gegenüber dem laufenden Jahr ist mit 3,7 % überdurchschnittlich. Der Löwenanteil dieser 3,1 Milliarden – wie könnte es anders sein? –, nämlich 78 %, wird für Personal, insbesondere für die Polizei aufgewendet. Dieser Haushalt stellt eine ganze Reihe von Rekorden auf, worüber wir uns freuen können. Ich hoffe, ich kann Ihnen heute noch über ein paar neue berichten, von denen Sie bisher noch nicht gehört oder gelesen haben.

Zu diesen Rekorden gehört die Tatsache, dass im Rahmen des künftigen Doppeletats zwei zusätzliche Urlaubstage für alle Schichtdienstleistenden eingeführt werden. Dafür gilt unser Dank besonders unserem Fraktionsvorsitzenden Joachim Herrmann, und dem Vorsitzenden des Innenausschusses, Herrn Dr. Jakob Kreidl, der das zusammen mit unserem Kollegen Ach zuwege gebracht hat und sich in seinem Ausschuss dafür engagiert hat.

Als weiteren Rekord in diesem Etat nenne ich – das ist besonders erfreulich, wenn wir an die Auszubildenden denken – die Tatsache, dass im Bereich der Polizei rund 1000 neue Azubis in den Jahren 2007 und 2008 eingestellt werden. Das kann sich sehen und hören lassen.

Wir wollen auch schon für jene, die im Dienst sind, etwas tun und noch mehr tun. In 9000 Fällen sind Verbesserungen möglich. Konkret sind das 6991 Beförderungen und 1880 Hebungen, zusammen also knapp 9000 Fälle, die in den nächsten beiden Jahren mit guten Nachrichten rechnen können.

75 Millionen sind im Jahr 2007 allein für den Einstieg in den neuen Digitalfunk eingeplant, und, um das Ganze durchfinanzieren zu können, 492 Millionen an Verpflichtungsermächtigungen für die kommenden Jahre.

Erfreulich ist für uns auch, dass sich das Feuerschutzaufkommen auf hohem Niveau stabilisiert hat. Wir alle in den Stimmkreisen und in den Regionen wissen, dass es für unsere Feuerwehren wichtig ist, auf dem neuesten Stand zu sein, um ihre freiwilligen Mitarbeiter motivieren und junge Kräfte gewinnen zu können. Das kann man nur dann, wenn man etwas Positives vorzeigen kann, wenn das Ehrenamt nicht nur Verantwortung mit sich bringt, sondern auch Spaß macht.

Die SPD hat ein umfangreiches Paket vorgelegt, das 52 Millionen Euro Mehrkosten verursacht hätte. Wir haben aber nicht erkennen können, wie diese Mehrkosten finanziert werden sollen.

Bereits eingangs habe ich deutlich gemacht: Das Erfolgsrezept der Bayerischen Staatsregierung und von Günther Beckstein in seiner Zeit als Innenminister sind vorausschauende Planung, konsequente Umsetzung und Handeln. Ganz anders lautet der Antrag der GRÜNEN – Kollege Maget hat sich dem vorhin in der Aussprache angeschlossen –, die im Oktober 2006 gefordert hatten, die Polizeireform zu stoppen. Reformen bringen selbstverständlich Veränderungen sowie Kritiker und Bedenken-träger hervor. Das bezweifeln wir nicht. Man muss mit den Betroffenen diskutieren und nach Lösungen suchen. Ich bin aber fest davon überzeugt: Die Opposition würde uns in einigen Jahren Vorhaltungen machen, wenn wir diese Reform nicht durchführen würden.

Lassen Sie mich etwas zur Finanzierung sagen: Im Rahmen der Reform sollen 600 Stellen eingespart werden. Davon wollen wir 180 Stellen tatsächlich einziehen und zur Finanzierung der Reform verwenden, insbesondere zur Einrichtung der modernen Einsatzzentralen. 420 Stellen – das ist das ganz Wesentliche – sollen der operativen Polizeiarbeit zugute kommen. Diese Reform wird qualitative Verbesserungen für das Personal und die Präsenz vor Ort bringen. Sie hat noch weitere positive Wirkungen, die sich von jedermann anschaulich nachvollziehen lassen. Das sind keine Worthülsen. In Würzburg können sich alle Interessierten vor Ort davon überzeugen.

Es ist sinnvoll und richtig, eine so große Maßnahme wie die Umstellung eines diffizilen und sensiblen Apparates wie der Polizei, die tagtäglich für die Sicherheit verant-

wortlich ist und sich keine Pannen und Lücken leisten kann, zunächst nur in einem Regierungsbezirk im kleinen Maßstab zu erproben. Daran wird sichtbar, ob die Umsetzung funktioniert bzw. was bei der Reform beachtet werden muss. Jede Reform lebt zu 50 % von der Idee, und zu 50 % hängt ihr Erfolg von einer guten und umsichtigen Umsetzung ab. Gemeinsam mit meinem Kollegen Manfred Ach konnte ich mich in Würzburg davon überzeugen. Diese enormen Investitionen sind sinnvoll und richtig. Eine moderne Einsatzzentrale kostet je nach Standort mit der Bausubstanz, der Technik und der Ausrüstung mit moderner Informations- und Kommunikationstechnik rund 8 bis 9 Millionen Euro. Es wäre falsch gewesen, diese Investitionen auf längere Sicht an 29 Standorten vorzunehmen. Diese Investitionen werden auf zehn Standorte konzentriert, damit sie finanzierbar sind. Dadurch entstehen moderne Hightech-Einrichtungen. Damit schaffen wir Sicherheit und werden wir zukunftsfähig, indem wir die Struktur, auch die Alarmierung, an die neuen Einsatzzentralen anpassen. Die Opposition würde uns in einigen Jahren dafür rügen, wenn wir die Polizeireform nicht eingeleitet hätten. Man würde uns vorwerfen, wir hätten nicht den Mut gehabt. Die SPD würde sagen: Hättet ihr euch wie Rothemund auf die Regionen konzentriert, der hat das schon vor 20 bis 30 Jahren gesagt. – Jetzt sind wir bei den Regionen angekommen, deswegen entstehen zehn moderne Einsatzzentralen.

An dieser Stelle gilt unserem Ministerpräsidenten ein herzlicher Dank; denn wie Sie alle wissen, hat er mit seiner Regierungserklärung im November 2003 den Rahmen der Reform abgesteckt und damit einen Pflöck eingeschlagen, damit wir nicht wanken, sondern den Mut und die Kraft aufbringen, diese Reform in dieser Wahlperiode durchzuführen. Das hat den Vorteil, dass wir in unseren Einsatzzentralen moderne Technik vorhalten können. Frau Kollegin Schmitt-Bussinger, davon sind wir überzeugt, und das sagen wir aus ganzem Herzen.

Die Umstellung auf den Digitalfunk erfordert viel Geld. Der Herr Staatsminister Beckstein wird noch darüber berichten, wie die Verhandlungen stehen. Wir haben schon bei der Diskussion um die Einführung einer Pkw-Vignette gesehen, dass diese Dinge nicht einfach sind. Ich möchte Herrn Staatsminister nicht vorgreifen. Wichtig ist, dass wir die finanziellen Voraussetzungen zur Einführung des Digitalfunks geschaffen haben, damit wir funktechnisch möglichst bald auf den neuesten Stand kommen.

Für den Geschäftsbereich der Obersten Baubehörde gibt es ebenfalls gute Nachrichten. Dank der Rückflüsse aus den Darlehen der sozialen Wohnraumförderung werden künftig auch Gelder für Maßnahmen der Städtebauförderung zur Verfügung gestellt. Kollege Rotter hat es begrüßt und mit seiner Arbeitsgruppe unterstützt, dass bis zum Jahr 2010 45 Millionen Euro zusätzlich zur Unterstützung städtebaulicher Maßnahmen bereitgestellt werden. Der Bewilligungsrahmen für die Wohnraumförderung kann um 10 Millionen Euro aufgestockt werden. Angesichts des großen Bedarfs bei der Förderung von Studentenwohnungen – leider werden sie mit der Zweitwohnungssteuer belegt – ist eine Steigerung von 4,4 Millionen Euro im Etat eingepplant.

Der Oberste Rechnungshof hat sich rechtzeitig zum Nikolaustag geäußert und zu Recht auch in den letzten Jahren darauf hingewiesen, dass wir zur Bestandserhaltung unserer Staatsstraßen mehr tun müssen. Dieser Forderung wollen wir mit diesem Doppeletat nachkommen. 20 Millionen Euro stehen zusätzlich zur Bestandserhaltung – oder wie es fachtechnisch heißt: für Unterhalt und Instandsetzung – zur Verfügung. Insgesamt 160 Millionen Euro pro Jahr sind für den Staatsstraßenbau vorgesehen, plus 5 Millionen Euro, die auf Initiative der CSU-Fraktion, insbesondere unseres Kollegen Manfred Ach, bereitgestellt werden konnten.

Der Rechnungshof hat auch den Pilotversuch mit öffentlich-privaten Partnerschaften thematisiert. Dabei ist es wichtig, dass man sich nicht auf die reinen Baukosten fixiert, sondern auch der Unterhalt und die vereinbarte Laufzeit berücksichtigt werden. Dieses Finanzierungsmodell soll auf wenige Beispiele begrenzt werden. In der Diskussion um diese Modelle hat sich einiges getan; wenn man vor einigen Jahren gegenüber Kommunalpolitikern die Meinung vertrat, Public Private Partnership – PPP – sei nicht der einzige Weg zum Glück, war man falsch beraten. Mittlerweile relativieren sich die Ansichten, und es tritt Konkurrenz der PPP-Modelle mit anderen Finanzierungsmodellen ein. Das ist gut so.

Unser Straßennetz, ob Gemeinde-, Kreis-, Staats- oder Bundesstraßen, Autobahnen, Brückenbauwerke und Lärmschutzanlagen, erfordert viel Geld für Ausbau und Unterhalt. Herr Dürr hat gesagt, es wäre falsch, den Menschen gute Straßen zu bauen, sie würden dem flachen Land davonfahren und nicht mehr zurückkommen. Im Gegensatz dazu steht unsere Position. Ich weiß nicht, wie Herr Dürr dem ländlichen Raum helfen will. Als einer, der in einer ländlich geprägten Region lebt und die Nachteile und Schwierigkeiten dort kennt, kann ich nur sagen: Wir sind auf bessere Verbindungen angewiesen. Für uns Menschen im ländlichen Raum muss es möglich sein, die großen Zentren in zumutbarer Zeit zu erreichen und zu unseren Familien und unserem Zuhause zurückkehren zu können. Wir werden den ländlichen Raum nicht verlassen, aber wir brauchen gute Verbindungen.

Eine weitere Aufgabe ist die Entlastung durch zahlreiche Ortsdurchfahrten. Der Durchgangsverkehr hat teilweise stark zugenommen, sodass er dort kaum mehr erträglich ist. Dieser Aufgabe müssen wir uns weiterhin und längerfristig stellen. Wir sind der Auffassung, dass man diesen großen Anforderungen, die sich neben den Schienen und den Wasserstraßen für das Verkehrsnetz ergeben, nur mit einem Bündel von Maßnahmen gerecht werden kann. Dazu gehört es auch, dass wir in einem Etat von 36 Milliarden Euro Innovationen zulassen und neuen Ideen eine Chance geben. Dazu gehört nicht nur die Verkehrsinfrastruktur.

Mit diesem Etat müssen viele Dinge bewältigt werden: von der Bildung und der Wissenschaft über Soziales, Umwelt, Ernährung, Gesundheit bis hin zu Kommunalem und zur Infrastruktur.

Was Bayern dabei hilft, ist der Föderalismus innerhalb des Freistaats und die vielfältigen Möglichkeiten wie die

Tatsache, dass Gemeinden, Städte und Landkreise selbst Träger solcher Baumaßnahmen sind. Dabei werden sie durch das Bayerische Finanzausgleichsgesetz und ab dem 1. Januar 2007 durch das bayerische Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz – GVFG – unterstützt. Kollege Obermeier wird darauf noch näher eingehen. In diesem Zusammenhang ist es erfreulich, dass mit diesem neuen Gesetz der Höchstfördersatz auf 80 % angehoben werden konnte. Verkehrsengpässe treten nicht nur in finanzstarken Kommunen auf, sondern auch in finanzschwachen. Auch diese sollen in der Lage sein, ihre Probleme lösen zu können. Die Erhöhung auf 80 % war deshalb ein wichtiger Fortschritt im Rahmen der Gesetzesänderung, wie auch die Tatsache, dass alle Kommunen, unabhängig davon, wie sie im Landesentwicklungsprogramm eingestuft sind, von dem neuen Gesetz Gebrauch machen können. Positiv ist auch, Herr Staatssekretär Meyer, dass das „Investitionsprogramm Zukunft Bayern“ mit dem IZB II zusätzlich 20 Millionen Euro für den Bau von Straßen und Brücken enthält.

Die PPP-Modelle habe ich bereits angesprochen. Wir wollen diese Modelle auf wenige beschränken und Erfahrungen sammeln, um sie dort zu nützen, wo sie besonders sinnvoll erscheinen.

Ich habe Ihnen noch einen Rekord versprochen. Neben dem, was wir bei der Polizei und bei der Verwaltung Herausragendes geleistet haben, können die Oberste Baubehörde und das Innenministerium auf 200 Jahre Arbeit zurückblicken. Das Innenministerium kann in diesem Jahr 2006 auch, was den Bau der Bundesfernstraßen und Autobahnen anbelangt, einen Rekord vorweisen. Wir können, obgleich das Jahr noch nicht ganz zu Ende ist, feststellen: Allein in diesem Jahr werden rund 1 Milliarde Euro für den Bau von Bundesfernstraßen und Autobahnen in Bayern ausgegeben. Das ist der höchste Stand seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland. Da kann man nur sagen: Danke all denen, die dabei mitgeholfen haben.

Trotz der einen Milliarde muss Bayern etwas vorfinanzieren, weil der Betrag nicht alles abdeckt, was wir in diesem Jahr verwirklicht haben. Wichtig war dabei, dass der Freistaat Bayern in den zurückliegenden zehn Jahren immer die Möglichkeit genutzt hat, Reste zu verwenden. Auf diese Weise hat er einen zusätzlichen gesamten Jahresetat für Autobahnen und Bundesfernstraßen ausgeben können.

Bayern lebt ab Januar 2007 also eigentlich bereits im Jahr 2008, weil wir einen zusätzlichen Jahresetat umgesetzt haben. Das lässt sich ganz einfach rechnen: Wenn man zehn Jahre lang alljährlich 10 % Restmittel vom Bund beanspruchen kann, weil vorausschauend geplant wurde und weil es Projekte gab, dann hat man nach 10 Jahren ein ganzes Jahr aufgeholt.

Ihnen, Herr Staatsminister, Ihrem Staatssekretär, allen Ihren Mitstreitern und den Amtschefs, allen, die daran mitgearbeitet haben, gilt unser Dank und unsere Anerkennung. Die Leute in den Regionen, die davon berührt sind, wissen, wovon ich spreche. Gleichgültig, ob es sich um die A 7 im Allgäu handelt, die A 6 bei Waidhaus, die

A 3 östlich von Aschaffenburg oder die Umfahrung von Mühldorf, die in der letzten Woche für den Verkehr freigegeben wurde, die A 96 bei Memmingen oder die B 15 neu bei Landshut, all diesen Maßnahmen kam der zusätzliche Mitteleinsatz zugute.

Das bayerische GVFG habe ich bereits angesprochen. Auch hier war es wichtig, meine Damen und Herren von der SPD, dass der Vertreter der Länder, unser Ministerpräsident Stoiber, gemeinsam mit Herrn Müntefering diese Reform aushandeln konnte. Sie hat den Ländern mehr Kompetenzen gebracht, die wir mit dem bayerischen GVFG zum Wohle unserer Kommunen genutzt haben.

Herr Innenminister, zum Abschluss darf ich noch den Bestand des Innenministeriums seit 200 Jahren ansprechen. Dazu kann man vieles sagen, es wurde dazu auch viel geschrieben, ich möchte all dies angesichts der begrenzten Zeit nicht wiederholen. Das Jubiläum hat aber vieles ins Gedächtnis gebracht, nicht nur den Grafen Montgelas selbst, sondern auch seine Gattin Ernestine, die mir bisher noch nicht so bekannt war.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Da schau her!)

Ich hoffe, Missverständnisse vermeiden zu können, obgleich man diese nie ganz ausschließen kann. Frau Ernestine hat gesagt: „Als Außenminister könnte man keinen besseren haben.“ – Nun, einen Außenminister haben wir in Bayern nicht mehr, deshalb schicken wir unseren Ministerpräsidenten immer wieder auf den Weg, damit er uns nach außen vertritt. „Als Innenminister“, so sagte die Gattin von Herrn Montgelas, „ist er passabel.“ Der Finanzminister ist leider nicht mehr da, sonst würde ich das Folgende gar nicht auszusprechen wagen. „Als Finanzminister“, so sagte Frau Ernestine, „verdient er, gehängt zu werden.“

(Allgemeine Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, im Gegensatz zur Gattin von Herrn Montgelas, die ein sehr konträres und deftiges Urteil gesprochen hat, komme ich zu einer anderen Bewertung. Dafür habe ich nicht die Frau von Herrn Innenminister Beckstein angerufen. Meine Aufgabe ist vielmehr, die Auffassung der CSU-Fraktion zur Arbeit des Innenministers, zu dessen Etat, zur inneren Sicherheit abzugeben. Die Meinung der CSU-Fraktion geht ganz klar in eine Richtung, vielleicht zur Überraschung der Opposition und vieler anderer. Wir meinen, der Name des bayerischen Innenministers Dr. Günther Beckstein steht für Qualität, für die bestmögliche Sicherheit. Herr Staatsminister, Ihre Arbeit wird zu Recht als „das Original“ bezeichnet. Es spricht für Sie, dass es immer häufiger kopiert wird.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung, Frau Kollegin Schmitt-Bussinger.

Helga Schmitt-Bussinger (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Staatsminister Dr. Beckstein, ich will nicht mit Herrn

Montgelas oder seiner Gattin beginnen, auch nicht mit James Bond. Ich beginne vielmehr mit einem Dank an alle Beschäftigten im Geschäftsbereich des Innern für ihren Einsatz in diesem Jahr.

(Beifall bei der SPD)

Ich danke allen Beschäftigten und ehrenamtlichen Angehörigen der Feuerwehren, der Rettungsdienste, der Organisationen des Katastrophenschutzes und vor allem danke ich der bayerischen Polizei. Ich sage herzlichen Dank. Diese Organisationen haben in diesem Jahr, mit Fußballweltmeisterschaft und mit Papstbesuch, besonders große Aufgaben erledigt, nicht anstelle, sondern zusätzlich zu ihrem Alltagsdienst. All diese Aufgaben haben unsere Staatsbediensteten mit großer Bravour erledigt. Hierfür haben sie und ihre Familien, die die Mehrbelastungen und die Urlaubssperren mitgetragen haben, den Dank unseres Hohen Hauses und des gesamten Landes verdient.

(Beifall bei der SPD)

Herr Innenminister und Herr Staatssekretär, es liegt auf der Hand, dass wir Sie in unseren Dank nicht einschließen können. In Ihrem Geschäftsbereich liegt zu vieles im Argen, es muss zu vieles kritisiert werden, was ich jetzt auch tun werde.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, auch im Einzelplan 03 A, wie im gesamten Doppelhaushalt, wird das strategische Ziel der Staatsregierung deutlich: Dieser Doppelhaushalt soll den Boden für die Landtagswahlen 2008 bereiten. Nach den brachialen Einschnitten im Jahre 2004 und dem angeblich ausgeglichenen Haushalt 2006 mit erneuten brutalen Kürzungen und Haushaltstricks kommt jetzt die so genannte Besänftigungsphase. Die Bürgerinnen und Bürger erleben einen leichten Anstieg der Staatsausgaben. Dieser Doppelhaushalt steigt erstmals wieder etwas an und erreicht damit wieder das Niveau des Doppelhaushalts 2003/2004. Dies alles geschieht in der Hoffnung, die Wählerinnen und Wähler mögen sich gnädig stimmen lassen und die Belastungen vergessen, die ihnen vorher auferlegt wurden. So werden wir im Jahr 2008 eine stattliche Anzahl von Beförderungen erleben. Wir werden einen Spatenstich und eine Straßenfreigabe nach der anderen haben, denn das eigentliche Ziel dieses Doppelhaushaltes ist es, die Grundlage für Wohltaten zu schaffen in der Hoffnung, dass dann die haushaltspolitischen Grausamkeiten – wie beispielsweise die 42-Stunden-Woche – vergessen werden, die diese Staatsregierung den Beschäftigten auferlegt hat.

Kolleginnen und Kollegen, die wesentliche Funktion eines Haushalts ist aber eine andere. Dieser Einzelplan ist die Grundlage für die innere Verwaltung unseres Landes und für die Sicherheitsbehörden.

Die ist längst nicht so rosig, wie sie zu sein scheint und wie Herr Kollege Winter in seiner Rede deutlich zu machen versucht hat.

Der Haushalt 03 A ist von der fachlich unnötigen und haushaltstechnisch unglaublich kostenrächtigen Poli-

zeiorganisationsreform geprägt. Besser und billiger solle unsere Polizei werden, haben Sie, Herr Innenminister Dr. Beckstein, ursprünglich gesagt. Sie haben inzwischen gemerkt, Herr Innenminister, dass der Umbau von vier auf drei Stufen nicht zum Nulltarif zu haben ist, sondern ganz im Gegenteil eine teure Angelegenheit ist und weiter sein wird.

Sie sprechen jetzt von 70 Millionen Euro. Wir glauben, diese Summe wird nicht ausreichen. Eingangs haben Sie von „besser und billiger“ gesprochen. Jetzt haben Sie das schon relativiert. Jetzt sagen Sie nur noch: „besser und effizienter“.

Wir sind nach wie vor der Meinung – das will ich auch hier deutlich machen – : In Wahrheit gibt es bei der Polizeiorganisationsreform nach wie vor vier Stufen, nur unter anderem Namen. Zum Beispiel sind die Einsatzabschnitte in Mittelfranken eine vierte Ebene zwischen den Präsidien und den Inspektionen. Da können Sie sagen, was Sie wollen.

Ich glaube, heute können wir froh sein, wenn die Polizei gleich gut bleibt und sich die Kosten in Grenzen halten. Sicherlich – auch das müssen wir uns noch einmal vergegenwärtigen – stand am Anfang die einsame Entscheidung des Ministerpräsidenten, fern von jeder Ressortverantwortlichkeit. Sicherlich war sie vor allem von dem politischen Einsparwillen geprägt, nicht von überragender Fachkenntnis. Da musste ein großer Schnitt gemacht werden, nicht weil die Struktur krankte, sondern weil Ministerpräsident Stoiber als Reformers dastehen wollte. Mit der Polizeireform kann er nicht als großer Reformers, sondern eher als großer Murkser dastehen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Winter, Sie hätten Ihren Mut und Ihre Kraft, die Sie gerade zum Ausdruck gebracht haben, nicht für die Umsetzung der Polizeireform, sondern für deren Verhinderung aufwenden sollen. Die erwähnte Polizeireform hat mannigfache Auswirkungen auf diesen Haushalt. Darum spreche ich sie auch so ausführlich an.

Die 42 Millionen Euro, die im Einzelplan 03 A der Polizei nun mehr zur Verfügung gestellt werden, werden von der Reform sicherlich aufgebraucht werden. Ich glaube, dass der Betrag nicht einmal reichen wird.

Zentralisierung der Alarmierung und Dezentralisierung der Einsatzkräfte sollten die Reform kennzeichnen. Auf gut Deutsch: Bündelung der Einsatzleitstellen, weniger Stabsarbeit, dafür mehr Beamte auf die Straße. Wenn Sie so wollen, kann man auch sagen – auch Sie haben es so genannt, Herr Minister –: weniger Häuptlinge, mehr Indiner.

(Beifall bei der SPD)

Wenn das nur so wäre! Dann hätten wir vielleicht genügend Personal, um zum Beispiel auch im hintersten Winkel des Landkreises Dachau die öffentliche Sicherheit ausschließlich durch Polizeikräfte gewährleisten zu können. Dann würden sich die Kommunen vielleicht wirk-

lich darauf beschränken können, ihr Hausrecht mit der Hilfe privater Sicherheitsdienste durchzusetzen und die Einhaltung kommunaler Satzungen durch Private überprüfen zu lassen, statt, wie sie es jetzt tun müssen, Schutz vor Vandalismus, Pöbeleien und Ähnlichem zu suchen. Dann hätten wir in den Landkreisen vielleicht auch mehr Streifen draußen in der Nacht. Aber im Bereich der Polizeiinspektion Neustadt an der Aisch und in vielen anderen Inspektionen ist es zum Beispiel der Fall, dass wir nachts nur eine oder zwei Streifen zur Verfügung haben.

Von den rechnerisch angeblich 600 frei werdenden Stellen werden 180 vom Finanzminister eingezogen. Es verbleiben 420 Stellen für die Stärkung der Inspektionen. Wo diese allerdings angekommen sind, konnte mir bisher niemand erklären. Die Einstellung von Polizeianwärtern bleibt in den nächsten Jahren deutlich hinter den Pensionseintritten zurück. Das wissen wir alle. Wir entfernen uns also immer mehr von dem Höchststand des Personals, von dem Sie, Herr Minister Beckstein, immer wieder gern reden. Den Höchststand haben wir längst verlassen. Ich glaube auch, dass er kein alleiniger Maßstab für die Qualität von Polizeiarbeit ist. Ich meine, dass das Verhältnis von Personal und Aufgaben hier ebenfalls berücksichtigt werden muss.

Wie wir wissen, war der Aufgabenzuwachs bei der Polizei enorm. Denken wir nur an die vielen zusätzlichen Aufgaben wie diese: Kontaktbeamte für Stadtteile und Schulen, Beratungsdienste für Senioren, Bekämpfung der internationalen und der organisierten Kriminalität und vieles mehr.

Wenn Sie einen Maßstab anlegen wollen, dann könnten Sie vielleicht das Verhältnis der bei der Polizei Beschäftigten pro Einwohner nehmen. Aber damit liegt Bayern – das haben Sie, Herr Minister Beckstein, selber eingestanden – nicht an der Spitze. Bayern liegt hier auf Platz vier, und zwar – man höre und staune – hinter drei ostdeutschen Bundesländern, nämlich hinter Brandenburg, Sachsen und Thüringen. So sieht es mit der Personalstärke in Bayern aus.

Was ist mit den durch die Polizeireform angeblich frei werdenden 500 Stellen, die den Inspektionen zugute kommen sollen? In Unterfranken, wo der Versuch bereits über ein Jahr läuft, hat sich gezeigt: Die zentrale Alarmierung ist deutlich personalintensiver als das frühere System. In der neuen Einsatzzentrale in Würzburg sind insgesamt 15 Stellen mehr erforderlich als vorher, dezentraler und zentraler Einsatz zusammengenommen. In den Inspektionen ist es mitnichten so, dass alle Beamte zu den Einsätzen hinausfahren könnten. Vielmehr nehmen sie die Notrufe, die bei der Einsatzzentrale ankommen, an und geben die Alarmierung an die Einsatzfahrzeuge weiter. Also sitzen nach wie vor Beamte am Funk in den Inspektionen, die man zu der gestiegenen Personalstärke in den Einsatzzentralen noch hinzuzählen muss. Da ist es kein Wunder, wenn auf der Straße nicht mehr Beamte angekommen sind.

Übrigens hat die Polizeireform auch zu Stellenhebungen bei den Präsidenten und ihren Stellvertretern geführt. Auch das zählt zu den Personalkostensteigerungen, die

die Polizeireform im Bereich dieses Einzelplans verursacht hat. Die SPD-Fraktion hätte auf diese Hebungen gern verzichtet und stattdessen mehr Beförderungsmöglichkeiten befürwortet.

(Zuruf von der CSU: Sie haben doch zugestimmt!)

- Die Kritik an diesen Hebungen ist nach wie vor berechtigt, vor allem auch, weil die Beförderungen im mittleren und höheren Bereich nicht so, wie wir es gefordert hatten, gleichermaßen erfolgt sind.

Die Polizeireform hat nicht nur Auswirkungen auf die Personalausgaben. Auch die sächlichen Aufgaben steigen aufgrund der Reform. Das fängt an mit dem Bau der neuen Präsidien. Ich erinnere an den Bau der neuen Präsidien in Schwaben, Oberbayern und Niederbayern, an den Bau der Einsatzzentralen und an vieles mehr.

Was heißt das konkret für andere Haushaltstitel? Das heißt, dass die 70 Millionen Euro, die die Polizeireform kosten wird, nicht für andere Maßnahmen zur Verfügung stehen, zum Beispiel für die dringend nötige Sanierung von Polizeidienststellen oder etwa der Schießanlage der Bereitschaftspolizei in Nürnberg. Die Mittel stehen nicht für notwendige Dienstfahrzeuge zur Verfügung, auch nicht für funktionierende Computersoftware.

Unser Hauptproblem im Bereich der Polizei und unseres Haushalts 03 A ist demnach die Polizeireform. Die Reform ist für Haushaltsumschichtungen zulasten von Aufgabenerfüllungen an der Basis ursächlich. Obendrein haben Sie, Herr Minister Beckstein, die Reform in Mittel- und Unterfranken nach Gutsherrenart durchgepeitscht und damit viele engagierte Beamte verprellt und die Motivation der Beschäftigten nicht gerade gesteigert.

(Beifall bei der SPD)

Sie, Herr Minister Dr. Beckstein, haben Maulkörbe verteilt, einen Polizeiführer als „Versager“ beschimpft und ganz nebenbei bei der Reform auch noch die Zahl der Personalräte eingedampft.

So vieles, Kolleginnen und Kollegen, bräuchten unsere Beamtinnen und Beamten vor Ort doch viel dringender als diese Umstrukturierung: ein endlich funktionierendes Dienstplanungssystem per Computer – dass die langwierige Einrichtung von Diplaz eine einzige Pleite war, räumen Sie inzwischen ein –, aber auch neue Dienstfahrzeuge, um nur zwei Beispiele zu nennen. Vor allem bräuchten wir aber Beamtinnen und Beamte, die eine gerechte Entlohnung für ihre erfolgreiche und motivierte Arbeit bekommen. Vier Jahre Wartezeit sollen planmäßig eigentlich zwischen der Beförderung der Polizeiobermeister zu Polizeihauptmeistern liegen, also zwischen der Beförderung von der Besoldungsgruppe A 8 zur Besoldungsgruppe A 9. Im Bereich des Polizeipräsidiums Mittelfranken zum Beispiel warten zum Stichtag 1. Oktober 2006 insgesamt 219 Polizeiobermeister auf eben diese Beförderung. All diese Beamtinnen und Beamten erfüllen die Voraussetzungen

für eine sofortige Beförderung. Die Planstellen sind das Einzige, was fehlt.

(Manfred Ach (CSU): Es besteht aber kein Anspruch, das wissen Sie!)

Deshalb haben wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten beantragt, die Stellen der Besoldungsgruppe A 9 zu schaffen, die notwendig sind, um die Stellenobergrenzen des mittleren Dienstes von 70 von 100 vollständig auszuschöpfen.

Zur gerechten Entlohnung gehört zweitens ein Ausgleich für den Schichtdienst, der diese Bezeichnung tatsächlich verdient. Zwei Tage, wie Sie sie jetzt angekündigt haben und durchsetzen wollen, sind besser als nichts,

(Manfred Ach (CSU): Zu bestehenden vier!)

aber Sie wissen auch, was vor der 42-Stunden-Woche war. Da fehlen immer noch fünf Tage, wenn Sie zwei zugeben. Hier ist eine Nachbesserung notwendig.

Kolleginnen und Kollegen, die Verwirklichung der vorgebrachten Forderungen wäre ein wirklich großer Gewinn für die Motivation der Beamtinnen und Beamten, eine Anerkennung für deren Arbeit und für ihre Familien. Mit Urlaub, ohne irgendeine Neiddebatte anstoßen zu wollen, das wäre – ich habe es schon gesagt – wichtiger als die Schaffung zusätzlicher Polizeipräsidenten- und -vizepräsidentenstellen sowie deren Höhergruppierung.

(Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, ich fasse zusammen: Sie stellen einen Haushalt auf, in dem zur Vorbereitung der Wahlen 2008 kleine Ausgabenmehrungen enthalten sind. Die Steigerung der Sachausgaben um 42 Millionen Euro kann den Investitionsstau nicht auflösen, den insbesondere die fachlich unnötige Polizeireform ausgelöst und verschlimmert hat. Dieser Haushalt 3 A ist kein Haushalt im Interesse der bayerischen Polizei, das Gegenteil ist der Fall.

Ich will schließen mit einer Bewertung Ihrer Arbeit, Herr Minister Dr. Beckstein, durch die Deutsche Polizeigewerkschaft, der wir uns seitens der SPD nur anschließen können. Die Deutsche Polizeigewerkschaft hat Ihnen ein Zwischenzeugnis ausgestellt, in dem folgender Satz zu lesen ist:

Die Staatsregierung sollte sich mehr um eine gute Bewältigung der Herausforderungen bemühen als um eine geschönte Darstellung in der Öffentlichkeit. Mit den bisher gezeigten Leistungen der Staatsregierung ist das Klassenziel „sicherstes Bundesland“ nicht zu erreichen.

(Manfred Ach (CSU): Stammt das von Herrn Schneider?)

Ein Aufrücken zum Marktführer der inneren Sicherheit ist gefährdet.

Dem ist nichts hinzuzufügen.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Kamm.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Das Interesse der Medienvertreter an diesem Tagesordnungspunkt ist offenbar nicht sehr groß. Das mag aber vielleicht auch daran liegen, dass die verschiedenen Möglichkeiten des Parlaments, auf die Innenpolitik gestaltend über den Haushaltsplan einzuwirken, nicht sehr groß ist. Ich bedauere außerordentlich, dass es wegen der vielfältigen gegenseitigen Deckungsvermerke kaum möglich ist, in einzelnen Bereichen zu steuern und zu sagen: Hier sollte mehr gemacht werden und dort sollte weniger gemacht werden. Ich würde mir wünschen, dass das Parlament hier mehr Möglichkeiten hätte.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, das Verhältnis von vorbeugender Prävention und nachgelagerter polizeilicher Arbeit gerät immer mehr in Schieflage. Die Eingriffe in die Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger werden immer mehr ausgeweitet, ohne dass sich unsere Sicherheitssituation verbessert, im Gegenteil. Letztes Beispiel: Angesichts der schlimmen Amokläufe ehemaliger Schüler und einiger Trittbrettfahrer werden als Lösungsvorschläge aus dem Innenministerium Verbote von Killerspielen und mehr Internetrecherche der Polizei bis hin zum Ausspähen und Auslesen privater Computerinhalte durch eine spezielle Hacker-Software diskutiert. Mit solch dubiosen und keineswegs mit der Verfassung in Einklang stehenden Vorschlägen werden Sie dem Problem nicht gerecht. Wir kritisieren, dass auf Verbrechen stets mit Aktionismus und Schnellschüssen reagiert wird und damit bei der Bevölkerung eher weniger denn mehr Sicherheitsgefühl entsteht.

Sie fordern Verbote; mehr Kompetenz im Umgang mit Medien wäre jedoch wichtiger. Zudem, so auch die Vertreter des Berliner Instituts für Gewaltprävention und angewandte Kriminologie in der Zeitung der Gewerkschaft der Polizei – GdP –, müsse jede einfache Antwort auf die komplexe Entstehung von Gewalt durch die Rolle der Medien als unseriös betrachtet werden.

Wichtig ist, insgesamt das soziale Umfeld des Spielers zu betrachten. Während ungeklärt ist, welche Rolle Computer und Medien spielen, ist es offensichtlich, dass das Gefühl eines Jugendlichen, in ein funktionsfähiges soziales Beziehungssystem eingebunden zu sein, in hohem Maße gewaltpräventiv ist. In allen Fällen schwerer Gewalttaten durch Jugendliche lag ein funktionsfähiges soziales Band nicht vor.

Welche Lösungen bietet uns dieser Doppelhaushalt? Die Mittel in der Jugendarbeit wurden 2004 empfindlich gekürzt und seither kaum wesentlich erhöht. Morgen werden wir die Zahl der Schulsozialarbeiter gerade mal um 39 in dem einen und um 32 in dem anderen Jahr erhöhen und damit letztendlich die absolute Mehrheit unserer Schulen nach wie vor ohne Schulsozialar-

beit belassen, obwohl die Schulsozialarbeit Schülern in Konfliktsituationen helfen könnte und in höchstem Maße präventiv wäre.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Besonders eifrig ausgebaut werden soll die Videoüberwachung, obwohl Videoüberwachung gerade nicht, wie das Beispiel England zeigt, Terroranschläge verhindern kann und geradezu skurril wirkt in einem Land, in dem immer mehr Bahnhöfe ohne Aufsichtspersonal und Schalterbeamten sein werden und Züge ohne Schaffner verkehren sollen.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Musterknabe will Bayern auch sein bei der Einstellung von Datensätzen in die bundesweite DNA-Bank. Als erstes Bundesland hat Bayern bereits die Schwelle von 100 000 dort eingestellten DNA-Sätzen übersprungen, obwohl mittlerweile dort insgesamt nur 443 000 Datensätze gelagert sind.

In diesem Jahr hat Bayern schon 17 000 neue Datensätze geliefert; jedes Jahr kommen weitere 90 hinzu. Da fragt man sich natürlich, was da alles geliefert wird. Wenn man die bayerische Kriminalstatistik liest, wundert man sich. 2005 gab es in Bayern 357 Tötungsdelikte, 1036 Vergewaltigungsdelikte und 3200 Raubüberfälle inklusive Handtaschenraub, Wohnungseinbrüche usw. Man fragt sich natürlich schon, welche DNA-Daten von welchen Tätern dort eingestellt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch beim Kampf gegen den Rechtsextremismus fließen nur spärliche Mittel in Vorsorgeprojekte und in die Kinder- und Jugendarbeit. Es ist eine sträfliche Vernachlässigung dieses wichtigen Themas unserer inneren Sicherheit. Wir fordern deshalb, dass endlich mehr Jugend- und Bildungsarbeit geleistet wird.

Wir haben in den Anträgen, die Ihnen vorliegen, auch Anträge zur Schließung der Rückführungsstellen gestellt. Mit den zentralen Rückführungsstellen werden nur überflüssige Parallelstrukturen geschaffen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese Aufgaben werden bereits durch die Ausländerbehörden erfüllt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nicht nachvollziehen können wir auch die Tatsache, dass trotz gesunkener Asylbewerberzahlen die Mittel bei der Abschiebehafte erheblich aufgestockt werden. Viele Menschen, die wegen der schlimmen Situation in ihrem Heimatland überhaupt nicht abgeschoben werden können, werden trotzdem über Monate hinweg in Abschiebehafte genommen. Sie, meine Damen und Herren, ignorieren damit die Situation der betroffenen Menschen in ihren Heimatländern und verhöhnen sie auch noch, wenn

Sie im Haushaltsausschuss behaupten, die Menschen, die in Abschiebehafte sind, könnten ja auch ausreisen. Das ist inhuman und zynisch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Beckstein, werte Kolleginnen und Kollegen von der CSU, Ihr Sicherheitsbegriff ist zu eng. Sicherheit ist in erster Linie auch die Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort, und Sicherheit ist letztendlich auch die Klimaschutzpolitik sowie der Schutz vor Katastrophen, auch vor Naturkatastrophen. Sicherheitspolitik ist auch Friedenspolitik, denn in den Ländern, in denen die Staatsstrukturen verfallen, drohen nicht nur schlimmste Zustände für die Menschen, die dort leben müssen, sondern diese Länder sind auch Rückzugsräume für Terroristen. Friedenspolitik ist daher auch Sicherheitspolitik. Und Sicherheitspolitik ist nicht – wie Sie immer fordern – der Einsatz der Bundeswehr im Inneren. Wir sind für die Beibehaltung der vorgesehenen Trennung; diese ist sinnvoll.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sicherheitspolitik ist auch eine sachgerechte Ausstattung der Polizei. Es ist zu begrüßen, dass mit diesem Doppelhaushalt die Sachmittel für die IT- und Software deutlich aufgestockt werden, zumal derzeit über ein Viertel der Polizeicomputer älter als fünf Jahre ist.

Der größte Anstieg der Ausgaben dieses Haushalts ist aber zurückzuführen auf die Einführung des Digitalfunks. Wünschenswert wäre hier eine baldige Umstellung sowohl aus Sicherheits- als auch aus Kostengründen, weil es natürlich sinnvoll ist, gleich zu Beginn des Aufbaus neuer Leitstellen über den Digitalfunk zu verfügen.

Leider haben die Innenminister jahrelang die Einführung verzögert. Der ehemalige Bundesinnenminister Otto Schily hat bei den Entscheidungen zur Beschaffung des Digitalfunks die europäischen Ausschreibungsrichtlinien außer Kraft gesetzt. Schily hat zudem den Anschein erweckt, er habe einen Vertrag mit der Bahn geschlossen, aber es gab keinen Vertrag, sondern lediglich eine Zusage ohne Preisverhandlungen an die DB Telematik. Es drohen nun massive Folgen, und der Preis von 4,5 oder 5,1 oder 5,7 Milliarden Euro, der derzeit in der Diskussion steht, ist wirtschaftlich weder nachvollziehbar noch gerechtfertigt. Es ist auch völlig unklar, ob der dort erarbeitete Mindeststandard ausreicht, und selbst dieser ist nicht sichergestellt. Zumindes wird auf Bundesebene diskutiert, ob man in bestimmten Bereichen auf eine entsprechende Erreichbarkeit beim Digitalfunk verzichten kann, wie beispielsweise in Naturschutzgebieten oder aber auch in Gebäuden.

Herr Beckstein, ich erwarte, dass Sie nicht lediglich sagen, Sie wollten sich auf die Rolle des bayerischen Innenministers zurückziehen und dieses Debakel letztendlich nach Berlin schieben, sondern ich erwarte, dass Sie, wie in anderen Fragen, mit Ihren Innenministerkollegen dafür sorgen, dass es bald zur funktionsfähigen Einführung des Digitalfunks kommt. Ich erwarte, dass auch in Bayern die Hausaufgaben gemacht werden. So

ist zum Beispiel noch nicht klar, ob die Kosten für die Digitalfunkeinführung bei den Rettungsorganisationen kommunalisiert werden sollen. Findige Juristen wollen die Umstellung des Funks der Rettungsorganisationen zur freiwilligen Aufgabe umdefinieren und das Konnexitätsprinzip außer Kraft setzen. Wenn, dann brauchen wir aber die Einführung des Digitalfunks generell.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich komme zum Stellenplan. Hierzu hat meine Kollegin Schmitt-Bussinger schon einiges gesagt. Es sind im Wesentlichen die B-Stellen, also die hohen Stellen, ausgeweitet worden. Wir haben einen Antrag auf Anhebung auch der Stellen im unteren Bereich gestellt und auf Minderung des Beförderungsstaus gerade in diesem Bereich. Darüber hinaus haben wir einen Antrag zur deutlichen Steigerung der Einstellungsquoten für Polizeianwärter gestellt. Ich bitte um Zustimmung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Kollege Winter, Sie haben sich vorhin für die Polizeireform stark gemacht. Ich glaube allerdings, dass Sie sich noch nicht ausreichend mit der Frage auseinandergesetzt haben, was diese Polizeireform tatsächlich in den Bereichen bedeuten würde, in denen beispielsweise – wie in Schwaben – die Polizeipräsidien getrennt werden sollen. Hier werden insbesondere die Stabsstellen gedoppelt und es werden auf dieser Ebene mehr Stellen geschaffen, statt Polizeistellen, die die Arbeit vor Ort leisten sollen, zu schaffen. Hier wird ein Präsidium mit der Folge geteilt, dass letzten Endes im Katastrophenfall eine Einsatzleitung ihre Arbeit beispielsweise für das Atomkraftwerk Gundremmingen im weit entfernten Kempten bewältigen müsste. Dies kann nicht in Ihrem Sicherheitsinteresse sein und ich bitte Sie deshalb: Kümmern Sie sich darum, dass diese Polizeireform so, wie sie angedacht ist, nicht umgesetzt wird, sondern dass die Weichen anders gestellt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Redezeit schreitet fort, aber ich komme trotzdem noch kurz zur Städtebauförderung und zur Wohnbauförderung. Es ist zu bedauern, dass die Städtebauförderung und die Wohnbauförderung eine stetige Kürzung der entsprechenden Mittel hinnehmen müssen. Vor zehn Jahren sind im Haushalt noch über 500 Millionen Euro für die Wohnungsbau- und die Städtebauförderung veranschlagt gewesen; jetzt geht die Förderung trotz einiger kleiner erfreulicher Verbesserungen im Vergleich zum Vorjahr auf etwa die Hälfte dieses Niveaus zurück. Die Städtebauförderung und die Wohnbauförderung sind aber wichtige Aufgaben. Wenn man sie vernachlässigt, wird man in wenigen Jahren vor allem in den Ballungsräumen erhebliche soziale Probleme haben.

Eine weitere wichtige Aufgabe, die hier zu bewältigen ist, ist der Klimaschutz. Beim Klimaschutz können wir überhaupt keine Schwerpunkte bei den in diesem Bereich zu leistenden Tätigkeiten erkennen. Sogar bei der Obersten Baubehörde sollen laut Haushaltsentwurf die Heiz- und Stromkosten von 2004 auf 2008 fast um das Doppelte

ansteigen. Ähnliches gilt für viele andere Bauobjekte im gesamten Bereich der Staatsregierung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nur auf Energieeinsparcontracting-Projekte zu setzen, ist zu wenig. Vielmehr bedarf es überall zur deutlichen Senkung des CO₂-Ausstoßes eines gemeinsamen Bemühens der Gebäudeutzer und der Fachleute.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Klimaschutz kann nicht auf einige Ingenieurbüros delegiert werden; Klimaschutz muss Chefsache werden und erfordert die Anstrengungen aller.

(Beifall der Abgeordneten Maria Scharfenberg (GRÜNE))

Im günstigsten Fall, liebe Kolleginnen und Kollegen, stehen diese deutlich erhöhten Energieansätze den entsprechenden Stellen zur freien Verfügung, für andere Zwecke über entsprechende Deckungsvermerke, im schlechtesten Fall sind sie ein Zeichen dafür, dass nicht einmal im eigenen Bereich Energiesparmöglichkeiten genutzt werden.

Auch bei den erneuerbaren Energien gäbe es wesentlich mehr zu tun. Das Europäische Parlament hält es für realistisch, den Anteil regenerativer Energien an der Energieversorgung auf 25 % zu erhöhen. Hiervon sind wir im Bereich der staatlichen Gebäude noch weit davon entfernt. Hier besteht Handlungsbedarf.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Handlungsbedarf besteht natürlich auch bei der Bestandserhaltung der Staatsgebäude. Der Oberste Rechnungshof hat Ihnen vorgerechnet, dass hier viel zu wenig getan wird, dass die Mittel deutlich erhöht werden müssen und dass die eingestellten Mittel oft auch zweckentfremdet werden. Ich empfinde als Mangel, dass Sie kein Instrument und kein Konzept haben, um bei Bestandserhaltung und Energiesparinvestitionen den Handlungsbedarf in den entsprechenden Fachbereichen anzugehen und umzusetzen. Konzepte, aber auch Einwirkungsmöglichkeiten fehlen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin, Ihre Redezeit. Schauen Sie bitte etwas auf die Uhr.

Christine Kamm (GRÜNE): Noch drei Sätze.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Alles klar.

Christine Kamm (GRÜNE): Der Oberste Rechnungshof hat auch deutliche Worte zu Ihren Public-Private-Partnership-Projekten gefunden. Er hat bis jetzt noch nicht feststellen können, dass sich Kosteneinsparmöglichkeiten eröffnet hätten. Er sagt, dass Projekte, deren Ziel lediglich ist, eine andere Form der Kreditfinanzierung zu finden, nicht weiter verfolgt werden sollten.

Kommen wir zu den Staatsstraßen. Bayern wächst nicht mehr. Die Bevölkerung in Bayern wächst nicht mehr. Die Frage ist, weshalb beim Staatsstraßenbau dennoch in diesem Umfang aufgesattelt werden muss. Außerdem möchte ich Sie auf unseren Antrag verweisen, den wir zu den Radwegen gestellt haben. Hier bestünde noch deutlicher Handlungsbedarf. Ich bitte Sie um Zustimmung, um etwas mehr für die Radfahrer zu tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Ich bitte die Frau Schriftführerin festzuhalten, wie großzügig ich jetzt wieder mit der Redezeit umgegangen bin.

Herr Kollege Schramm, bitte.

Henry Schramm (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, lieber Herr Staatsminister Dr. Günther Beckstein, Herr Staatssekretär Schmid, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Doppelhaushalt 2007/2008 wird wieder ein deutliches Signal zur Steigerung der inneren Sicherheit in unserem Freistaat Bayern gesetzt.

(Zurufe von den GRÜNEN)

– Hören Sie doch zunächst einmal zu.

(Beifall bei der CSU)

An der Erhöhung von 41,2 Millionen Euro, davon 20,6 Millionen Euro im Haushaltsjahr 2007 und 20,6 Millionen Euro im Haushaltsjahr 2008, wird eigentlich für jedermann erkennbar, wie wichtig das Thema Sicherheit bei uns in Bayern genommen wird. Bayern ist das sicherste Bundesland, und so soll es nach dem Willen der CSU auch bleiben.

Fast 10 Millionen Euro werden allein die Mehrausgaben bei der IuK-Technik ausmachen – diese haben wir auch veranschlagt. Moderne Kommunikationsformen sind unverzichtbar. Vor allem mit der Einführung der neuen Einsatzzentralen gibt es Handlungsbedarf, dem man mit der Aufstockung der Mittel auch gerecht wird. Ein Teil dieses Geldes stammt aus dem Programm „Investieren in Bayerns Zukunft“, aus dem die Polizei bereits insgesamt 20,6 Millionen Euro zur Stärkung ihres Sachmittelhaushaltes erhalten hat. Mit dem erhöhten Mittelansatz sind weitere Beschaffungen und Projekte sowie der teilweise Ersatz der von Ihnen angesprochenen PCs möglich, die über fünf Jahre alt sind. Insgesamt haben wir bei der bayerischen Polizei 19 000 PCs. Weiter sind die Einführung biometrischer Verfahren, zum Beispiel Lesegeräte für elektronisch lesbare Pässe, neue Hard- und Software für die Kriminalstatistik und vieles andere mehr möglich.

Aus der Polizeireform ergeben sich Synergiegewinne. Planstellen – das ist auch unbestritten – werden nur zu einem geringen Teil eingespart. 420 aus dieser Reform gewonnene Stellen verbleiben bei der Polizei und werden für schutz- und kriminalpolizeiliche Basisarbeit wie den

Kriminaldauerdienst oder zur Verstärkung der Polizeinspektionen verwendet.

Frau Kollegin Schmitt-Bussinger, man muss doch zunächst einmal abwarten. Die Reform ist jetzt erst ange laufen; sie ist überhaupt noch nicht umgesetzt. Wenn sie umgesetzt ist, empfehle ich Ihnen, eine Bilanz zu ziehen.

Durch die Zentralisierung der Notruf- und Alarmierungstechnik bei den neuen Einsatzzentralen werden die Polizeiinspektionen entlastet. Dadurch wird Arbeitskapazität für die polizeiliche Basisarbeit freigesetzt. Mit dem künftigen dreistufigen Organisationsaufbau werden außerdem die Verwaltungsabläufe gestrafft und die Entscheidungswege verkürzt. Die Verantwortung der Inspektionsebene wird deutlich gestärkt.

Eine Modernisierung der bisher 29 Einsatzzentralen bei der Polizei mit der erforderlichen neuen Einsatztechnik hätte einen wesentlich höheren Finanzbedarf erfordert als für die nun 10 zentralisierten Einsatzzentralen. Wir wenden jetzt 30 Millionen Euro auf. Wenn wir das für 29 hätten machen müssen, hätten wir über 130 Millionen Euro gebraucht. In der jetzigen Haushaltslage wäre das nicht zu finanzieren gewesen.

Weitere 17 Millionen Euro Erhöhung können zum Ausgleich von Preissteigerungen wie Umsatzsteuererhöhung, Treibstoff und Energie verwendet werden. Im Haushaltsentwurf 2007/2008 kommen weitere 75 Millionen Euro – das hat Kollege Winter auch angesprochen – Ausgabemittel pro Jahr sowie eine Verpflichtungsermächtigung im Jahre 2007 über 492 Millionen Euro für die Einrichtung und den Betrieb des BOS-Digitalfunks hinzu. Nach der der Veranschlagung zugrundeliegenden Kostenschätzung aus dem Jahre 2005 beläuft sich der Anteil des Freistaates Bayern für den Aufbau des Digitalfunks bis zum Jahre 2010 und den Betrieb bis 2020 auf immerhin 567 Millionen Euro. In den Schätzkosten sind die Investitionskosten für die Systemtechnik in Höhe von 170,6 Millionen Euro sowie die Betriebskosten bis 2020 in Höhe von 347 Millionen Euro enthalten. Das heißt: Wir wenden ab dem Jahr 2009 jährlich 27 Millionen Euro dafür auf.

Die vom Freistaat Bayern zu tragenden Kosten für Leitstellen und für Endgeräte, für deren Installation sowie für den Abbau und die Entsorgung der Analogausstattung bei Polizei, Bergwacht, Wasserwacht und Katastrophenschutz in Höhe von 48,5 Millionen Euro sind dabei auch berücksichtigt. Bayern soll zu den Starter-Ländern des BOS-Digitalfunks gehören. In diesem Doppelhaushalt werden dafür die notwendigen finanziellen Rahmenbedingungen geschaffen.

Bayern – dazu stehe ich, Frau Kollegin Kamm – ist Marktführer bei der inneren Sicherheit.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben die niedrigste Kriminalitätsbelastung, und wir haben vor allem die höchste Aufklärungsquote. Das müssen Sie, ob Sie wollen oder nicht, einfach zur Kenntnis nehmen.

Die DNA-Analyse ist der Fingerabdruck des 21. Jahrhunderts. Sie ist die erfolgversprechendste kriminaltechnische Methode der letzten Jahrzehnte.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Welnhöfer?

Henry Schramm (CSU): Immer.

Peter Welnhöfer (CSU): Herr Kollege, könnten Sie etwas langsamer sprechen, damit ich Sie besser verstehe und damit Ihr oberfränkischer Kollege Sie besser fotografieren kann?

(Heiterkeit)

Henry Schramm (CSU): Herr Kollege Welnhöfer, das könnte ich natürlich, aber ich habe nur siebeneinhalb Minuten. Ich habe mich auf meine heutige letzte Rede in diesem Parlament ordentlich vorbereitet und möchte Ihnen mein Wissen weitergeben. Ich werde mich aber bemühen.

(Beifall bei der CSU)

Die DNA-Analyse ist, wie gesagt, ein unverzichtbares Instrument. Wir stellen im nächsten Doppelhaushalt noch einmal 3,5 Millionen Euro dafür bereit.

Die Schleierfahndung, verdachts- und ereignisunabhängige Kontrollen, ist außerordentlich erfolgreich bei der Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität. Ihre Verfassungsmäßigkeit wurde höchstrichterlich bestätigt. Durch den Einsatz automatisierter Kennzeichenerkennungssysteme wird die Effektivität weiter gesteigert. Auch hierfür werden mehr Mittel bereitgestellt. Für die automatisierte Kennzeichenerkennung haben wir die gesetzlichen Grundlagen geschaffen. Wir haben unserer Polizei bei der Bekämpfung der Kriminalität eben keine Fesseln angelegt, sondern wir haben die Regelungen durchgesetzt, damit optimale Verbrechensbekämpfung auch in Zukunft möglich ist.

Im Bereich der Einzelpläne 03 A und 03 B haben wir fast 50 000 Beschäftigte.

All diesen Menschen muss und will ich ein herzliches Dankeschön für die geleistete hervorragende Arbeit sagen. In diesen Dank schließe ich auch die vielen Ehrenamtlichen der Rettungsdienste, der Feuerwehren und der weiteren Organisationen ein. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sagen aber nicht nur Dank, sondern werden auch in Zukunft verlässliche Partner sein.

Lieber Staatsminister Günther Beckstein, ein herzliches Dankeschön auch an Dich. Du bist in Bayern der Garant für innere Sicherheit. Ich sage es ganz ehrlich: Deutschland hätte Dich verdient, doch wir sind sehr froh, dass wir Dich haben.

(Beifall bei der CSU)

Danke schön auch an Dich, lieber Georg Schmid. Als Landesvorsitzender des Arbeitskreises – AK – „Innere Sicherheit“ hast Du immer wieder großen Einsatz gezeigt, wenn es um die Belange der Polizei ging. Auch die Kolleginnen und Kollegen danken Dir sehr herzlich dafür.

(Beifall bei der CSU)

Stellvertretend für alle Polizeibeamten möchte ich mich auch bei Herrn Ministerialdirigent Kindler und seiner gesamten Mannschaft bedanken. Wir wollen, dass unsere Polizistinnen und Polizisten ihren Dienst in einem Gefühl der Sicherheit erfüllen können. Deshalb ist es gut, dass es mehr Geld für die Erneuerung und den Austausch der Unterziehwesten gibt. Dafür werden weitere Millionenbeträge bereitgestellt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, reden Sie nicht immer die Polizeireform schlecht. Vorher war auch nicht alles in Ordnung. Es gab zum Beispiel unterschiedlich große Direktionen. Jetzt versuchen wir eine Verschlinkung und kehren damit von einem vierstufigen zu einem dreistufigen Aufbau zurück. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wichtig ist, dass dort, wo bisher Polizei vorhanden war, auch zukünftig Polizei sein wird.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Fragen Sie einmal in Ihren Stimmkreisen nach, ob jemand weiß, wo die Direktion und das Präsidium sind. Für die Menschen ist wichtig, dass dort, wo ihre Inspektion ist, auch zukünftig die Inspektion sein wird. Das ist bei der Polizeireform, wie wir sie im Freistaat Bayern durchführen, gewährleistet. Sicherheit ist Lebensqualität. Was das bedeutet, werden viele erst merken, wenn diese Sicherheit einmal nicht mehr vorhanden ist.

Liebe Frau Kollegin Schmitt-Bussinger. Sie haben heute die Polizeireform schlechtgeredet. Ich frage mich, warum wir von den Wählerinnen und Wählern immer wieder das Vertrauen bekommen und nicht Sie.

(Helga Schmitt-Bussinger (SPD): Noch!)

Gibt Ihnen das nicht zu denken?

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, besonders erfreulich ist die Tatsache, dass es gelungen ist, in einer finanziell angespannten Situation zwei zusätzliche freie Tage für unsere Schichtdienstleistenden bei der Polizei und bei der Justiz zu bekommen. Ein Tag wird zum 1. Januar 2007 und ein weiterer Tag zum 1. Januar 2008 gewährt. Die Gestaltung und Berechnung dieser freien Tage wurde auch mit den Berufsvertretungen von Polizei und Justiz abgestimmt. Man kann immer mehr fordern, vor allem dann, wenn man nicht in die Gefahr gerät, das, was man gefordert hat, auch umsetzen zu müssen. Alles, was ausgegeben wird, muss auch erwirtschaftet werden. Auf Dauer kann man nur das ausgeben, was man einnimmt.

Ihre Anträge hätten Mehrkosten in Höhe von 52 Millionen Euro verursacht. Dafür war keine Deckung vorhanden.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Und ob!)

Herr Maget hat vorhin gesagt, 2005 sei das Jahr mit dem höchsten Schuldenstand in Bayern gewesen. Er hat deshalb den Ministerpräsidenten kritisiert. Ihre Anträge gehen jedoch in eine ganz andere Richtung.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Wir haben Deckungsvorschläge vorgelegt! Die haben euch aber nicht gepasst!)

– Sie müssen sich einmal entscheiden, was Sie wirklich wollen.

Bayern betreibt auf dem Gebiet der Sicherheit die richtige Politik. Prävention und Repression werden gleichermaßen betont. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Herausforderungen werden aber auch in der Zukunft nicht einfacher werden. Zu Ihren Änderungsanträgen bleibt zu sagen, dass wir sie nicht mittragen werden. 9000 Beförderungen können durchgeführt werden. Dies ist angesichts der finanziellen Herausforderungen eine beachtliche Zahl. Ein Antrag der Fraktion der GRÜNEN ist aber dennoch bemerkenswert: Sie fordern Polizei vor Ort statt Sicherheitswacht. Liebe Frau Kollegin Kamm, wie oft haben wir uns darüber unterhalten, dass wir aus Ihrer Sicht zuviel Polizeipräsenz haben? Sie haben im Ausschuss immer gesagt, dass in München bei der Sicherheitskonferenz zu viele Polizeibeamte eingesetzt würden. Jetzt sagen Sie: Wir brauchen mehr Polizei und weniger ehrenamtliches Engagement.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Das ist doch etwas ganz anderes!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir können es Ihnen nicht recht machen und wir wollen es Ihnen auch gar nicht recht machen. Wir wollen es vielmehr richtig machen.

(Beifall bei der CSU)

Besonders enttäuscht war ich von der Aussage des Herrn Kollegen Eike Hallitzky, Mitglieder der Sicherheitswachten hätten sich öfter als Hilfssheriffs geriert. Das waren Einzelfälle. In meiner Heimatstadt Kulmbach gab es sehr viele positive Erfahrungen. Ich bin froh, dass es dort eine Sicherheitswacht gibt. Viele Kolleginnen und Kollegen in den Kommunen sehen das ähnlich. Wir wollen das wichtige Engagement der in der Sicherheitswacht tätigen Mitbürgerinnen und Mitbürger nicht herabwürdigen, sondern uns dafür ausdrücklich bedanken.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Wir halten einmal die Uhr etwas an. Herr Kollege Schramm, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Kollegin Kamm?

Henry Schramm (CSU): Ja.

Christine Kamm (GRÜNE): Herr Kollege Schramm, sehen Sie einen Unterschied zwischen der Rolle der Polizei vor Ort und der Rolle der Polizei, die sich in einer Größenordnung von 4000 Beamten in München bei der Sicherheitskonferenz befunden hat?

Henry Schramm (CSU): Frau Kollegin Kamm, es ist doch ganz klar: Egal an welchem Ort und egal bei welcher Gelegenheit, wir wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger in Bayern in Sicherheit leben können. Das ist unser Ziel. Daran werden wir auch in Zukunft arbeiten.

(Beifall bei der CSU)

Ich habe meine Zeit ein bisschen überzogen. Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Ausschussvorsitzender, dies war meine letzte Rede. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, mich bei Ihnen allen sehr herzlich für die gute Zusammenarbeit, die häufig über die Fraktionsgrenzen hinweg stattfand, zu bedanken. Ich habe in diesem Hohen Haus sehr viele positive Erfahrungen gemacht. Ich war stolz darauf, meine Region hier vertreten zu dürfen. Ich bedanke mich ganz herzlich bei Ihnen allen, besonders bei meinem Ausschussvorsitzenden, Herrn Dr. Jakob Kreidl, bei der AK-Vorsitzenden Ursula Männle sowie bei meinen oberfränkischen Kollegen. Ich wünsche Ihnen weiterhin viel Kraft und viel Erfolg zum Wohle unseres Freistaates Bayern.

(Allgemeiner Beifall)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Schramm, ich darf mich ganz ganz herzlich bei Ihnen bedanken. Ich möchte aber die Bemerkung machen: Das war Ihre letzte Rede im Hohen Haus. Sie werden in Ihrem neuen Amt sicher noch viele Möglichkeiten haben, Reden zu halten. Ich bedanke mich auch bei Herrn Kollegen Welnhöfer, dass er dem Herrn Kollegen Meissner die Möglichkeit gegeben hat, von diesem Augenblick eine Aufnahme zu machen. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Wörner.

Ludwig Wörner (SPD): Frau Präsidentin, Kollegen und Kolleginnen! Ich darf zunächst ein herzliches Dankeschön an die Oberste Baubehörde – OBB – aussprechen, die es immer wieder versteht, mit dem wenigen, das sie hat, kreativ umzugehen.

(Beifall bei der SPD)

Die OBB hat nur die Möglichkeit, eine Mangelverwaltung zu betreiben. Meine Damen und Herren, wir verwalten Mängel. Hier geht es darum, Altbauten zu erhalten. 99 % unserer bayerischen Bausubstanz sind nun einmal Altbauten. 95 % unserer bayerischen Wohnungsbausubstanz sind in einem Zustand, bei dem wir darüber nachdenken müssen, wie es weitergeht. Wer hier nicht investiert, wer hier kein Geld in die Hand nimmt oder zumindest Fördermittel bereitstellt, die höher als die Mittel sind, die jetzt im Haushalt stehen, zerstört letztlich Hab und Gut. Er zerstört damit auch ein Stück Zukunft.

(Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, wir alle führen die Demografie häufig im Munde und haben sie hoffentlich auch im Hinterkopf. Wer dies weiß und nicht noch mehr als bisher darauf setzt, Altbauten so zu ertüchtigen, dass Menschen ein Leben lang darin wohnen können, wird erleben, dass er nicht soviel Neubau betreiben kann, um für alte Menschen die Wohnverhältnisse zu schaffen, die sie benötigen. Kolleginnen und Kollegen, deshalb ist es wichtig, dass wir über Modellprojekte hinaus die Altbausanierung und die Modernisierung familiengerecht fördern. Wir brauchen ein generationengerechtes Wohnen. Die Unterstützung der Familienmitglieder untereinander muss stärker in den Vordergrund gestellt werden. Zu diesem Thema müsste eigentlich von der CSU mehr kommen.

Wir meinen, es ist dringend notwendig, dafür Sorge zu tragen, dass Familien – nicht in einer Wohnung, sondern getrennt – so nahe wie möglich beieinander wohnen können. Das wird in erster Linie durch die Idee der Genossenschaften gewährleistet. Ich würde mir wünschen, gemeinsam eine Linie zu finden, den Wohnungsbau-gesellschaften und Genossenschaften dieses altengerechte, generationengerechte Wohnen und Sanieren dieses Bestandes mehr als bisher zu ermöglichen und dies zu fördern. Ich nenne ein Beispiel: Nehmen Sie den Zugang zur Wohnung; das ist im Etagenwohnungsbau die entscheidende Frage. Dazu brauche ich einen Lift. Ein Lift schlägt heute bei konventioneller Bauweise als Außenlift mit mindestens 85 Cent pro Quadratmeter zu Buche. Dabei müssen Sie mindestens 50 % der Mittel von dem Betrieb oder der Genossenschaft einstellen. Eine solche Maßnahme hat Mietsteigerungen zur Folge und die tun weh, auch bei Genossenschaftswohnungen. Der nächste Schritt ist, dass die Aufwendungen von den Städten in irgendeiner Form wieder geholt werden, wenn wir die Maßnahmen nicht preisgünstig gestalten können; das könnte über Sozialabgaben in dem Sinne, dass jemandem etwas gegeben werden muss, der Fall sein. Um das zu ersparen, wäre es doch viel günstiger, wir würden einmal helfen, den Wohnungsbestand zu ertüchtigen und dann wäre Ruhe. Dann könnten die Menschen, ohne dass sie zu Bittstellern würden, in den Wohnungen weiterhin wohnen.

Wir glauben daher, dass es notwendig ist, gemeinsam mit Wohlfahrtsverbänden, Selbsthilfeorganisationen, Kommunen und den Genossenschaften ein lebenslanges Wohnen in der gewohnten Umgebung in den Mittelpunkt der Sanierung und des Baugeschehens zu stellen, um zu gewährleisten, dass sich Menschen lebenslang in ihrer gewohnten Umgebung wohl fühlen. Das hat auch etwas mit sozialer Sicherheit zu tun; das hat auch mit Sicherheit generell zu tun.

Wir wollen ein Weiteres: Wir sollten alles daran setzen, Kommunen in die Lage zu versetzen, ihren Bestand nicht verkaufen zu müssen, sondern diesen selbst zu erhalten, wie München das tut. Wir müssen daher dafür Sorge tragen, dass ein sicheres Wohnen in sozialen Umfeldern, die den Menschen entgegenkommen, gewährleistet wird. Wir dürfen nicht den Menschen quasi als neuen Sklaven derer sehen, die Wohnungen einschließlich der Menschen, die darin leben, verkaufen und damit Geschäfte betreiben. Wir – damit meine ich den Freistaat Bayern – sollten mit gutem Beispiel vorangehen und die

Kommunen so stärken, dass sie aus ihren Wohnungsbeständen nichts verkaufen müssen, sondern sie diesen ertüchtigen können. Der Freistaat Bayern soll mit gutem Beispiel vorangehen und seinen Wohnungsbestand in keinem Fall veräußern, sondern selbst sanieren und die Mieten damit so gestalten, dass sie bezahlbar sind, ohne dass Menschen zum Staat laufen und dort Bittsteller werden müssen.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Obermeier.

Thomas Obermeier (CSU): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, man kann es an die Opposition in diesem Hause gerichtet nicht oft genug sagen: Dieser vorgelegte Haushaltsentwurf ist nachhaltig. Betrachtet man die Fachstimmen außerhalb Bayerns, so wird einem das immer wieder bestätigt. Die einzigen, die das immer noch nicht verstehen, sind die Politiker der SPD und der GRÜNEN in Bayern. Ich halte Ihnen aber zugute: Sie sind bei den Finanzen keine Fachpolitiker. Deshalb dauert es bei Ihnen wahrscheinlich etwas länger.

(Beifall bei der CSU)

Dieser ausgeglichene Haushalt zeigt allerdings auch, dass es trotzdem möglich ist, die notwendigen Aufgaben und Investitionen, vor allem beim Staatsstraßenbau, zu erfüllen. Ich verweise hier vor allem auf die 64,5 Millionen bzw. 64 Millionen für den Aus- und Umbau der Straßen, wobei es gelungen ist, ein neues Investitionsprogramm in der Größenordnung von 20 Millionen für den Straßenbau aufzulegen, um die Bürger in die Lage zu versetzen, die Mobilität, die von ihnen gefordert wird, zu erbringen. Für die Bestandserhaltung der Straßen werden pro Jahr 70 Millionen aufgelegt. Auch das entspricht einem Beschluss des Bayerischen Landtags. Auch für die Planung und Bauleitung stehen 25,5 Millionen pro Jahr zur Verfügung. Berücksichtigt man dann noch, dass im Rahmen des Bayerischen Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes – GVFG – eine Erhöhung der Förderung um 5 % ebenfalls in diesem Haus beschlossen wurde, so wird daraus eindeutig ersichtlich, dass wir von unseren Bürgern nicht nur Mobilität fordern, sondern auch die Grundlagen dafür legen, um die Mobilität zu gewährleisten.

Wenn ich schon beim GVFG bin, so muss ich mich kurz den GRÜNEN zuwenden, die sich immer als Hüter der Kommunen darstellen wollen: Wir haben bei den Mitteln für das GVFG eine Erhöhung um 5 % beantragt. Was machen die GRÜNEN? Die GRÜNEN sagen: Wir brauchen die Erhöhung um 5 % nicht. Wir lehnen diese ab. Wir weiten vielmehr die Fördertatbestände aus. – Das hätte zur Folge, dass die Kommunen unter dem Strich weniger bekämen, als sie vor dem Hintergrund der bestehenden Förderung bekommen.

Im Rahmen des Finanzausgleichsgesetzes – FAG –, über welches noch diskutiert wird, wird gefordert, aus dem Kommunalanteil an der Kfz-Steuer 60 Millionen zu entnehmen, um auf diese Weise weniger Ortsumfahrungen zu finanzieren. Jetzt fordern Sie mehr Geld für

die Staatsstraßen. Sie müssen sich überlegen, was Sie wollen. Komplett unverständlich wird es, wenn man die Beschlüsse des GRÜNEN-Bundesparteitages zu einer City-Maut in diese Überlegungen einbezieht. Nach diesen Beschlüssen sieht es so aus: Wir wollen eine City-Maut, die die Autos aus den Städten heraushält, wir wollen weniger Ortsumfahrungen, also die Autos rein in die Städte. – Sie sollten sich überlegen, was Sie wollen. Auf diese Art und Weise werden Sie sicherlich keine Politik für unsere Bürgerinnen und Bürger machen können.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nun darf ich für die Staatsregierung Herrn Staatsminister Dr. Beckstein das Wort erteilen.

Staatsminister Dr. Günther Beckstein (Innenministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst darf ich ein herzliches Dankeschön an Dich, lieber Kollege Georg Winter, und an Dich, lieber Thomas Obermeier, für die Beratung sagen. Ich sage auch einen besonderen Dank an „meinen“ Ausschuss, an den Kollegen Jakob Kreidl und seine Mitglieder, sowie den Kollegen Ach und Kupka. Ich sage in besonderer Weise ein herzliches Dankeschön an den Kollegen Henry Schramm. Es ist natürlich wunderschön, dass er in Kulmbach zum Oberbürgermeister gewählt worden ist, ich gestehe aber: Ich werde ihn persönlich hier im Landtag vermissen.

(Beifall bei der CSU)

Ich sage auch Ihnen, Frau Kollegin Schmitt-Bussinger, und dem Herrn Kollegen Wörner – ich bin da etwas großzügiger als Sie, Frau Schmitt-Bussinger – sowie allen Kolleginnen und Kollegen der Opposition ein herzliches Dankeschön. Ich bin seit über 30 Jahren im Parlament und bin ein leidenschaftlicher Parlamentarier, weil ich von der Grundüberlegung, durch Argument und Gegenargument, durch Rede und Gegenrede der richtigen Lösung ein Stück näher zu kommen, überzeugt bin. Deswegen versuche ich auch aus Ihren Beiträgen die Kritik, soweit ich sie für berechtigt halte, herauszufiltern. Ich werde das nicht immer an die große Glocke hängen, aber ich werde versuchen, bestehende Schwierigkeiten abzustellen, um auf diese Weise – das ist der Sinn des Parlamentarismus – der besten Lösung ein Stück näher zu kommen.

In diesem Sinne auch ein herzliches Dankeschön für Ihre Beratung. Ich werde im Laufe meines Beitrags darauf eingehen.

Frau Kollegin Kamm, Sie haben ausdrücklich im Zusammenhang mit dem Bayerischen Innenministerium die Tätigkeit in der Innenministerkonferenz sowie BOS angesprochen. Ich war in diesem Jahr Vorsitzender der Innenministerkonferenz. Ich denke, dieses Jahr war ein außerordentlich erfolgreiches Jahr für die Innenministerkonferenz. Bei der Frühjahrskonferenz haben wir das schwierige Thema Staatsangehörigkeit zu einem einstimmigen Beschluss gebracht. Bei der Sonderkonferenz haben wir die Antiterrordatei zu einer Einigung gebracht. Bei der Konferenz in Nürnberg haben wir neben den EU-Themen mit dem ersten Besuch eines EU-Kommissars bei einer

Landesinnenministerkonferenz das Bleiberecht zu einer einvernehmlichen Regelung geführt. Ich denke, es waren gute und richtige Konferenzen.

In diesem Zusammenhang sind auch meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in außergewöhnlicher Weise gefordert worden. Ich glaube, wir konnten auf diesen Feldern letztlich Maßstäbe setzen.

Wir haben immer den Anspruch gehabt, Marktführer auf dem Gebiet der inneren Sicherheit zu sein. Sie kennen diesen Ausdruck. Das sind nicht nur Sprüche, sondern wir können es durch Zahlen belegen. Wir haben es im zurückliegenden Jahr bei der Sicherheitskonferenz im Winter, bei der Weltmeisterschaft, beim Papstbesuch und jetzt auch bei den aktuellen Amoklagen gezeigt.

Wir können diese Aussage auch mit der Kriminalstatistik belegen. Wir haben die niedrigste Kriminalitätsbelastung aller Länder und die höchste Aufklärungsquote. Wir können es aber auch mit Inhalten, so zum Beispiel mit der Bekämpfung des islamistischen Terrorismus belegen. Von uns sind die Arbeitsgruppe zur Aufklärung krimineller islamistischer Strukturen – AKIS – und die Arbeitsgruppe „Beschleunigte Identifizierung und Rückführung von Gefährdern aus dem Bereich des islamistischen Terrorismus/Extremismus“ – BIRGiT – gegründet worden, die unter – manchmal anderem Namen – von den meisten anderen Ländern parallel eingerichtet wurden. Wir haben als erstes Land in Deutschland „Cybercops“ eingerichtet und versuchen jetzt, das zu koordinieren. Wir haben auch Maßnahmen wie die automatisierte Kennzeichenerfassung eingeführt, die jetzt übrigens auch auf europäischer Ebene Maßstab wird.

Bei der DNA-Analyse haben wir mit Abstand die meisten Einstellungen. Frau Kollegin Kamm hat es wohl eher kritisch gesehen. Ich sage, es ist ein Riesenerfolg, dass wir mit Abstand die meisten DNA-Sätze in die Datenbanken des Bundeskriminalamts und in die europäischen Datenbanken einstellen, denn damit ist klar, dass bei einem, der in Bayern eine Straftat begeht, die Wahrscheinlichkeit, dass er gefasst wird, in den nächsten Jahren weitaus größer ist, als wenn er in einem anderen Land etwas anstellt. Das baut unsere Marktführerschaft auf dem Gebiet der inneren Sicherheit aus. Dafür, glaube ich, haben wir auch die Voraussetzungen durch diesen Haushalt geschaffen.

Wir brauchen dafür Geld. Wir haben im Verhältnis wenig Geld zur Verfügung. Ich habe mit großem Interesse gehört, was zu Montgelas in seiner Eigenschaft als Finanzminister gesagt wurde, wie es von dir, lieber Georg Winter, angesprochen worden ist. Ich weiß nicht, ob unser Finanzminister deswegen schon die Flucht ergriffen hat. Er hat aber seinen Staatssekretär hier gelassen.

Wir haben knappe Mittel, aber ich glaube, dass wir damit zurande kommen. Wer Geld ohne Ende hat, kann immer alle Schwierigkeiten bestehen. Unsere Aufgabe ist es, mit knappen Ressourcen die beste Arbeit zu leisten. Ich habe es auch gestern beim Weihnachtsempfang für die Mitarbeiter der Polizei gesagt. Unser Anspruch ist, mit knappen Ressourcen beste Arbeit zu liefern. Wir haben dafür die Voraussetzungen geschaffen.

Zunächst zur Personalsituation. Wir haben im Jahr 2006 den höchsten Personalstand gehabt, den die bayerische Polizei jemals hatte. Wir hatten 31 178 Kräfte. Wir werden die Zahl der Beschäftigten in maßvoller Weise in den nächsten Jahren reduzieren. Zum Ende des Doppelhaushaltes schätzen wir, noch 30 879 Beamte zu haben. Das ist eine geringe Reduzierung. Wir haben die 42-Stunden-Woche. Ich bin der Fraktion dafür dankbar, dass wir mit zwei Tagen Zusatzurlaub für besonders belastete Beamte eine Lösung gefunden haben, wie sie von den Berufsvertretungen völlig übereinstimmend gefordert worden ist. Ich glaube, das war eine Initiative der Fraktion. Lieber Jakob Kreidl, lieber Kollege Peterke, ich sage dafür ein besonderes Dankeschön. Das ist aber auch etwas, was von der Polizei akzeptiert wird. Wir haben trotzdem eine Personalstärke, mit der wir die Herausforderungen bewältigen können.

Wir haben Hebungen bei den Planstellen vorgenommen. Frau Kollegin Schmitt-Bussinger, ich bitte um Verständnis dafür, dass ich das richtig stellen muss. Sie haben kritisiert, dass wir nur beim Personal im Bereich der B-Besoldung Hebungen vorgenommen hätten. Das ist eine krasse Fehldarstellung. Wir haben 1880 Hebungen schwerpunktmäßig im mittleren Dienst von A 8 nach A 9 und im gehobenen Dienst von A 10 nach A 11 vorgenommen. Wenn ich davon die Hebungen im Bereich der B-Besoldung abziehe, haben wir immer noch rund 1870 Hebungen. Deswegen können Sie nicht davon sprechen, dass nur im Bereich der B-Besoldung angehoben wird. Das ist eine grobe Verzerrung. So oberflächlich kann man nicht daherreden. Ich meine, Sie sollten das in Zukunft richtig stellen.

(Beifall bei der CSU)

Ich verstehe es auch nicht, weil Sie im Ausschuss den Hebungen ausdrücklich zugestimmt haben. Die SPD hat im Ausschuss auch den Hebungen im Bereich der B-Besoldung zugestimmt. Ich meine, diese Hebungen sind auch richtig. Wir haben Spitzenleute, die eine besondere Verantwortung haben, und die sollen wenigstens so bezahlt werden, wie die Leute in Verwaltungsbehörden auch.

Wir haben ab dieser Woche einen Landespolizeipräsidenten, der gleichzeitig Vorsitzender des Arbeitskreises II der Innenministerkonferenz ist. Herr Kollege Dupper, mir ist gesagt worden, dass Kollege Schieder, der sich zuvor so aufgeregt hat, ausdrücklich hinausgegangen ist, um nicht in Konflikt zu kommen. Dann ist auch seitens der SPD zugestimmt worden. Ich bin gespannt darauf, wie Sie abstimmen. Herr Kindler ist als Person zum Vorsitzenden des Arbeitskreises II der Innenministerkonferenz gewählt worden. Damit ist unbestritten, dass er als Person und nicht wie sonst üblich turnusgemäß die Rolle des Vertreters der Länderpolizeien auf deutscher und europäischer Ebene hat. Deshalb sollten wir nicht so kleinlich sein und es ihm gönnen, dass er wenigstens so besoldet wird, wie der Landespolizeipräsident in Baden-Württemberg oder der Polizeichef in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei der CSU)

Ich sage, die Polizeipräsidenten verdienen es, dass sie genauso besoldet werden wie der Präsident des Bayerischen Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung oder der Präsident des Landesamtes für Finanzen. Deswegen trete ich dafür ein, dass der Stellenwert der Polizei in der Gesellschaft gehoben wird. Das heißt auch, dass wir die Leute im Vergleich mit der übrigen öffentlichen Verwaltung angemessen besolden. Das ist für die oberen Polizeibeamten genauso erforderlich wie für die Polizeibeamten an der Front. Dafür bin ich die ganze Zeit eingetreten. Dieser Haushalt ist deswegen auch insoweit richtig.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Haushalt ist natürlich auch von den Anforderungen geprägt, die im nächsten Jahr auf uns zukommen. Wir werden uns möglicherweise darauf einstellen müssen, dass die Grenzkontrollen in Richtung Osteuropa schneller wegfallen, als es von mir befürwortet wird. Ich war selber bei der Konferenz der Innen- und Justizminister auf europäischer Ebene in Brüssel. Auch ich bin von den Innenministern für diese Funktion als Person gewählt und vom Bundesrat bestellt worden, sodass ich auf dieser europäischen Ebene tätig bin. Man hat dort einen trickreichen Beschluss gefasst, der in seinen Voraussetzungen völlig in Ordnung ist. Wer aber die Usancen auf europäischer Ebene kennt, weiß, dass man schwerlich davon wekommt, wenn einmal ein Datum genannt ist. Dieses Datum ist der 1. Januar 2008.

Unter der Voraussetzung der Evaluierung, dass das Schengener Informationssystem, das SIS 1 für alle – auf europäischer Ebene heißt das auf gut bayerisch SIS one for all –, funktioniert und unter der Voraussetzung, dass im November oder Dezember der Beschluss in der europäischen Innenministerkonferenz gefasst wird, sollen die Grenzkontrollen am 31. Dezember 2007 bzw. am 1. Januar 2008 wegfallen. Wir müssen uns darauf einstellen, auch wenn es mir zu früh ist. Ich verhehle das nicht. Wir müssen uns aber darauf einstellen. Wir versuchen das auf die Weise zu lösen, dass wir prüfen, wie die Organisation an der Grenze zu erfolgen hat, ohne dass wir uns bereits jetzt auf einen festen Zeitpunkt festlegen. Wir werden ein Modulsystem schaffen, sodass zu einem Zeitpunkt X umgeschaltet werden kann.

Von besonderer Bedeutung ist dabei für uns, dass wir die Schleierfahndung, eine in Bayern erfundene Ausgleichsmaßnahme, massiv einsetzen. An der Südgrenze hat sich diese Maßnahme hervorragend bewährt. Sie ist auf europäische Ebenen allen Ländern empfohlen worden. Nachdem diese Maßnahme eine Zeitlang umstritten war, ist sie in ähnlicher Form allen empfohlen worden. Wir werden sie gemeinsam oder auch neben der Bundespolizei in Ostbayern einführen, um auf diese Weise in jedem Fall dafür zu sorgen, dass die Menschen in Bayern sicher leben und keine Angst davor haben müssen, dass aus politischen Gründen ihre Sicherheit zurückstehen muss.

Ich schaue jetzt den Herrn Staatssekretär im Finanzministerium an. Ich bin guter Dinge, dass wir im Zusammenhang mit dem Wegfall der Grenzkontrollen keine einzige Planstelle wegnehmen müssen. Das wäre aus

meiner Sicht nicht richtig, weil wir dafür sorgen müssen, dass anstelle der Grenzkontrollen die Schleierfahndung verdichtet wird, damit auf diese Weise die Qualität der polizeilichen Arbeit in Ostbayern auf jeden Fall gesichert bleibt.

Ich bin guter Dinge, dass die Fraktion mit der bewährten Freundlichkeit und Deutlichkeit die richtige Entscheidung trifft.

(Beifall bei der CSU)

In diesem Zusammenhang werden wir auch die Polizeiorganisationsreform angehen. Natürlich ist die Polizeiorganisationsreform ein wichtiges Ereignis. Frau Kollegin Schmitt-Bussinger, ich sage Ihnen vorher, dass Sie genauso wie bei der Schleierfahndung, die Sie vor drei oder vier Jahren noch attackiert haben – –

(Helga Schmitt-Bussinger (SPD): Das habe ich nie!)

– Gut, das waren nicht Sie. Ich habe aber noch immer die Bemerkungen von Ihrem Kollegen Prof. Dr. Gantzer und anderen in Erinnerung. Ich freue mich, dass Sie eine engagierte Vertreterin der Schleierfahndung geworden sind.

(Helga Schmitt-Bussinger (SPD): Das war ich schon immer!)

– Ich freue mich, dass Sie das schon immer waren, und sage Ihnen vorher, dass spätestens Ihre Nachfolger in der SPD-Fraktion die Polizeiorganisationsreform mit derselben Begeisterung vertreten werden, mit der Sie heute die Schleierfahndung vertreten.

(Helga Schmitt-Bussinger (SPD): Das werden wir zu verhindern wissen!)

Die Bundespolizei geht im Moment auch durch eine Organisationsreform. Sie hat sich aus guten Gründen entschlossen, ebenfalls einen dreistufigen Aufbau einzuführen, weil es nach modernen Kriterien schwer erträglich ist, vier Ebenen zu haben. Ich bitte um Verständnis, dass ich sage, es nervt mich, wenn immer verschwiegen wird, dass die Einrichtung eines Kriminaldauerdienstes dringend erforderlich ist. Die Notwendigkeit kann jeder sehen. Wer den Kriminaldauerdienst nicht als Basisarbeit ansieht, hat null Ahnung von polizeilicher Arbeit.

(Beifall bei der CSU)

Für DNA-Tests fährt man zum Beispiel an einer Holzkante entlang, an der mit bloßem Auge nichts zu erkennen ist, an der aber winzige Zellen vorhanden sind, aus denen man eine qualifizierte Spur erarbeiten kann, womit die Identifizierung einer Person möglich ist. Das sachgemäße Vorgehen können nur Spezialisten gewährleisten. Deshalb war es mir ein zentrales Anliegen, den Kriminaldauerdienst flächendeckend einzuführen. Das ist ein Qualitätssprung in der Arbeit der Polizei. Ich habe mich gestern mit Herrn Jansen, dem Chef des Bundes Deutscher

Kriminalbeamter – BDK –, unterhalten, der gesagt hat, wir empfehlen allen anderen Ländern, es so zu machen wie Bayern und den Kriminaldauerdienst flächendeckend einzuführen. Das ist ein Riesensprung nach vorn.

Ich komme zur Zentralisierung der Einsatzzentralen. Jedem, der wie Sie, Frau Schmitt-Bussinger, sagt, die Reform werde teurer, und das mit den Kosten für die Einführung der Einsatzzentralen begründet, erkläre ich, Sie wollen die alten Einsatzzentralen aus den Sechzigerjahren bei der Polizei belassen. Andernfalls müssten Sie erläutern, wie Sie die Umrüstung der größeren Zahl der alten Einsatzzentralen finanzieren wollen. Herr Kollege Winter hat das Problem detailliert dargelegt. Darum muss ich sagen, ein bisschen ernsthafter sollten Sie schon diskutieren, jedenfalls dann, wenn Sie bei der Polizei in Nürnberg noch ernst genommen werden wollen.

(Beifall bei der CSU)

Ich lade Sie hier öffentlich ein: Besuchen Sie mit mir zusammen eine Personalversammlung in Nürnberg, und dann reden Sie über die Einsatzzentralen. Ich denke, dann haben wir schnell eine klare Linie. Wir müssen so ehrlich sein, dass wir sagen, wenn wir Hightech wollen, dann kostet das Geld. Entweder wir führen die Umrüstung von 29 Einsatzzentralen durch – dann kostet das 80 Millionen Euro –, oder wir konzentrieren uns auf wenige Einsatzzentralen.

Sie haben Kritik vorgebracht, die ich ernst nehme, aber zunächst möchte ich Ihnen die Gelegenheit geben, eine Frage zu stellen.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin Schmitt-Bussinger, bitte schön.

Helga Schmitt-Bussinger (SPD): Herr Staatsminister, stimmen Sie mir zu, dass die Einsatzzentrale in Ansbach ganz und gar nicht aus den Sechzigerjahren stammt? Stimmen Sie mir auch zu, dass hier modernste Technik auf Halde gelegt wird, obwohl sie voll funktionsfähig wäre?

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister, bitte.

Staatsminister Dr. Günther Beckstein (Innenministerium): Frau Kollegin, ich stimme Ihnen nicht zu, wenn Sie sagen, dass die Einsatzzentrale in Ansbach dieselbe Qualität hatte wie die neuen Einsatzzentralen in Würzburg und Nürnberg. Ich lade Sie ein, mit mir zusammen dort hinzugehen. Dann werden Ihnen das die Fachleute, mit denen Sie geredet haben und die versucht haben, Ihnen die Angelegenheit näherzubringen, genau erläutern.

Wir können in Ansbach keine virtuelle Übertragung mit mobilen Videokameras vornehmen. Wir können in Ansbach nicht auf die elektronischen Register der Verwaltungsbehörden zugreifen. Wir haben in Ansbach eine Technik, die über zehn Jahre alt ist. Es handelt sich bei Ansbach aber in der Tat um die letzte Direktion, die mit dieser Technik ausgestattet wurde. Wir sind jetzt, was

die Qualität betrifft, einen Sprung weiter. Sie sollten sich die neue Einsatzzentrale einmal ansehen.

(Helga Schmitt-Bussinger (SPD): Habe ich!)

– Entschuldigung, dann haben Sie nicht ordentlich aufgepasst. Die Aussage, dass wir mit der digitalen Übertragung von mobilen Videokameras eine neue Qualität der Einsatzführung haben, kann doch nicht ernsthaft bestritten werden. Das ist doch ein wesentlicher Fortschritt. Dass der Polizist in der Einsatzleitung über die virtuelle Übertragung unter Umständen so gestellt ist, als ob er vor Ort wäre, wird von jedem Einsatzleiter als Sprung nach vorn angesehen. Ich bitte um Nachsicht, dass ich es kritisiere, dass Sie das verschweigen, obwohl man es Ihnen gezeigt hat. Sie haben mich in einigen Punkten kritisiert, also darf ich auch deutlich sagen, dass das aus meiner Sicht nicht der Qualität Ihrer sonstigen Arbeit entspricht.

Ihren Hinweis, dass der Polizist in mittelfränkischen Inspektionen unter Umständen noch am Funk sitzt, nehme ich ernst. Ich werde dem nachgehen und das abstellen. Ich bin Ihnen dankbar, dass Sie das öffentlich dargestellt haben; denn es ist nicht der Sinn der Reform, dass wir quasi eine zweite Notrufstelle in der jeweiligen Inspektion haben. Das wird im Laufe der Zeit abgestellt werden, weil wir klar sagen, die Inspektionen draußen erhalten ihre Informationen.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Kamm?

Staatsminister Dr. Günther Beckstein (Innenministerium): Ja, gern.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin, bitte schön.

Christine Kamm (GRÜNE): Herr Staatsminister, stimmen Sie mir zu, dass eine Modernisierung der Einsatzzentralen auch bei einem vierstufigen Organisationsaufbau möglich gewesen wäre und dass auch bei einer Fortführung des vierstufigen Organisationsaufbaus die Zahl der Direktionen hätte verringert werden können?

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister, bitte.

Staatsminister Dr. Günther Beckstein (Innenministerium): Frau Kollegin Kamm, ich stimme Ihnen zu, es wäre aber deutlich teurer gewesen als die Gesamtkosten der Reform einschließlich Umbauten. Wir haben das im Ausschuss detailliert dargelegt. Es gibt eine Berechnung, dass eine Modernisierung der bisherigen Einsatzzentralen teurer geworden wäre als die jetzt vorgesehene Vorgehensweise inklusive sämtlicher Umbaukosten. Wer das will, was Sie wollen, muss sagen, das wäre teurer geworden. Die Berechnung wurde schon im Einzelnen dargelegt; das kann jeder abfragen.

Der nächste Punkt, den ich ansprechen will, ist der Digitalfunk. Ich will in aller Klarheit sagen, die Situation ist

höchst unerfreulich. Herr Kollege Georg Schmid ist in dieser Woche bei den Verhandlungen in Berlin. Ich stehe nicht an, zu sagen, die eigentliche Fehlentscheidung ist von Otto Schily zu verantworten. Jeder weiß, dass ich mit ihm befreundet bin und ihn nicht in blinder Weise kritisiere. Tatsächlich war es aber eine schlimme Fehlentscheidung, dass er sich von allen Vereinbarungen des Bundes und der Länder entfernt hat und schlichtweg entschieden hat, der Auftrag geht ohne Ausschreibung und ohne Festlegung des Preises an die DB Telematik. Die Folge ist, dass wir jetzt darüber reden müssen, dass das Ganze unter Umständen 5,1 Milliarden Euro bis 5,7 Milliarden Euro kostet.

Wir Länder haben ohne jede Ausnahme gegen diese Verfahrensweise protestiert. Ich selbst sage: Wenn man ein Unternehmen beauftragt, ohne dass vorher über den Preis verhandelt worden ist, kann das nur schiefgehen. Wir haben das vorhergesagt, und prompt sind wir jetzt in der Situation. Das liegt aber alles in der Verantwortung des früheren Bundesinnenministers, der ohne jede Rücksprache mit den Ländern entschieden hat. Wir haben zwei Sonderkonferenzen der Minister gehabt, in denen wir in harter Weise mit ihm ins Gericht gegangen sind. Er hat gesagt, er habe das entschieden und so werde es gemacht. Er hat in anderen Bereichen auch in diskussionsfreundlicher Weise gehandelt, aber hier stehen wir nun vor einer Schwierigkeit.

Wir werden wahrscheinlich noch vor Weihnachten darüber entscheiden, ob der Auftrag an die DB Telematik geht oder ob neu ausgeschrieben werden muss. Es ist eine Hängepartie, deren Ausgang ich nicht kenne. Noch einmal: Die Verantwortung liegt ausschließlich beim früheren Bundesinnenminister, der hier eine schwere Fehlentscheidung getroffen hat.

Die Konsequenzen für den Rettungsdienst und die Feuerwehren würde ich Ihnen gerne einmal im Ausschuss darlegen. Ich glaube nicht, dass es sinnvoll ist, das in der großen Runde des Plenums zu besprechen.

Wir haben im zurückliegenden Jahr bei der Weltmeisterschaft und beim Papstbesuch quasi Großübungen des Katastrophenschutzes durchgeführt, der Gott sei Dank nicht ernsthaft zum Einsatz gekommen ist. Jeder, der sich auskennt, wird mir darin zustimmen, dass der Katastrophenschutz heute qualitativ besser ist als je zuvor. Solche großen Einsätze bringen natürlich einen Sprung nach vorne. Das habe ich bei mehreren Konferenzen in den letzten Tagen festgestellt. Ich bedanke mich bei allen, die dabei mitgeholfen haben.

Die große Aufgabe für das Jahr 2008 wird sein, im Nachtragshaushalt nach Wegen zu suchen, um die Gleichstellung von Helfern für den Katastrophenschutz zu ermöglichen. Das konnte ich nicht in diesem Haushalt verankern. Ich bin mir aber mit dem Finanzminister darin einig, dass darüber beim Nachtragshaushalt zu verhandeln ist. Lieber Kollege Jakob Kreidl, ich bitte herzlich darum, mir dabei Feuerschutz zu gewähren und mitzuhelfen, dass wir auch hier ein Stück weiter nach vorne kommen.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ich habe mich als Innenminister bei den jährlichen Verhandlungen zum Finanzausgleich immer als Anwalt der Kommunen verstanden. Ich stelle mit Freude fest, dass die Finanzsituation der Kommunen insgesamt günstig ist. Die Einnahmesituation ist jetzt besser als im Spitzenjahr 2001. Wir haben ein zweistelliges Wachstum gegenüber dem vergangenen Jahr. Deswegen sage ich öffentlich, dass man in guten Jahren sparen muss. Wir als Kommunalaufsicht werden deshalb sorgfältig darauf achten, dass die Haushalte den gesetzlichen Vorgaben entsprechen und dass nicht irgendwo rechtswidrig Schulden gemacht werden. Die Zeiten sind momentan gut, und in guten Zeiten müssen Rücklagen für schwierige Zeiten gebildet werden.

Wir haben den demografischen Faktor in den Finanzausgleich eingebracht, was mir insbesondere im Hinblick auf Nordostbayern, Oberfranken und Oberpfalz ein zentrales Anliegen war. Die Wirkungen sind zwar gut, aber nicht völlig ausreichend.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Nicht ausreichend!)

In den nächsten Monaten wird mit den kommunalen Spitzenverbänden, auch mit wissenschaftlicher Begleitung, zu eruieren sein, ob wir den demografischen Faktor weiter verstärken können und welche strukturellen Änderungen im Finanzausgleich möglich sind. Wir haben mit dem Gesetz zur Änderung des kommunalen Haushaltsrechts, das wir am 28.11.2006 verabschiedet haben, die Anwendung der Doppik ermöglicht, der doppelten Buchführung in Konten Soll und Haben. Damit haben wir die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass jeder bei Entscheidungen den Ressourcenverbrauch richtig abschätzen kann. Wir sind also auch bei den Instrumenten gut aufgestellt.

Lassen Sie mich noch einige Bemerkungen zur Obersten Baubehörde machen. Aus den verteilten Unterlagen ersehen Sie, dass wir in den vergangenen Jahren auch hier eine große Reform hinter uns gebracht haben, die zwar mit gewissen Schwierigkeiten verbunden war, die wir aber gut erledigt haben. Sie hat dazu geführt, dass das Personal von 15 000 auf 11 000 Kräfte reduziert worden ist. Entsprechend angehoben wurde die Vergabequote. Das war eine wichtige Folgerung, um Ingenieurbüros, Architekturbüros und mittelständischen Freiberuflern Existenzmöglichkeiten zu geben. Ich halte es nicht für richtig, wenn man daran Kritik übt. Selbst wenn das im Einzelfall vielleicht manchmal teurer ist, muss man doch sehen, was es kostet, wenn man einen Mitarbeiter über 40 Jahre hinweg beschäftigt und anschließend die Pension zahlt. Auch dann, wenn man weniger Aufgaben hat, sind die Mitarbeiter da. Wir praktizieren das Modell der pulsierenden Verwaltung. Wir haben einen Kern von Mitarbeitern. Wenn wir wenige Aufträge haben, machen wir relativ viel selbst, und wenn wir viele Aufträge haben, geben wir vieles nach außen. Herr Poxleitner, ich bedanke mich ausdrücklich bei Ihnen und Ihrer Mannschaft dafür, dass das so vorbildlich funktioniert.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben die Kosten-/Leistungs-Rechnung bei der Obersten Baubehörde vollständig eingeführt. Der Technisierungsgrad nimmt zu. Als Beispiel nenne ich das System „STRADIVARI“, mit dessen Hilfe man den Straßenzustand in automatisierter Weise erforschen kann. Wenn man mit 50 oder 60 Stundenkilometern über Straßen fährt, kann deren Zustand in digitalisierter Form von der Obersten Baubehörde und auch von jedem Straßenbauamt erfasst werden. Das ist eine absolute Spitzenleistung. Für diese Leistung sage ich ein herzliches Dankeschön. Das ist ein absolutes Lieblingsprojekt von mir, das ich deswegen hier auch als Beispiel genannt habe.

(Beifall bei der CSU)

Ich sage auch ein Dankeschön für die Arbeit an der Bauordnung. Wir werden den Landtag in Kürze mit der letzten Phase der Modernisierung der Bauordnung beschäftigen. Wir wollen in allen Bereichen mit Ausnahme der Sonderbauten eine weitere Modernisierung und Vereinfachung. Das ist zwar leider nicht von vornherein als Vereinfachung zu erkennen, weil wir in vielen Fällen Kompromisse geschlossen und Wahlrechte eingeführt haben. Das ist aber ein Riesensprung nach vorne.

Meine Damen und Herren, Kollege Wörner hat die Wohnungsbau- und die Städtebauförderung angesprochen. Die Ansätze dafür in unserem Haushalt sind wohl unter allen Bundesländern am höchsten. Ich sage: Das ist richtig.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich lege hier offen, dass ich die Zweckbindung der Rückflussmittel der Wohnungsbauförderung etwas erweitert habe, um auch eine wohnungsbaunahe Städtebauförderung machen zu können. Damit konnten wir die Haushaltsmittel für diesen Bereich vollständig sichern. Dafür sage ich dem Finanzminister ein Dankeschön. Das stößt auf breite Zustimmung. Sowohl auf Kongressen der früher gemeinnützigen Wohnungsbauunternehmen als auch von der Kommunalpolitik sind diese Maßnahmen sehr gelobt worden. Die Tatsache, dass die gemeinnützigen Wohnungsbaugenossenschaften, denen Sie, Herr Kollege Wörner, nachtrauern, nicht mehr existieren, hat mit der Misswirtschaft durch den Genossenfilz der Neuen Heimat zu tun. Wir wollen aber die alten Schlachten hier nicht noch einmal schlagen.

Frau Kollegin Kamm, dass wir der Energieeinsparung im Hochbau erhebliches Gewicht beimessen, sehen Sie daran, dass wir versuchen, Modelle von Energie-Contracting intensiv auf den Weg zu bringen. Ich weiß allerdings, dass die Wirtschaft mit Worten sehr viel schneller ist als mit Angeboten. Die ersten Versuche waren nicht erfolgreich, weil wir keine Angebote hatten. Wir haben jetzt ein größeres Paket geschnürt und hoffen, zu einem Ergebnis zu kommen. Wir haben Energieberichte der Hochbauverwaltung. Ich bitte aber zu sehen, dass wir in Ressorts, wo wir nur die Verwaltung, aber nicht Auftraggeber sind, keine Schwerpunkte auf Neubau, Renovierung oder Energiemaßnahmen setzen können. Wir sind aber gern bereit, in diesen Fällen unsere Sachkunde einzubringen; das hebe ich hervor. Die Oberste Baubehörde hat eine gute Qualität.

Ich will noch einen letzten Punkt im Zusammenhang mit der Ausländerpolitik ansprechen; das richtet sich auch an Frau Kollegin Kamm. Wir haben in den vergangenen Jahren immer gesagt, dass wir die Zuwanderung reduzieren und die Integration verstärken wollen. Wir wollen, soweit es humanitär geboten ist, großzügig sein und gegenüber Missbrauch kleinlich. Dieser Überlegung sind wir immer gefolgt. Deswegen war es auch richtig, dass wir bei der Bleiberechtsregelung insofern eine Grenze eingezogen haben, als wir gesagt haben: Wir wollen denjenigen hier behalten, der Arbeit hat und der ohne sein Verschulden hiergeblieben ist,

(Zurufe von den GRÜNEN)

aber wir wollen denjenigen, der uns auf der Nase herumgetanzt ist oder nur von Sozialleistungen lebt, ohne dass das humanitär geboten wäre, nicht hier behalten.

(Zurufe der Abgeordneten Maria Scharfenberg (GRÜNE))

An die Adresse der GRÜNEN sage ich: Sie sollten erst einmal die Vollzugshinweise überprüfen, die wir hinausgegeben haben. Die Caritas hat sich dafür sehr bedankt. Ich war überrascht davon, dass sich Herr Frommer in Nürnberg positiv geäußert hat, wenn auch mit fälschlichem Hinweis auf den Nürnberger Oberbürgermeister, der überhaupt nichts dafür kann, welche Beschlüsse wir in der Innenministerkonferenz gefasst haben. 15 von 16 Innenministern wussten nicht einmal, dass Herr Maly einen anderen Standpunkt einnimmt als der Deutsche Städtetag. Uns wurde noch während der Sitzung, an der Herr Maly teilnahm, der Standpunkt des Städtetags übermittelt.

Wir haben Vollzugshinweise herausgegeben, die nach meiner Meinung zu einer vernünftigen Lösung führen, die humanitär großzügig ist, aber auch dafür sorgen wird, dass keine Einwanderung zulasten unserer Sozialkassen erfolgt. Meine Position unterscheidet sich deutlich von der bestimmter Kolleginnen und Kollegen der SPD auf Bundesebene. Bei den Landesministern will ich mich aber ausdrücklich bedanken; auch die Landesminister der SPD haben diesen Weg unterstützt, sonst hätten wir keinen einstimmigen Beschluss zu Wege gebracht.

(Beifall bei der CSU)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ich will schließen. Ich bitte um Nachsicht, dass ich meine Rede um einige Minuten kürze.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

– Ich bitte um Entschuldigung. Normalerweise ist es so, dass man seine Redezeit ausschöpfen muss oder gar überzieht.

Ich will mich abschließend herzlich bedanken bei den etwa 38 000 Polizeibeamten und Polizeibeamtinnen sowie den Beschäftigten der Polizei, bei den fast 472 000 überwiegend ehrenamtlich tätigen Einsatzkräften bei

Feuerwehr, Rettungsdiensten, dem Zivil- und Katastrophenschutz, bei den über 250 000 Beschäftigten der inneren Verwaltung bei Staat und Kommunen, bei den rund 11 000 Beschäftigten der Staatsbauverwaltung einschließlich der fast 3500 Beschäftigten des Straßenbetriebsdienstes.

Ich will mich aber auch bei Kollegen Georg Schmid bedanken, mit dem ich eine außerordentlich gute und freundschaftliche Zusammenarbeit pflege.

(Beifall bei der CSU)

Es ist wirklich etwas Tolles, wenn man sich an der Spitze eines Ministeriums auf einen Freund verlassen kann.

Ich bedanke mich bei meinen Amtschefs, die sich in einer ganz außerordentlichen Weise einsetzen. Wenn man beispielsweise abends um 20 Uhr anruft, bekommt man sie in der Regel noch als Gesprächspartner. Für viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus der Führungsebene des Innenministeriums gilt dies ebenso. Ich sage ein Dankeschön an Herrn Kindler und an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter meines Ministeriums. Ich weiß, dass ich alle sehr fordere. Ich weiß aber auch, dass Leute, die gefordert werden, gerne die Leistung für die Bürgerinnen und Bürger erbringen.

Ich sage ein Dankeschön an die zuständigen Ausschüsse des Landtags, den Innenausschuss, den Haushaltsausschuss und die weiteren Ausschüsse, dass sie den Haushalt so beraten haben, dass wir das notwendige Geld bekommen, um im nächsten Jahr unseren Vorsprung als Marktführer bei der inneren Sicherheit auszubauen.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Tagesordnungspunkte wieder getrennt.

Ich lasse jetzt über den Tagesordnungspunkt 4 abstimmen. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2007/2008, Einzelplan 03 A für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 15/6470 mit 15/6476 und 15/6484 mit 15/6488 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 15/6620 zugrunde. Der Einzelplan 03 A wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur unveränderten Annahme empfohlen. Wer dem Einzelplan 03 A seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das ist die CSU-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Die SPD-Fraktion und die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Einzelplan 03 A angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag gelten zugleich die vom Ausschuss

für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge als abgelehnt.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(siehe Anlage 2)

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 15/6620 weise ich darauf hin, dass der Änderungsantrag auf Drucksache 15/6488 seine Erledigung gefunden hat. Das Hohe Haus nimmt hiervon zustimmend Kenntnis. Die Beratung des Einzelplans 03 A ist damit abgeschlossen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Tagesordnungspunkt 5. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2007/2008, Einzelplan 03 B, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 15/6477, 15/6478, 15/6493, 15/6495 und 15/6497 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 15/6678 zugrunde. Der Einzelplan 03 B wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 15/6678 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen. Wer dem Einzelplan 03 B mit den vom Haushaltsausschuss vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das ist die CSU-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Die SPD-Fraktion und die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Einzelplan 03 B mit

den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge als abgelehnt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(siehe Anlage 3)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen, insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die CSU-Fraktion und die SPD-Fraktion. Wer ist dagegen? – Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN ist das so beschlossen. Damit ist auch die Beratung des Einzelplans 03 B abgeschlossen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, damit hätten wir unser Arbeitspensum für heute erfüllt. Heute findet der Parlamentarische Abend statt. Wir beginnen morgen früh pünktlich um 9 Uhr.

(Schluss: 16.08 Uhr)

Zu Tagesordnungspunkt 3

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 02:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Peter Hufe, Dr. Hildegard Kronawitter u.a. SPD Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Bayerische Filmförderung
(Kap. 02 03 TG 70 - 72)
(Drs. 15/6468)
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Peter Hufe, Dr. Hildegard Kronawitter u.a. SPD Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Bayerische Medienförderung
(Kap. 02 03 TG 80 - 86)
(Drs. 15/6469)
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Reduzierung des höheren Dienstes in der Staatskanzlei
(Kap. 02 01 Tit. 422 01)
(Drs. 15/6480)
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Kürzung der Mittel für Öffentlichkeitsarbeit der Staatskanzlei
(Kap. 02 03 Tit. 531 21, 535 01, 531 60)
(Drs. 15/6481)
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Kürzung der Mittel für Orden und Ehrenzeichen
(Kap. 02 03 Tit. 540 01)
(Drs. 15/6482)
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Effizienter Mitteleinsatz in der Filmförderung
(Kap. 02 03 TG 70 - 72 und TG 80 - 86 sowie Kap. 15 05)
(Drs. 15/6483)

Zu Tagesordnungspunkt 4

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 03 A:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Helga Schmitt-Bussinger u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Verstärkungsmittel für die sächlichen Verwaltungsausgaben des Landesamts für Verfassungsschutz, des Landeskriminalamts, der Landespolizei, der Bereitschaftspolizei und des Polizeiverwaltungsamts
(Kap. 03 03 neue TG)
(Drs. 15/6470)
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Helga Schmitt-Bussinger u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Vollständige Ausschöpfung der Stellenobergrenze in der Besoldungsgruppe A 9 im mittleren Dienst im Polizeivollzugsdienst
(Kap. 03 17 bis Kap. 03 21 Tit. 422 01)
(Drs. 15/6471)
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Helga Schmitt-Bussinger u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Ausweitung der Stellen im mittleren Dienst in der Besoldungsgruppe A 9+AZ im Polizeivollzugsdienst
(Kap. 03 17 bis Kap. 03 21 Tit. 422 01)
(Drs. 15/6472)
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Helga Schmitt-Bussinger u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Vollständige Ausschöpfung der Stellenobergrenzen im gehobenen Dienst der Polizei
(Kap. 03 17 bis Kap. 03 21 Tit. 422 01)
(Drs. 15/6473)
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Helga Schmitt-Bussinger u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Vorsorgekuren
(Kap. 03 17 bis Kap. 03 20 neuer Titel)
(Drs. 15/6474)
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Helga Schmitt-Bussinger u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Sprachkurse
(Kap. 03 17 bis Kap. 03 20 neuer Titel)
(Drs. 15/6475)
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Helga Schmitt-Bussinger u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Polizeivollzugsbeamte in Ausbildung
(Kap. 03 20 Tit. 422 21)
(Drs. 15/6476)
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Auflösung der zentralen Rückführungsstellen
(Kap. 03 08 Tit. 633 06)
(Drs. 15/6484)
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Stellenplan der Polizei - Abbau des Beförderungsstaus
(Kap. 03 18 Tit. 422 01)
(Drs. 15/6485)
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Polizei vor Ort statt Sicherheitswachten
(Kap. 03 18 TG 76)
(Drs. 15/6486)
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Aufstockung der Einstellungszahlen bei den Polizeianwärterinnen und -anwärtern
(Kap. 03 20 Tit. 422 21)
(Drs. 15/6487)

Zu Tagesordnungspunkt 5

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 03 B:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Rainer Volkmann, Werner Schieder u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Städtebauförderung stärken
(Kap. 03 65 TG 61 - 69)
(Drs. 15/6477)
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Dr. Thomas Beyer, Werner Schieder u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Um- und Ausbau sowie Bestandserhaltung der Staatsstraßen
(Kap. 03 80 Tit. 750 00)
(Drs. 15/6478)
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Kürzung der Ausgaben bei den Autobahndirektionen
(Kap. 03 75 Tit. 775 71)
(Drs. 15/6493)
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Erhöhung der Mittel für den Bau von Radwegen an Staatsstraßen
(Kap. 03 80 Tit. 750 00)
(Drs. 15/6495)
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Kürzung und Umschichtung der Ausgaben im Staatsstraßenbau
(Kap. 03 80 Tit. 750 00)
(Drs. 15/6497)

